

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-001	Ergänzung	1		Grundsätzlich sind Anglizismen im Wahlprogramm zu vermeiden oder in einem Glossar zu erklären.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-002	Ergänzung	1	Endredaktion	Bitte komplett und einheitlich gendern	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-003	Ersetzung	1		Nicht mehr	<i>nicht zulässig</i>	<i>nicht zulässig</i>	AK 16.04.2026
Ä-004	Ersetzung	8	8	..., erhöhen die industrielle Skalierung. ... wird ersetzt in: ... das industrielle Wachstum ...	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-005	Ersetzung	8		Ersetze "erhöhen die industrielle Skalierung" mit „stärken die industrielle Produktion“	Erledigt durch Ä-004	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-006	Ergänzung	17	29	Einfügen nach Zeile 17: Für die Erneuerung und den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur im Leitungsnetz und bei den Verkehrswegen bündeln wir die Planungsabteilungen der landeseigenen Betriebe an einer Stelle und prüfen, ob durch Schaffung eines gemeinsamen landeseigenen Baubetriebs für alle landeseigenen Unternehmen eine besser koordinierte und beschleunigte Bauleistung bei der Erneuerung und Ausbau der Infrastruktur möglich wäre.	Vorschlag Annahme in folgender Fassung : Z. 29 Ergänzung: Wir wollen die Erneuerung und den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur im Leitungsnetz und bei den Verkehrswegen beschleunigen. Deshalb bündeln wir die Planungsabteilungen und den Baubetrieb der landeseigenen Betriebe an einer Stelle.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-007	Ergänzung	17		Einfügung, hinter "Sanierung": "Wir hinterfragen dabei, ob die Strukturen noch erforderlich sind."	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-008	Ergänzung	17		Wir hinterfragen dabei, ob die Strukturen noch zeitgemäß sind.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-009	Ergänzung	31		Um Investitionen schneller wirksam werden zu lassen, wollen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen. Unser Ziel ist eine Verwaltung, die Investitionen nicht ausbremst, sondern ermöglicht.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-010	Ergänzung	41		... unserer erforderlichen Straßen und Brücken...	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-011	Ergänzung	41		... unserer notwendigen Straßen und Brücken...	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-012	Ergänzung	70		Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-013	Ergänzung	73	76	Unser Ziel sind geschlechtergerechte Unternehmenskulturen, die gleiche Verwirklichungschancen für alle Geschlechter garantieren. Wir wollen durch Regulierungen den Interessen und Bedürfnissen von Frauen* auf allen Arbeitsplätzen und in allen Beschäftigungsbereichen Rechnung tragen, damit sie ihre Existenz eigenständig sichern und wirtschaftlich unabhängig leben können. Das sollte gelten, ganz gleich, ob sie zusätzliche unbezahlte Sorgearbeit leisten.	Vorschlag Annahme in folgender Fassung: "Unser Ziel sind geschlechtergerechte Unternehmenskulturen, die gleiche Verwirklichungschancen für alle Geschlechter garantieren."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-014	Ergänzung	79	84	Mit der Fachkräftestrategie unterstützt das Land Unternehmen dabei, auf allen Qualifikationsstufen ungenutzte Potenziale zu aktivieren – etwa bei Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte, älteren Beschäftigten und Menschen mit Behinderungen bzw. chronischen Erkrankungen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-015	Ergänzung	86	93	Wir werden in allen Berliner Stadtbezirken Beauftragte für Gute Arbeit und Ausbildung einführen und finanziell absichern.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-016	Ergänzung	86	94	Wir wollen den DGB-Index Gute Arbeit fortführen und weiterentwickeln und diese Beschäftigtenbefragungen als Beteiligungsinstrument für Beschäftigte zur Stärkung von Mitbestimmung und Personalentwicklung nutzen.	Wir wollen den DGB-Index Gute Arbeit unterstützen und dessen Auswertung für Berlin fortführen	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-017	Ergänzung	90		Wir stimmen die bestehenden und neuen Programme noch besser aufeinander ab und führen sie dort, wo es Synergieeffekte gibt, zusammen.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-018	Ergänzung	94		Wir nutzen die Instrumente der Jugendberufshilfe und die Angebote der Jugendberufsagentur zur erfolgreichen Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-019	Ergänzung	102		Zur Förderung der beruflichen Integration wird die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und Hochschulabschlüsse erleichtert. Bei fehlenden Nachweisen die nicht mehr mit zumutbarem Aufwand beschafft werden können, oder bei fragwürdigen Nachweisen wird mit einer Prüfung in der jeweiligen Muttersprache der aktuell vorhandene Wissensstand festgestellt und dadurch die Anerkennung als Fachkraft ermöglicht.. Bei nachgewiesenen Wissenslücken wollen wir durch gezielte Nachschulungen vergleichbare Qualifikationen vermitteln.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-020	Ersetzung	103		... Arbeitsbedingungen. 80% der Berliner Arbeitnehmer*innen sollen tarifgebunden arbeiten... wird ersetzt in : ... Arbeitsbedingungen. Möglichst viele der Berliner Arbeitnehmer*innen sollen tarifgebunden arbeiten...	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-021	Ergänzung	105	114	Wir erarbeiten einen regionalen Aktionsplan für mehr Tarifbindung, um das von der EU geforderte 80% zu erreichen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-022	Ergänzung	110		und die Kosten tarifgerechter Bezahlung in Leistungsverträgen und Zuwendungen sicherstellen	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-023	Ergänzung	110		und die Kosten tarifgerechter Bezahlung in Leistungsverträgen und Zuwendungen sicherstellen	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-024	Ersetzung	114	124	Das Wort "Landesbetriebsrätekonferenz" wird ersetzt durch Betriebs- und Personalrätekonferenz	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-025	Ergänzung	121	130	Dieser Absatz wird nach Zeile 120 ergänzt: „Wir wollen, dass das Land die rechtliche Möglichkeit prüft, ob und inwieweit das Landespersonalvertretungsgesetz auf Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgedehnt werden kann. Falls eine Ausdehnung möglich ist, wird der Anwendungsbereich des Gesetzes entsprechend erweitert.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Dieser Absatz wird nach Zeile 120 ergänzt: „Wo es rechtlich möglich ist, wollen wir das Landespersonalvertretungsgesetz auf Religionsgesellschaften ausdehnen, um auch hier gute Arbeit zu sichern.“	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-026	Ergänzung	121	141	Dazu gehört auch eine abgestimmte Entwicklung neuer Gewerbe- und Industrieflächen in der Hauptstadtregion. Berlin und Brandenburg sollen industrielle Ansiedlungen, Logistik, Fachkräftewohnen und verkehrliche Anbindung gemeinsam planen, damit Wachstum, gute Arbeit und Flächennutzung zusammenpassen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: ergänze in Z 128 nach "Brandenburg": Die Entwicklung neuer Gewerbe- und Industrieflächen in der Hauptstadtregion wollen wir zusammen denken.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-027	Streichung	148	-	"wo möglich" wird gestrichen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-028	Ergänzung	156	165	Die SPD setzt sich für einen effektiven Arbeitsschutz ein. Wir werden das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGetSi) als zuständige Aufsichtsbehörde weiter stärken. Das Arbeitszeitrecht soll soweit notwendig auch durch die Anordnung von Arbeitszeitaufzeichnung durchgesetzt werden.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: ergänze in 152: Die für den Arbeitsschutz zuständige Aufsichtsbehörde werden wir stärken. In Unternehmen, die sich nicht an die geltenden Regeln halten, soll sie die Aufzeichnung von Arbeitszeit durch Anordnung durchsetzen.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-029	Ergänzung	156		Die SPD setzt sich für einen effektiven Arbeitsschutz ein. Wir werden das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGetSi) als zuständige Aufsichtsbehörde weiter stärken. Das Arbeitszeitrecht soll soweit notwendig auch durch die Anordnung von Arbeitszeitaufzeichnung durchgesetzt werden.	Erledigt durch Ä-028	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-030	Ergänzung	167	182	zwischen „... DeepTech,“ und „Umwelt- und ...“ eingefügt: „Bahntechnik und autonome Mobilitätsformen“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Einwendungen des FA verständlich, die Liste ist aber so umfassend, dass es ohnehin schwerfällt, zu differenzieren, was hier schon SP ist und was nicht. Da wir auch Luft- und Raumfahrt vertreten haben, scheint die Ergänzung nicht völlig aus der Luft gegriffen.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-031	Ergänzung	167		Der Landesparteitag möge beschließen: Folgende Ergänzung wird im Antrag 01-2026 des Landesvorstands (Wahlprogramm der SPD Berlin zur Abgeordnetenhauswahl 2026 vorgenommen: (Auf Seite 5 wird in Zeile 167 zwischen „... DeepTech,“ und „Umwelt- und ...“ eingefügt: „Bahntechnik und autonome Mobilitätsformen“.	Erledigt durch Ä-030	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-032	Ergänzung	173		... Zukunftsorte wie des WISTA-Standorts in Adlershof fort.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-033	Ergänzung	173		Unser Gelingensprojekt #1: Berlin kann in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Startups im Bereich der Drohnen-Technologie, dem Cyber Innovation Hub, SPRIND und BWI zum zentralen Innovationsort für die zivile und militärische Drohnenindustrie werden. Als Weiterentwicklung der Idee einer Urban Republic am ehemaligen Flughafen Tegel, in Kooperation mit zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen und der WISTA sowie einer Länderkooperation von Berlin und Brandenburg können wir die massiven Investitionen des Bundes in diesen Bereich (u.a. für einen Drohnenabwehrschirm für Berlin) synergetisch nutzen und unterschiedliche Anwendungen fördern. Sicherheit, Cybersecurity und Verteidigungsfähigkeit der Stadt können so gesteigerte und innovative Unternehmen angesiedelt und gegründet werden.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-034	Ergänzung	173	190	Unser Gelingensprojekt #2: Berlin ist heute schon mit dem Berlin Center for Gene and Cell Therapies sowie weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen ein international führender Ort der Gen- und Zelltherapien. Wir wollen diese Knowhow noch stärker als Ort auch der wirtschaftlichen Entwicklung und neuer industrieller Methoden nutzen. Darum wollen wir gemeinsam mit dem Land Brandenburg Strategien entwickeln, die humane und grüne Biotechnologien voranbringen, Vernetzungen und Synergien schaffen und eine Strategie für die gesamte Region erarbeiten. Dazu soll das Berlin Center for BioTech gegründet werden, in das auch die zuständige medizinische Abteilung des LaGeSo eingegliedert wird, sodass in enger Kooperation mit UNITE unternehmerische und regulatorische Beratungsangebote frühzeitig erbracht werden können.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Berlin ist heute schon ein international führender Ort der Gen- und Zelltherapien. Gemeinsam mit dem Land Brandenburg wollen wir eine Strategie für die gemeinsame Region entwickeln, die humane und grüne Biotechnologien voranbringt."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-035	Ergänzung	173		Ergänzung nach Zeile 173 „Unser Gelingensprojekt #1: Berlin kann in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Startups im Bereich der Drohnen-Technologie, dem Cyber Innovation Hub, SPRIND und BWI zum zentralen Innovationsort für die zivile und militärische Drohnenindustrie werden. Als Weiterentwicklung der Idee einer Urban Republic am ehemaligen Flughafen Tegel, in Kooperation mit zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen und der WISTA sowie einer Länderkooperation von Berlin und Brandenburg können wir die massiven Investitionen des Bundes in diesen Bereich (u.a. für einen Drohnenabwehrschirm für Berlin) synergetisch nutzen und unterschiedliche Anwendungen fördern. Sicherheit, Cybersecurity und Verteidigungsfähigkeit der Stadt können so gesteigerte und innovative Unternehmen angesiedelt und gegründet werden.“	Erledigt durch Ä-033	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-036	Ergänzung	173		Ergänzung nach Zeile 173 „Unser Gelingensprojekt #2: Berlin ist heute schon mit dem Berlin Center for Gene and Cell Therapies sowie weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen ein international führender Ort der Gen- und Zelltherapien. Wir wollen diese Knowhow noch stärker als Ort auch der wirtschaftlichen Entwicklung und neuer industrieller Methoden nutzen. Darum wollen wir gemeinsam mit dem Land Brandenburg Strategien entwickeln, die humane und grüne Biotechnologien voranbringen, Vernetzungen und Synergien schaffen und eine Strategie für die gesamte Region erarbeiten. Dazu soll das Berlin Center for BioTech gegründet werden, in das auch die zuständige medizinische Abteilung des LaGeSo eingegliedert wird, sodass in enger Kooperation mit UNITE unternehmerische und regulatorische Beratungsangebote frühzeitig erbracht werden können.“	Erledigt durch Ä-034	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-037	Ergänzung	178	337	Wir unterstützen die Wirtschaft dabei, zirkuläres Wirtschaften (Cradle to Cradle) umzusetzen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Wir unterstützen die Wirtschaft dabei, zirkuläres Wirtschaften umzusetzen. Verwendete Produkte und Materialien sollen lange wie möglich, z.B. durch Reparieren und Recycling im Kreislauf zu halten.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-038	Ergänzung	178		einfügen "Wir unterstützen die Wirtschaft dabei Zirkuläres Wirtschaften (Cradle to Cradle) umzusetzen."	erledigt durch Ä-037	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-039	Ergänzung	178		Dabei begreifen wir die Gestaltung der Künstlichen Intelligenz als eine zentrale Zukunftsaufgabe, die Berlin nur in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Wissenschaftsstandorten bewältigen kann.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-040	Ergänzung	193	210	Ergänze in Zeile 193: Viele Soloselbstständige sind mit unsicheren Einkommen, prekären Beschäftigungsverhältnissen und begrenzter sozialer Absicherung konfrontiert. Wir stärken Soloselbstständige in Berlin gezielt durch den Ausbau bezahlbarer, öffentlicher Co-Working-Spaces in den Bezirken. Dazu wollen wir vorhandene, leerstehende Räume in Geschäftsstraßen und Shopping-malls gezielt aktivieren.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Ersetze in Zeile 192: Außerdem nehmen wir die Situation der Soloselbstständigen stärker in den Blick und verbessern die Rahmenbedingungen, z.B. durch den Ausbau von bezahlbareren, öffentlichen Co-Working-Spaces in den Bezirken.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-041	Ergänzung	214	235	hinten "E-Sports-Team Berlin" wird "sowie die Berliner Breitensportvereine im E-Sport." eingefügt	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-042	Ergänzung	214	233	Ergänze nach E-Sports-Förderung: "wobei wir einen besonderen Fokus auf Angebote legen, die fair und sicher by Design sind."	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Ergänze in Z. 214 nach "Förderung.": "Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf Gesundheit und Prävention im Gaming und E-Sport."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-043	Ergänzung	230		Ergänzung: Dazu gehört auch eine abgestimmte Entwicklung neuer Gewerbe- und Industrieflächen in der Hauptstadtregion. Berlin und Brandenburg sollen industrielle Ansiedlungen, Logistik, Fachkräftewohnen und verkehrliche Anbindung gemeinsam planen, damit Wachstum, gute Arbeit und Flächennutzung zusammenpassen	Durch Teilübernahme Ä-026 erledigt	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-044	Ergänzung	254	274	Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen werden wir die Vergaben öffentlicher Aufträge entbürokratisieren und vereinfachen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-045	Ergänzung	261		Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen werden wir die Vergaben öffentlicher Aufträge entbürokratisieren und vereinfachen.	Erledigt durch Ä-044	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-046	Ergänzung	275	296	Dabei bauen wir besonders den Business Immigration Service aus und verringern bürokratische Hürden, um internationale Fach- und Arbeitskräfte leichter anzuwerben.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-047	Ergänzung	276	298	Die Internationalität Berlins und die vielen ethnischen Gemeinschaften in unserer Stadt nutzen wir gezielt für die Anwerbung von Fachkräften; da international die Hauptstadtregion als Einheit wahrgenommen wird, stimmen wir uns dazu mit Brandenburg eng ab.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Die Internationalität Berlins und die vielen ethnischen Gemeinschaften in unserer Stadt nutzen wir gezielt für die Anwerbung von Fachkräften.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-048	Ergänzung	284		Leerstehende Ladenflächen schwächen Einkaufsstraßen und Stadtteilzentren. Deshalb werden wir ein aktives Leerstandsmanagement aufbauen.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-049	Ergänzung	284	307	Z. 284: ergänze nach „Selbstorganisation“: Dabei ist eine Zunahme durch Umsatzeinbußen in Folge von Baustellen, welche in den nächsten Jahren umgesetzt werden, erwartbar. Daher werden wir die finanziellen Mittel für die Überbrückungshilfe zukünftig weiterhin in nötigem Umfang sicherstellen und eine Ausweitung für Baustellenprojekte der Deutschen Bahn prüfen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Z. 284: ergänze nach „Selbstorganisation“: Umsatzeinbußen für die Gewerbetreibenden in Folge von Baustellen wollen wir abmildern. Daher wollen wir die finanziellen Mittel für die Überbrückungshilfe im nötigen Umfang sicherstellen.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-050	Ergänzung	286		füge ein nach „Eigentümer*innen“: „Zu diesem Zweck unterstützen wir die Bezirke darin hauptamtliche Managementteams für die überregional bedeutenden Standorte einzurichten, die die Entwicklung und Umsetzung von integrierten Handlungskonzepten und deren Umsetzung mit den lokalen Akteur:innen strukturieren und bestehende und zukünftige Finanzierungslinien von Bezirk, Land, Bund und Europa erschließen, um diese Zentren weiterzuentwickeln.“	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-051	Streichung	289		Z. 289-292 streichen	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-052	Ergänzung	294		Leerstehende Ladenflächen schwächen Einkaufsstraßen und Stadtteilzentren. Deshalb aktives Leerstandsmanagement aufbauen.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-053	Ergänzung	298		Den Erhalt kommunaler Gebäude für die soziale Infrastruktur fördern wir durch die modellhafte Entwicklung von Um- und Mehrfachnutzungen	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-054	Ergänzung	315	344	...ermöglichen wir Atelier- und Proberäume und eine stärkere Kooperation...	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: ergänze Z. 317 nach "Infrastruktur" "wie z.B. Atelier- und Proberäume"	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-055	Ergänzung	321		Die 20.000 Gastbetriebe in Berlin brauchen als Unterstützung zur Sicherung und Ausbau von Arbeitsplätzen eine Vereinfachung, Digitalisierung und Entbürokratisierung bei Genehmigungsverfahren. Das von der Wirtschaftsverwaltung angeschobene Landesgaststättengesetz ist dabei auf dem richtigen Weg. Insbesondere für die Außengastronomie kommt es auf einheitliche und rechtssichere Regelungen an, die für Wirtschaftlichkeit und Anwohnerverträglichkeit zugleich Anreize setzen.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-056	Streichung	333		Streiche " – darunter USA, China, Indien, Mexiko, Brasilien, den Ländern Nordafrikas und Sub-Sahara-Afrikas sowie EU, besonders Polen und Ukraine –"	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-057	Streichung	333		– darunter USA, China, Indien, Mexiko, Brasilien, den Ländern Nordafrikas und Sub-Sahara-Afrikas sowie EU, besonders Polen und Ukraine –	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-058	Ergänzung	337		Ergänze: Wir setzen uns unter anderem für die Einrichtung eines „Taiwan Centers“ in Berlin ein. Dieses soll als Ort für technologischen Austausch und Kooperation in Zukunftsfeldern wie Halbleitern, Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung dienen. Damit stärken wir Berlins internationale Innovationsvernetzung, fördern Kooperationen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Start-ups und positionieren die Hauptstadt als Brücke zwischen europäischen und asiatischen Technologiestandorten.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-059	Ergänzung	346		Ergänze: "Berlin nimmt eine Vorbildfunktion bei der Umsetzung des Lieferkettengesetzes ein. Gleichzeitig bekennt sich Berlin zu seiner Verantwortung für globale Gerechtigkeit und stärkt dementsprechend seine landesentwicklungspolitischen Aktivitäten durch eine verstärkte Förderung entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen und der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit."	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-060	Ergänzung	381	408	Ergänze: "Berlin führt sein Engagement in Städtenetzwerken wie Solidarity Cities, Mayors for Peace und Städte gegen die Todesstrafe fort."	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: wegen Ä061: "Berlin führt sein Engagement in Städtenetzwerken wie Solidarity Cities, „ainbow Cities Network, Mayors for Peace und Städte gegen die Todesstrafe fort."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-061	Ergänzung	381		Das Engagement im „Rainbow Cities Network“ setzen wir fort und setzen uns auch gegenüber unseren internationalen Partner*innen für den Schutz queerer Communities ein.	erledigt durch Ä-060	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-062	Streichung	382		-Überschrift (Z. 382) ersetze in: "Internationale Großveranstaltungen als Chance für Berlin" Z. 386-387: - ergänze vor "50 Jahre Mauerfall": "und" - streiche: "und die Olympischen und Paralympischen Spiele 2040/44" Z. 389: -streiche: "um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2040/44 und"	Ablehnung	Dissens	AK 16.04.2026
Ä-063	Streichung	382		Z. 382: streiche ab "sowie" bis "Spiele"	erledigt durch Ä-062	Dissens	AK 16.04.2026
Ä-064	Streichung	386		Z. 386-387: streiche ab "und" bis "40/44"	erledigt durch Ä-062	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-065	Streichung	389		Z. 389 streiche ab "die" bis "und"	erledigt durch Ä-062	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-066	Streichung	389		Streiche "die Olympischen und Paralympischen Spiele 2040/44 und um" (und in der Folge alle Bezüge zu Olympia in Überschrift und Absatz	erledigt durch Ä-062	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-067	Ergänzung	400	428	In Zeile 400 einfügen nach „was da ist.“: "Erhaltung bedeutet auch Weiterentwicklung, im Zustand und in der Nutzungsart."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-068	Ergänzung	401		Wir ändern das Denkmalschutzgesetz, damit die Belange des Denkmalschutzes und der Stadtentwicklung und die Belange der Menschen besser in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.	erledigt durch Regierungshandeln	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-069	Ergänzung	402	431	In Zeile 402 ergänze nach „Profitstreben zurück“: „Damit Wohnraum, Begegnungsorte und Kleingewerbe als soziale Orte dem Gemeinwohl dienen und fester Anker eines sicheren Lebens in Berlin sind.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Z. 402 ersetze "Damit Wohnraum dem Gemeinwohl dient." durch: "Damit Wohnraum, Begegnungsorte und Kleingewerbe als soziale Orte dem Gemeinwohl dienen und fester Anker eines sicheren Lebens in Berlin bleiben."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-070	Ergänzung	414		Wir ändern das Denkmalschutzgesetz, damit die Belange des Denkmalschutzes und für Stadtentwicklung und die Belange der Menschen besser in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.	erledigt durch Regierungshandeln	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-071	Ersetzung	417		Es gibt zur Zeit ca. 85.000 Sozialwohnungen. Seit 1990 sind mehr als 250.000 Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen. Dies ist ein eklatanter Mangel an Sozialwohnungen bei stetig steigenden Mieten. Zwischen 2019 und 2023 verloren ca. 20.000 Sozialwohnungen ihre Belegungsbindung. Neu entstanden nur ca. 11.000 Sozialwohnungen. Alleine 2024 und 2025 gibt es ca. 12.000 Sozialwohnungen weniger, während der Bedarf steigt. In den Jahren 2027 bis 2030 werden insgesamt ca. 22.000 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Im Durchschnitt 5.500 Wohnungen Es müssen also jährlich ca. 10.000 Sozialwohnungen entstehen. Das ist unser Ziel.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-072	Ergänzung	420	452	In der Legislaturperiode 2026 - 2031 sollen 100.000 neue - auch barrierefreie und rollstuhlgerechte – Wohnungen geschaffen werden. Nur so begegnen wir dem Wohnraummangel für Alle wirksam. Denn ein Zuhause ist Voraussetzung für ein würdiges Leben. Dazu stärken wir genossenschaftliches Bauen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Ersetze von Z. 420 "In" bis Z. 422 "wirksam" durch: "In der Legislaturperiode 2026 - 2031 sollen so 100.000 neue Wohnungen geschaffen werden. Dazu zählen auch barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen. So begegnen wir dem Wohnraummangel für Alle wirksam."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-073	Ergänzung	426	457	Die Potenziale zur Senkung der Baukosten nutzen wir aus.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-074	Ergänzung	426		Z. 426 nach „mitwirken.“ ergänzen: „Mit einem „GEMEINWOHN-Paket“ stärken wir insbesondere mit gezielten Maßnahmen die Bedingungen für gemeinwohlorientierte Marktakteure, um die spezifischen Neubauziele in diesem Segment einzuhalten.“	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-075	Ergänzung	426		Z. 426 nach „mitwirken.“ ergänzen: „Mit einem „GEMEINWOHN-Paket“ stärken wir insbesondere mit gezielten Maßnahmen die Bedingungen für gemeinwohlorientierte Marktakteure, um die spezifischen Neubauziele in diesem Segment einzuhalten. Wir wollen ein GemeinWohnGesetz zur Förderung des gemeinwohlorientierten Bauens öffentlicher wir privater Institutionen in das Abgeordnetenhaus einbringen, um das Potenzial diesesSektors n Berlin beser nutzen und ausbauen zu können.“	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-076	Ergänzung	428	509	Im Bereich „Mehr Wohnungen für Berlin“ ergänzt: Außerdem wollen wir Pilotprojekte anschieben, die in Modulbauweise und dem neuen Standard „Gebäudetyp E“, den Mangel an bezahlbarem Wohnraum durch innovatives, schnelles und günstigeres Bauen verringern.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Z. 475 füge ein: "Wir wollen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum durch innovatives, schnelles und günstigeres Bauen verringern. Dazu setzen wir das Einfach-Bauen-Gesetz konsequent um und entwickeln es bedarfsgerecht weiter. Zudem werden wir verstärkt Projekte in Modulbauweise und nach dem neuen Standard „Gebäudetyp E" anschieben. Gleichzeitig legen wir wert auf, langlebige, nachwachsende und regional verfügbare Materialien und energieeffiziente Gebäudetypen, die die CO2-Bilanz verbessern.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-077	Ersetzung	440	473 + 475	(Gemeinsam mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften schaffen wir gezielt barrierefreie bezahlbare Wohnangebote für Alleinerziehende), Menschen mit Behinderungen (und auch für Wohngemeinschaften, wie WGs für junge Menschen, die zum Beispiel Azubis und Studierende zusammenbringen, Alters-WGs), inklusive und (generationenübergreifende) WGs für Menschen mit und ohne Behinderungen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Z. 441 (473) füge nach "Alleinerziehende" ein: "Menschen mit Behinderungen" Z. 443 (475) ersetze "und generationenübergreifende Wohngruppen" durch: "inklusive und generationenübergreifende Wohngruppen für Menschen mit und ohne Behinderungen."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-078	Ersetzung	448		Ersetze: „Zugriff ermöglichen wir vor allem über Erbbaurecht. Voraussetzung bleibt dauerhafte und nachhaltige Bestandshaltung sowie soziale Bewirtschaftung.“ Durch: Wir streben an, bei der Vergabe von Wohnbauflächen einen maßgeblichen Anteil für gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften vorzusehen. Anderen Akteuren ermöglichen wir den Zugriff vor allem über Erbbaurecht.	erledigt	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-079	Ergänzung	449	482	Z. 449 nach „Erbbaurecht“ ergänzen: „das wir in Förder- und Bewertungspraxis als Eigentumsgleich anerkennen.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: „das wir in Förder- und Bewertungspraxis grundsätzlich als Eigentumsgleich anerkennen.“	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-080	Ergänzung	449		Z. 449 nach „Erbbaurecht“ ergänzen: „das wir in Förder- und Bewertungspraxis als Eigentumsgleich anerkennen.“	erledigt durch Ä-A79	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-081	Ergänzung	469	505	Das kooperative Baulandmodell soll künftig auch ohne Bebauungsplan gelten (sog. Neuköllner Modell): Überall dort, wo Bauherren Befreiungen vom Baurecht brauchen (Dispensverträge), fordern wir bezahlbaren und mehr barrierefreien Wohnraum verbindlich ein.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: in Zeile 471 füge nach "bezahlbaren" ein: "und barrierefreien"	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-082	Ergänzung	476	516	Dazu treiben wir die die KI unterstützte Digitalisierung in den Bauämtern voran, um eine Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung zu erreichen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Z. 476 füge a.E. an: "Dazu treiben wir die die KI unterstützte Digitalisierung in den Bauämtern voran."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-083	Ergänzung	478		Bei Neu- und Umbau müssen langlebige, nachwachsende und regional verfügbare Materialien und energieeffiziente Gebäudetypen, die die CO2-Bilanz verbessern, gefördert werden.	siehe ÄA 76	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-084	Ergänzung	481	521	Ergänze am Abschnittsende: "Hierbei wollen wir grundsätzlich bereits versiegelte Flächen priorisieren."	Übernahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-085	Ergänzung	482	522	Nach der Zeile 481 einfügen: "Auch beim Bedarf im Wohnungsbau ist mit dem Bodenverbrauch sorgsam umzugehen; es gilt weiterhin das Ziel zur Erreichung eines Netto-Null-Verbrauchs, dem Flächensparziels der Bundesregierung. Besonders sensible Böden sind besonders zu schützen."	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Z. 481 füge ein nach ÄA84: "Dies dient auch unserem angestrebten Ziel der Netto-Null-Neuversiegelung."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-086	Ersetzung	486	528	ersetze ab „auch“ bis „um“ durch: „So gestalten wir in einem Pilotprojekt die Fläche der ehemaligen A 104 beidseits des Tunnels Schlangenbader Straße um und beleben im gleichen Zug auch den Breitenbachplatz durch eine Umgestaltung neu. Hierbei beziehen wir die Anwohnenden, Gewerbetreibenden und sonstigen Anliegenden aktiv ein.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Z. 486 - 487 ersetze " So gestalten wir in einem Pilotprojekt die Fläche der ehemaligen A 104 um." durch: "So gestalten wir in einem Pilotprojekt die Fläche der ehemaligen A 104 beidseits des Tunnels Schlangenbader Straße um und beleben im gleichen Zug auch den Breitenbachplatz durch eine Umgestaltung neu."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-087	Ergänzung	488		Für ehemalige Vorzeigestraßen und Schmuckplätze wie den Bundesplatz werben wir Bundes- und EU-Mittel für eine zeitnahe Reurbanisierung ein.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Für	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-088	Ergänzung	488		Für ehemalige Vorzeigestraßen und Schmuckplätze wie den Bundesplatz werben wir Bundes- und EU-Mittel für eine zeitnahe Reurbanisierung ein.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-089	Ergänzung	495		ergänze nach „spekulieren.“: „So sticht seit Jahren weithin sichtbar das Skelett des Steglitzer Kreisel ins Auge. Wir werden den Investor nicht aus seiner Verantwortung entlassen, aber wir werden auch nicht tatenlos zusehen, wie der Kreisel dauerhaft zur Abschreibungsruine verkommt. Die privatwirtschaftliche Inwertsetzung der Immobilie ist mehrfach gescheitert. Hier muss das Land in der kommenden Legislatur Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Daher werden wir uns dafür stark machen, das der Senat in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf die Initiative ergreift, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen und alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen um Bewegung in die festgefahrene Situation zu bringen.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-090	Ergänzung	498	541	füge ein nach „Bauen“: und Fertigstellen	Übernahme	konsens	AK 16.04.2026
Ä-091	Ersetzung	511		Ersetze: „Dabei erhöhen wir in den bereits geplanten Wohngebieten und in angrenzenden Arealen das Baupotenzial und verbinden in einer zweiten Phase die drei Teilbaugebiete miteinander. So schaffen wir dort insgesamt bis zu 12.000 neue Wohnungen.“ Durch: „In einer zweiten Phase wollen wir weitere Wohnungen in den jetzt geplanten Gebieten und auch in angrenzenden Arealen schaffen.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-092	Ergänzung	515		Bis ein gleichwertiger Ausweichstandort gefunden ist, hat das Schaustellergewerbe Planungssicherheit am Zentralen Festplatz.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-093	Ersetzung	519		Die Möglichkeiten einer behutsamen Randbebauung werden abschließend geprüft. Eine Inanspruchnahme der Flächen soll erst erfolgen, wenn die in der Planung befindlichen Baupotenziale in der Stadt ausgeschöpft sind.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-094	Streichung	519		Wohnungen am Feldrand kommen nicht in Frage, solange die bisherigen Flächen in Berlin ungenutzt sind –	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-095	Ergänzung	521		und genossenschaftlichen Wohnungsbau	Übernahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-096	Ergänzung	529		Ergänzung: „...weil die Mietprelsbremse verletzt wurde, die Heizkostenabrechnung unkorrekt ist oder Mietwucher vorliegt.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-097	Ergänzung	532	580	Die Mietpreisprüfstelle erfreut sich wachsender Nachfrage – der große Bedarf wird durch die bisherigen Beratungsergebnisse eindrücklich belegt.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Z. 528 nach "eingerichteten" füge ein: "und erfolgreich arbeitenden"	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-098	Ersetzung	532	584	Ersetze Zeile 532 und 533 durch: Wir bauen die Mietpreisprüfstelle massiv aus und entwickeln sie perspektivisch zur Mietenaufsicht Berlin weiter. Sie soll beraten, verfolgen und sanktionieren.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Wir bauen die Mietpreisprüfstelle massiv aus und entwickeln sie zur Mietenaufsicht Berlin weiter. Sie soll beraten, verfolgen und sanktionieren."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-099	Ergänzung	540	592	„Wir setzen uns für die Ausweitung von Milieuschutzgebieten ein.“	Übernahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-100	Streichung	551		ersatzlos streichen	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-101	Ergänzung	553		Die Landeseigenen werden verpflichtet wohnortnahe Bürgerbüros für Anliegen der Mie-ter:innen einzurichten.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-102	Ergänzung	565	618f	Wir gehen ebenfalls entschieden gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt vor. Dazu führen wir bei landeseigenen Wohnungsunternehmen anonymisierte Bewerbungsverfahren ein, schaffen verbindliche Anti-Diskriminierungsstandards und bauen systematische Testverfahren zur Aufdeckung von Benachteiligung aus.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung / Einfügung in 563 Z. 561 füge ein: "Wir führen anonymisierte Bewerbungsverfahren ein, schaffen verbindliche Anti-Diskriminierungsstandards und bauen systematische Testverfahren zur Aufdeckung von Benachteiligung aus."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-103	Ergänzung	569	626	Den Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein wollen wir so erweitern, dass Alleinerziehende mit Kind Paaren mit Kind gleichgestellt sind. So sollen Alleinerziehende und ihre Kinder jeweils Anspruch auf ein eigenes Zimmer und einen gemeinsamen Raum haben.	Übernahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-104	Ergänzung	569		Z. 569 folgenden Satz als neuen Absatz einzufügen: Immer mehr Menschen sind in Berlin auf barrierefreies Wohnen angewiesen. Daher werden wir barrierearmes und barrierefreies Wohnen auf allen Ebenen fördern.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-105	Ergänzung	582	643ff	Füge nach Zeile 582 neuen Abschnitt ein: Mikroapartments begrenzen Wir werden den Bau von sog. Mikroappartements stärker steuern. Hierzu nutzen wir insbesondere Bebauungspläne, um durch Mindestgrößen oder eine Begrenzung der Anzahl von Wohnungen pro Gebäude Mikroappartements einzuschränken. Ebenso begrenzen wir den Umbau von Bestandswohnungen zu Mikroappartements. Angebote für besondere Wohnformen für Studierende, Senior:innen oder weitere spezifische Zielgruppen sollen davon unberührt bleiben. Wir setzen uns weiterhin für eine stärkere Mietenregulierung auch in diesem Segment ein.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-106	Ergänzung	582		Wir setzen uns auch auf EU-Ebene dafür ein, Kurzzeitvermietungen endlich effektiv zu regulieren.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-107	Ergänzung	588	656	Ergänze: „Wenn Vermieter ihre Bestände nicht instandhalten, greifen wir schneller ein. Mit einem Landesfonds für Ersatzvornahmen sollen die Bezirke gezielt unzumutbare Wohnverhältnisse verbessern, die Kosten den Eigentümern in Rechnung stellen und bei Säumnis beschlagnahmen.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-108	Ergänzung	594	666	[ALT] Zusätzlich führen wir eine Leerstandsmeldepflicht für Eigentümer ein [NEU] UND WIR FÜHREN EINE PROGRESSIVE LEERSTANDSSTEUER EIN, UM LANGANHALTENDEN UND SPEKULATIVEN LEERSTAND FINANZIELL UNATTRAKTIV ZU MACHEN.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "und wir führen eine progressive Leerstandssteuer ein, um langanhaltenden und spekulativen Leerstand unattraktiv zu machen."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-109	Ergänzung	594		In Zeile 594 den neuen Satz einfügen (vor "Zusätzlich führen wir...): Des weiteren wird das Kataster zur automatisierten Prüfung der Miethöhe bei neuen Vertragsabschlüssen und Mieterhöhungen verwendet.	Annahme i.d.F.:	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-110	Ersetzung	595		Die Zustimmung zum Volksentscheid der Initiative „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ nehmen wir ernst. Es ist für uns der Auftrag, den Artikel 15 Grundgesetz anzuwenden, um den Wohnungsmarkt gemeinwirtschaftlich zu regulieren und die Profitlogik für ca. 1,4 Mio. unregulierten Wohnungen zu durchbrechen. Konkret heißt dies: Gewinnausschüttungen auf 4% zu begrenzen, darüber hinaus erzielte Überschüsse in Bestand und Neubau zu investieren, Mieten ab einem Stichtag einzufrieren und nur einen Inflationsausgleich zu gestatten. Der Neubau und Kleinvermietende sollen hiervon ausgenommen bleiben. So bleibt solides Wirtschaften möglich, aber Renditemaximierung auf Kosten der MieterInnen wird unterbunden. Diesen juristisch neuen Weg gehen wir rechtssicher, offene Fragen klären wir transparent und nachvollziehbar.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-111	Ergänzung	598		Ergänze: „Die Vergesellschaftung von Wohnraum ist für uns ein wirksames und rechtlich mögliches Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Ein Gesetz zur Umsetzung des Volksbegehrens 2021 werden wir erarbeiten.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-112	Ergänzung	598		Die Vergesellschaftung von Wohnraum ist für uns ein wirksames und rechtlich mögliches Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Ein Gesetz zur Umsetzung des Volksbegehrens 2021 werden wir erarbeiten. Die Bewirtschaftung der vergesellschafteten Wohnung soll neben der Überführung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts auch durch die Überführung in Genossenschaften möglich sein.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-113	Ersetzung	599		Ersetze „Dabei“, mit „Zusätzlich“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-114	Ergänzung	599		füge ein hinter Z. 599 Wohnungsmarkt: Die Vergesellschaftung von Wohnraum ist für uns ein wirksames und rechtlich mögliches Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Ein Gesetz zur Umsetzung des Volksbegehrens 2021 werden wir erarbeiten.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-115	Ersetzung	599		ersetze Z. 599 „dabei“ durch „Zusätzlich“	Zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-116	Ersetzung	599		"dabei" durch "zusätzlich" ersetzen	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-117	Ergänzung	600		Z. 600: ergänze nach „GG.“: „Zudem wollen wir Gewinnausschüttungen begrenzen und erst ermöglichen, wenn sich die vermieteten Einheiten und Gebäude in einem angemessenem und modernen Zustand befinden. Dabei soll insbesondere für Großvermietende (ab 500 Wohneinheiten) eine festgelegte Investitionsquote gelten, um einen modernen und energieeffizienten Gebäude- und Wohnungsbestand abzusichern. Daneben soll die Umsetzung eines Verbotes von Eigenbedarfskündigungen, Staffel- und Indexmieten sowie die Entfristung von befristeten Mietverträgen, die Erhebung von Möblierungs- und Modernisierungsumlagen (soweit betriebswirtschaftlich abgeschrieben) geprüft werden. Gleiches gilt für ein Veräußerungsverbot von Gebäuden mit Genehmigungsvorbehalt, wofür gleichzeitig ein Vorkaufsrecht für das Land Berlin mit einer Preislimitierung auf den alten Kaufpreis in Verbindung mit einem Inflationsausgleich.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-118	Ergänzung	600		Die Vergesellschaftung von Wohnraum ist für uns ein wirksames und rechtlich mögliches Instrument, um diess Ziel zu erreichen. Ein Gesetz zur Umsetzung des Volksbegehrens 2021 werden wir erarbeiten.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-119	Ergänzung	614		Ergänzung nach „...Wohnraummangels verboten sind.“ „Wir wollen eine Stärkung der Mieterrechte, wenn die Eigentümer ihren Pflichten zur Heizungsprüfung – und optimierung nicht nachkommen. Werden diese nicht nachgewiesen, sollen die Mietenden zur pauschalen Kürzung der Heizkostenforderungen berechtigt sein.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-120	Ergänzung	617	612 + 694	<p>Einfügen nach Z. 617 als neuen Absatz:</p> <p>"Feministische Stadtentwicklung und Wohnungspolitik</p> <p>Historisch bedingt sind viele Elemente von Städten aus einer männlich dominierten Perspektive entstanden. Wir setzen uns ein für eine feministische Stadtplanung, die Berlin als Stadt für alle denkt und gestaltet, so dass sie für unterschiedliche Lebensrealitäten funktioniert.</p> <p>In Stadtentwicklungsprojekten ist Gender-Mainstreaming als Standard für die Planung und Vergabe zu verankern, um Geschlechtergerechtigkeit aktiv umzusetzen. Plätze, Räume und Wege, Mobilität, Zentrumsbildung und Nachbarschaftsstrukturen müssen inklusiv und sicher werden. Sie müssen sich neben der Vollzeit-Erwerbsarbeit gleichzeitig auch am Alltag von Personen mit Care Aufgaben orientieren, ganz besonders in Außenbezirken.</p> <p>Wohnen ist als soziale Infrastruktur eine Voraussetzung für Sicherheit, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe. Unsere Wohnungspolitik muss faire und diskriminierungsfreie Vergabe- und Vermietungsmodelle sicherstellen. Gendergerechte und inklusive Maßnahmen sind bei Modernisierungen und Weiterentwicklung des Bestands mitzudenken.</p> <p>Die Förderung von queeren und frauenspezifischen Wohnprojekten schafft sicheren Wohnraum für vulnerable Personen (z.B. Frauenhäuser und Übergangswohnungen, queersensible Notunterkünfte und Pflegeeinrichtungen, spezielle Programme für wohnungslose Frauen & Jugendliche).</p> <p>Ein „Runder Tisch Feministische Stadt“ als dauerhafte Instanz kann den Austausch und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen stärken. Neue Ideen entstehen nur gemeinsam."</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung:</p> <p>Z. 560 (612) füge a.E. ein: "Wir stellen diskriminierungsfreie Vergabe- und Vermietungsmodelle sicher und denken gendergerechte wie auch inklusive Maßnahmen bei Modernisierungen und Weiterentwicklung des Bestands mit."</p> <p>Z. 619 (694) füge ein: "In der Stadtentwicklung orientieren wir uns an unterschiedlichen Lebensrealitäten und gestalten Berlin als Stadt für alle. Der öffentliche Raum wird barrierefrei, sicher und bedarfsgerecht gestaltet. Bei Projekten werden wir Gender-Mainstreaming grundsätzlich als Standard für die Planung und Vergabe verankern, um Geschlechtergerechtigkeit aktiv umzusetzen."</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-121	Ergänzung	618	549ff	<p>Unser Berlin wird lebenswert, grün und lebenswert</p> <p>Die Wiege Berlins entwickeln</p> <p>Berlin ist eine Stadt der Kieze. Gleichwohl hat die historische Innenstadt in Mitte als Kern Berlins eine besondere Rolle. Auf Grundlage des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Berliner Mitte werden wir diesen zentralen innerstädtischen Bereich voranbringen. Dazu gehören die Entwicklung des Nikolaiviertels u.a. aus Mitteln der Städtebauförderung und die Aufwertung des Areals zwischen Fernsehturm und Spreeufer als grüner Freiraum. Den Molkenmarkt werden wir auf Grundlage der Ergebnisse des Architektenwettbewerbs 2025/2026 gestalten und dabei auf eine angemessene Mischung von Wohnen, Gewerbe und Kultur sowie eine anspruchsvolle Architektur achten. Von der Alten Münze über den Molkenmarkt und das Gelände des Grauen Klosters bis hin zum Haus der Statistik werden wir ein Band der Kultur und Stadtgeschichte entwickeln.</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung:</p> <p>Die Wiege Berlins entwickeln</p> <p>Berlin ist eine Stadt der Kieze. Gleichwohl hat der historische Kern eine besondere Rolle. Dieses Herz der Stadt werden wir weiter voranbringen. Das Nikolaiviertel entwickeln wir mit Hilfe der Städtebauförderung weiter. Das Areal zwischen Fernsehturm und Spreeufer gestalten wir als grünen Freiraum. Das neue Stadtquartier am Molkenmarkt mit bezahlbaren, landeseigenen Wohnungen, Gewerbe und Kultur errichten wir zügig. Dabei sichern wir architektonische Qualität. Von der Alten Münze über den Molkenmarkt und das Graue Kloster bis zum Haus der Statistik entsteht ein zusammenhängendes Band aus Kultur und Stadtgeschichte.</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-122	Ersetzung	630	707	Statt "Mit dem Bäume Plus-Gesetz" Mit dem Berliner Klimaanpassungsgesetz	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-123	Ergänzung	631	709	Wir setzen auf Bäume statt Bürokratie. Wir brauchen kein neues Landesamt, sondern wir setzen das Gesetz mit den vorhandenen Verwaltungen um.	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung:</p> <p>"Dabei setzen auf Bäume statt Bürokratie. Statt mit einem neuen Landesamt setzen wir das Gesetz mit den vorhandenen Verwaltungen um."</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-124	Ergänzung	631	713	<p>Im Bereich „Mehr Stadtbäume für Berlin“ (nach Zeile 631) wird ergänzt:</p> <p>Deshalb werden wir dafür Sorgen dass Baumfällungen, abgesehen von Sicherungspflichten, nur sehr restriktiv durchgeführt werden. Insbesondere bei Baumaßnahmen im Straßenverkehr werden wir baumerhaltende Planungen grundsätzlich priorisieren..</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung:</p> <p>"Wir sorgen dafür, dass Baumfällungen, abgesehen von Sicherungspflichten, nur sehr restriktiv durchgeführt werden. Bei Baumaßnahmen werden wir baumerhaltende Planungen grundsätzlich priorisieren."</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-125	Ergänzung	631	715	Die technischen Richtlinien zur Planung und Gestaltung des Straßenraums werden an die Erfordernisse des Klimawandels und des Baumschutzes angepasst. Der Schutz der vorhandenen Straßenbäume hat Vorrang vor sonstigen technischen Regelwerken des Straßenbaus. Straßenbäume gehören grundsätzlich zum Straßenraum und erhalten den technischen Regelwerken des Gartenbaus entsprechende Pflanzräume und Bodenvorbereitungen. Die Zuleitung von Regenwasser aus Privatgrundstücken wird künftig möglich durch entsprechende Regelungen für den Straßenbau.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: (aufbauend auf ÄA124): "Auch dafür passen wir die Regeln für den Straßenraum an Klimaschutz und Baumschutz an."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-126	Ergänzung	631		Einfügen nach „... um 70% steigen.“ Zur Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes werden wir die Richtlinien für die Gestaltung des Straßenraums an die Erfordernisse des Klimawandels und des Baumschutzes anpassen. Dazu wollen wir den Schutz des vorhandenen Baumbestandes über andere technische Regularien stellen sowie die Neupflanzung von Bäumen mit besseren Bodenvorbereitungen verbinden und für Berlin entsprechende Anweisungen für die Verwaltung erstellen und verbindlich machen	Erledigt durch Ä-125	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-127	Ergänzung	637		nach „.....aktivieren bürgerschaftliches Engagement.“ einfügen: „Wir werden die Einrichtung eines Landesamts für Klimaanpassung und städtischer Infrastruktur als Pilotprojekt für die Verwaltungsreform prüfen. Denn die städtische Klimaresilienz und eine moderne Stadtinfrastruktur bedingt ein gutes Koordinieren von komplexen Verwaltungshandeln zwischen den Bezirken, des Senats unter Einbindung der Infrastrukturbetreiber und Energieversorger.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-128	Ergänzung	637		Die Umsetzung des Bäume-Plus-Gesetzes lässt sich nur mit massivem Engagement der Stadtbewohner erreichen. Deswegen sollen bei Baumpatenschaften die Bürger in die Planung und Finanzierung der neuen Stadtbäume aktiv einbezogen werden. Wir überwachen die laufende Umsetzung des Bäume-Plus-Gesetzes	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-129	Ergänzung	637		Wir werden die Einrichtung eines Landesamts für Klimaanpassung und städtischer Infrastruktur als Pilotprojekt für die Verwaltungsreform prüfen, denn die städtische Klimaresilienz bedingt ein gutes Koordinieren komplexen Verwaltungshandelns zwischen den Bezirken und des Senats.	Erledigt durch Ä-127	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-130	Ergänzung	651		Folgenden Satz ergänzen: "Wir sichern private Kleingartenflächen schrittweise über Bebauungspläne."	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-131	Ergänzung	651	733	Ergänze folgenden Satz: „Wir entwickeln Kleingartenanlagen als Naherholungsgebiete – für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner und für die Stadtgesellschaft.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-132	Ersetzung	657		Mit den Berliner Forsten schützen wir den Bürgerwald und fördern Klimafestigkeit und Naturnähe durch natürliche Waldentwicklung und den Schutz des Waldinnenklimas. Den Zustand begleiten wir mit satellitengestütztem Monitoring.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-133	Ergänzung	670	753	Überschrift: ändern „Regenwasser nutzen, Grundwasser schützen, Wasser sparen“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-134	Ersetzung	673	756	streichen: „Die technische Reduktionsrate erhöhen wir, wo es möglich ist. „und durch folgenden Satz ersetzen: „Wir werden das grundstücksübergreifende Regenwassermanagement rechtlich verbindlich machen.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Wir wollen den Anteil des Regenwassers, den wir technisch von der Kanalisation abkoppeln können, weiter erhöhen. Dafür werden wir auch das grundstücksübergreifende Regenwassermanagement rechtlich verbindlich machen."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-135	Ergänzung	674		Ein gesunder Boden trägt zum Klimaschutz bei; die Maßnahmen des zu entwickelnden Entsiegelungsprogramms sind umzusetzen.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-136	Ergänzung	675	759	Einfügen nach. ... Eine sichere Trinkwasserversorgung ist lebenswichtig" „Wir sind uns der drohenden Grundwasserproblematik in Berlin und Brandenburg bewusst und arbeiten verstärkt an gemeinsamen Anpassungsstrategien beider Länder.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-137	Ergänzung	675		Nach Zeile 674 einfügen: "Ein gesunder Boden trägt zum Klimaschutz bei; die Maßnahmen des zu entwickelnden Entsiegelungsprogramms sind umzusetzen."	Ablehnung/erledigt wegen Ä-137	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-138	Ergänzung	678	763	Einfügen nach“ wir und starten eine Wassersparoffensive.“ „sowie eine verstärkte Fokussierung auf Grauwasserlösungen im privaten wie auch öffentlichen Bereich.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: „sowie eine verstärkte Fokussierung auf Grauwasserlösungen (Aufbereitung von Wasser zur Zweitnutzung) im privaten und öffentlichen Bereich.“	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-139	Ergänzung	678	765	Die Sanierung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen ist voranzutreiben, um die Berliner Wasserwerke nachhaltig zu schützen. Wir werden die Bezirke Hierzu personell und finanziell verstärken, um die erforderlichen Ersterkundungen zu realisieren.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Um die Berliner Wasserwerke nachhaltig zu schützen, wollen wir die Sanierung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen vorantreiben. Dazu stärken wir die Bezirke personell und finanziell.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-140	Ergänzung	685	775	Wir ermöglichen weitere Müllsortieranlagen bei der BSR für verbesserte Ressourcen-Kreisläufe. Wir wollen noch mehr Haushalte mit Biotonnen ausstatten und führen auch die bezirklichen Grünabfälle konsequent der Kompostierung durch die BSR zu.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-141	Ergänzung	688	780 + 794 + 797	688: nach: "Wir gehen systematisch und mit wirksamen Maßnahmen dagegen vor." Ergänzung: "Wir beziehen die Stadtgesellschaft dabei aktiv mit ein." 698: nach: "Illegale Ablagerungen klären wir schneller auf und verfolgen sie konsequent." Ergänzung: "Dafür wird die Berliner Ordnungsamts-App weiterentwickelt, um partizipative Prozesse erweitert sowie in ein Gesamtkonzept zur sauberen und sicheren Stadt einbezogen. Zugleich wird sie mit einem neuen Transparenz-, Steuerungs- und Managementmodell mit den Bezirksämtern verbunden." weiter mit: "Zur besseren Umsetzung setzen wir Müll-Sheriffs"... statt "Dafür"	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-142	Ergänzung	691	784	Die Reinigungszyklen der BSR sollen flexibel an die unterschiedlichen Bedarfe der Bezirke angepasst werden. Wir orientieren die Personalverteilung der BSR berlinweit am Müllaufkommen, nicht an den Bezirksgrenzen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-143	Ersetzung	694	789	Ersetze den Abschnitt beginnend mit "Slots" und endend mit "Hausmüllgebühren" durch: Wir werden für jeden Haushalt zweimal im Jahr eine Sperrmüllabholung vor der Haustür anbieten, die über die Hausmüllgebühren finanziert werden. Zur besseren Effizienz werden diese Sperrmüllentsorgungen über eine digitale Plattform organisiert.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Wir werden für jeden Haushalt zweimal im Jahr eine Sperrmüllabholung vor der Haustür anbieten. Sie werden über eine digitale Plattform organisiert und über die Hausmüllgebühren finanziert.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-144	Ersetzung	694		Folgenden Text „...Slots für Unterstützung bei schweren Gegenständen machen wir buchbar. – finanziert über die Hausmüllgebühren“ ersetzen durch: „Wir werden für jeden Haushalt zweimal im Jahr eine Sperrmüllabholung vor der Haustür anbieten, die über die Hausmüllgebühren finanziert werden. Zur besseren Effizienz, wie z.B. wie viel und was entsorgt werden soll, werden diese Sperrmüllentsorgungen über eine digitale Plattform organisiert.“	Erledigt durch Ä-143	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-145	Ersetzung	694		Wir werden für jeden Haushalt zweimal im Jahr eine Sperrmüllabholung vor der Haustür anbieten, die über die Hausmüllgebühren finanziert werden. Zur besseren Effizienz werden diese Sperrmüllentsorgungen über eine digitale Plattform organisiert.	Erledigt durch Ä-143	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-146	Ersetzung	696		Ersetze "In einem Berliner Bezirk" durch: "In Berlin"	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-147	Ersetzung	701	801	Z. 701 ersetze „Die“ durch: „Das Mobilitätssystem in Berlin funktioniert aktuell nur unzureichend. Wir wollen die Mobilitätswende wieder aktiver gestalten, weg vom Motorisierten Individualverkehr hin zu einer klimaverträglicheren Mobilität. Dabei setzen wir nicht auf ein Gegeneinander der Verkehrsteilnehmer*innen, sondern auf einen klaren Kurs zur Schaffung von Alternativen vom eigenen Auto. Denn bereits die“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: „Die aktuelle Verkehrspolitik in Berlin ist lückenhaft und falsch. Wir wollen wieder auf den Weg hin zu einer klimaverträglicheren Mobilität im Interesse aller. Statt auf ein Gegeneinander der Verkehrsteilnehmer*innen setzen wir auf Alternativen zum eigenen Auto. Denn die“	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-148	Ersetzung	702	805	Z. 702: ersetze „freiwillig“ bis „umsteigen“ durch: „vom Auto umsteigen können.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-149	Ergänzung	703	807	...vom Auto umsteigen. Wir setzen uns für eine gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen und das Konzept der kurzen Wege ein.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-150	Ergänzung	703	806	Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zu den Vorgaben des Mobilitätsgesetzes, vervollständigen und sichern es.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-151	Ergänzung	703		Wir entwickeln das Konzept zur Barrierefreien Alternativen Beförderung (BAV) weiter, sodass alle Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung im Sinne des Landesgleichberechtigungsgesetzes den Öffentlichen Nahverkehr nutzen können.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Einfügen in Z. 731	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-152	Ergänzung	703		...vom Auto umsteigen. Wir setzen uns für eine gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen und das Konzept der kurzen Wege ein.	Erledigt	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-153	Ergänzung	703		Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zu den Vorgaben des Mobilitätsgesetzes, vervollständigen und sichern es.	Erledigt	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-154	Ergänzung	703		Z. 703: ergänze nach „Mobilitätsgesetzes“: „und unterstützen das Vorhaben des Verkehrsentscheides ausdrücklich“	zurückgestellt 09.05.	zurückg.	Beratung AK 09.05.
Ä-155	Ergänzung	704		Im Bereich „Sichere Mobilität für alle Berliner*innen“ (in den Zeilen 704 - 705) wird ergänzt: Langfristig wollen wir für die vier Bereiche von Verkehrsarten im Innenstadtbereich eine faire Aufteilung von jeweils einem Viertel, je nach Straßenbreite und Zustand. Zusätzlich wollen wir autofreie Zonen einrichten.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-156	Ergänzung	705	811	Wir wollen für alle Nutzer*innen mit oder ohne Behinderungen flächendeckend mindestens einen 10-Minuten-Takt – in der Innenstadt ebenso wie in den Außenbezirken.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-157	Ergänzung	705	810	Absatz soll beginnen mit: „Entsprechend dem Nahverkehrsplan sollen alle Wohngebiete und Schulen durch eine ÖPNV-Haltestelle in einer Entfernung von maximal 300 Meter erschlossen werden.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-158	Ergänzung	706		einfügen nach "Außenbezirken", "Entsprechend dem Nahverkehrsplan sollen alle Wohngebiete und Schulen durch eine ÖPNV-Haltestelle in einer Entfernung von maximal 300 Meter erschlossen werden."	Erledigt durch Ä-157	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-159	Ergänzung	706		und über die Landesgrenze hinaus.	Zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-160	Ergänzung	707		Nach "[...] für Busse und Bahnen." einfügen: „Für einen stabilen Betrieb und zur Verdichtung des Taktes bei erhöhter Nachfrage ist auch die U-Bahn in Berlin nach dem Nürnberger Vorbild zu automatisieren.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-161	Ergänzung	709		Für einen stabilen Betrieb und zur Verdichtung des Taktes bei erhöhter Nachfrage ist der U-Bahn-Betrieb in Berlin zu automatisieren.	Erledigt durch Ä-160	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-162	Ergänzung	713	821	Vorrang hat der Bau der Straßenbahnstrecken Turmstraße – Urban Tech Republic - Schumacherquartier und die Verlängerung nach Spandau sowie die Strecken Warschauer Straße - Hermannplatz, Alexanderplatz - Kulturforum.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-163	Ersetzung	713		Wir treiben den Ausbau der Straßenbahn voran und finanzieren laufende Projekte aus. Für die auf dem ehemaligen Flughafengelände -TXL- gelegene Urban Tech Republic (UTR) prüfen wir auch alternative zukunftsweisende ÖPNV-Anbindungen.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-164	Ergänzung	713		Absatz beginnen mit: „Vorrang hat der Bau der Straßenbahn Turmstraße – Jungfernheide –Urban Tech Republik sowie die Verlängerung nach Spandau. Eine Magnet-Bahn lehnen wir aus Kostengründen und als nicht zielführend für den Berliner ÖPNV ab.“	Erledigt durch Ä-162	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-165	Streichung	714		Streichung: ", darunter die Verlängerung der U3 zum Mexikoplatz, der U7 zum BER und zur Heerstraße Nord sowie der U8 ins Märkische Viertel."	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-166	Ergänzung	716	826	Wir beginnen mit der Planung einer U-Bahn-Verbindung vom Alexanderplatz nach Hohenschönhausen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: (nochmal prüfen): Z. 717 füge ein: "Wir wollen die wachsenden Ortsteile und Kieze im Osten der Stadt strukturell besser miteinander und mit der Berliner Mitte verbinden. Daher beginnen wir auch mit der Planung einer U-Bahn-Verbindung vom Alexanderplatz nach Hohenschönhausen."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-167	Ergänzung	717		Überlegungen einer Magnetschwebbahn lehnen wir ab.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-168	Ergänzung	717		In Zeile 717 ergänzen: „In diesem Sinne werden wir den Nahverkehrsplan 2026- 2028 überarbeiten. Insbesondere werden wir die Planung für den darüberhinausgehenden Ausbau des schienengebundenen ÖPNVs mit Nachdruck vorantreiben. Allen voran setzen wir uns ein für die U9- Verlängerung bis Lankwitz, den Ausbau der Stammbahnstrecke als Regionalbahnstrecke und den zweigleisigen Ausbau zwischen Süden und Lichtenfelde Ost sowie den Bau des S-Bahnhofs Kamenzer Damm“.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-169	Ergänzung	718		Den Bau einer Magnetschwebbahn in Berlin lehnen wir ab.	Erledigt durch Ä-167	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-170	Ergänzung	718	829	Den neuen schnellen Flughafen-Express Berlin Hbf – BER werden wir zum Bahnhof Gesundbrunnen verlängern.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-171	Ergänzung	722		den Preis "gemeinsam" ("gemeinsam" einfügen)	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-172	Ergänzung	722		Am Ende ergänzen: „Wir fordern eine dauerhafte Absenkung des Preises für das Sozialtickets S auf 9 Euro pro Monat.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-173	Ergänzung	723	836	Für mehr Sicherheit und Sauberkeit setzen wir zusätzliches Personal, darunter Sozialteams, ein...	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-174	Ersetzung	724		Die BVG konzentriert sich als öffentliches Unternehmen zunächst auf die Verbesserung des Betriebs, etwa durch mehr Kapazitäten für Wartung.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-175	Ergänzung	725	839	nach „für Wartung“ eingefügt: „und die kontinuierliche Fahrzeugbeschaffung“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-176	Ersetzung	725		Ersetzung: "Die S-Bahn wollen wir als rechtliche und betriebliche Einheit kommunalisieren."	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-177	Ergänzung	725		Der Landesparteitag möge beschließen: Auf Seite 20 wird in Zeile 725 nach „für Wartung“ eingefügt: „und die kontinuierliche Fahrzeugbeschaffung“.	Erledigt durch Ä-175	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-178	Ergänzung	725	839	Z. 725 ergänze nach „Wartung.“: „Dabei unterstützen wir die BVG, schnellstmöglich wieder in die Ausweitung des eigenen Angebots investieren zu können. Hierfür sichern wir die entsprechend notwendigen finanziellen Mittel.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-179	Ergänzung	730		Ab 2028 werden nur noch emissionsfreie Taxen und Mietwagen mit Fahrer*innen zugelassen.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-180	Ergänzung	730		Ab 2028 werden nur noch emissionsfreie Taxen und Mietwagen mit Fahrer*innen neu zugelassen.	Erledigt durch Ä-179	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-181	Ersetzung	733	849	„Das fördern wir mit breiten, gut beleuchteten und barrierefreien Gehwegen sowie deutlich mehr sicheren Querungen, auch in Fahrradstraßen.“ durch „Das fördern wir mit breiten, gut beleuchteten, barrierefreien und sicheren Gehwegen zu jeder Jahreszeit und bei allen Witterungsbedingungen sowie deutlich mehr sicheren Querungen, auch in Fahrradstraßen.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-182	Ergänzung	734	851	Der Landesparteitag möge beschließen: Auf Seite 20 wird in Zeile 734 nach „in Fahrradstraßen.“ eingefügt: „Auch die Instandhaltung der Fußwege einschließlich der Beleuchtung wird auskömmlich finanziert.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-183	Ersetzung	736		„Um das Chaos mit E-Scootern zu beenden und die Verkehrssicherheit aller Beteiligten zu erhöhen, werden wir nach dem Vorbild von Paris kommerzielle E-Scooter-Leihdienste verbieten.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-184	Ergänzung	740	859	Wir verdoppeln die Sondernutzungsgebühr für die Nutzung des öffentlichen Straßenraums für E-Scooter Betreiberfirmen innerhalb des S-Bahn-Rings und weiten die Gebührenpflicht auf ganz Berlin aus.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-185	Ergänzung	740	858	Z. 740: ergänze nach „sind.“: „Außerdem schaffen wir ein landeseigenes, allgemeinwohlorientiertes Car-Sharing-Angebot, welches berlinweit mit Elektrofahrzeuge betrieben werden soll.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-186	Ergänzung	748	871	Durch erfolgreiche Ermittlungen bei Fahrraddiebstahl reduzieren wir die Anzahl der Delikte und steigern die Aufklärungsrate.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-187	Ergänzung	748	869	Wir fördern wieder ein Leihradssystem, da es Ordnung schafft und best-möglich moderne, nachhaltige und urbane Mobilität auch dort fördert, wo es sich wirtschaftlich nicht rechnet.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-188	Ergänzung	748		Z. 748 ergänze nach "können": Außerdem setzen wir uns für die Wiedereinführung eines öffentlich geförderten Leihfahrradssystems ein.	Erledigt durch Ä-187	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-189	Ersetzung	754		Dem Weiterbau der Stadtautobahn (17. Bauabschnitt) werden wir nur zustimmen, wenn es gelingt, mit dem Bund eine Planung zu vereinbaren, die einen wesentlich geringeren strukturellen Eingriff notwendig macht (als Beispiel kann die BAB 111 – Bundesfernstraße dienen).	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-190	Ergänzung	758	882	und das Verkehrschaos in den angrenzenden Kiezen beendet wird.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-191	Ergänzung	760	884	schaffen ausreichend Carsharingplätze	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "und priorisieren Carsharingparkplätze"	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-192	Ergänzung	760		Z. 760: ergänze nach „behindern“: „, da dieser in der Planung Priorität haben sollte“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-193	Ergänzung	767		Ergänze nach "erhöhen wir": "auf 20 Euro im Monat"	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-194	Ergänzung	767		Die Gebühren für Anwohnerparkausweise erhöhen wir auf mindestens 160 Euro im Jahr.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-195	Ergänzung	767		"...ergänzend berücksichtigen wir bei der Höhe der Gebühren die Länge der Autos. Je kürzer das Auto, umso günstiger ist die Gebühr."	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-196	Streichung	767		streichen: "und für Kiezparkhäuser"	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-197	Ersetzung	767	890	Tausch der Reihenfolge: Satz "Die Gebühren".. vor "die Einnahmen"	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-198	Ersetzung	767		Die Gebühren für Anwohnerparkausweise passen wir kostendeckend an.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-199	Ergänzung	771	895	...bauen wir Gewerbekurzzeitparkplätze und Ladezonen massiv aus,...	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-200	Ergänzung	771		...bauen wir Gewerbekurzzeitparkplätze und Ladezonen massiv aus,...	Erledigt durch Ä-199	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-201	Ergänzung	772		Ergänze einen neuen Absatz nach "finden": "Wir weiten die Möglichkeit aus, dass Parkplätze für die Nutzung durch die Außengastronomie zeitweise umgewandelt werden"	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-202	Ersetzung	784	924	Nach dem Pariser Modell der „temporären Schulstraßen“ werden wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, geeignete Straßen vor Schulen und Kitas durch Absperrungen zu sichern.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Nach dem Pariser Modell der „temporären Schulstraßen“ werden wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, geeignete Straßen vor Schulen und Kitas auch durch Absperrungen zu sichern."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-203	Ersetzung	784		Nach dem Pariser Modell der „temporären Schulstraßen“ werden wir geeignete Straßen vor Schulen und Kitas durch Schranken oder absenkbare Poller sichern.	Erledigt durch Ä-202	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-204	Ergänzung	796		In jedem Flugticket vom und zum BER wird eine ABC-Fahrkarte verpflichtend.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-205	Ergänzung	796	942	Am Satzende ergänzen: " - wir setzen auf Nachtzüge"	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Wir unterstützen den Ausbau des Nachtzugnetzes"	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-206	Ergänzung	807	950	...und stärken die landeseigene BEHALA sowie ihre Anbindung an Wasser und Schiene.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-207	Ergänzung	807		...und stärken die landeseigene BEHALA sowie ihre Anbindung an Wasser und Schiene.	Erledigt durch Ä-206	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-208	Ergänzung	827		Ergänze nach "vorgebeugt" einen neuen Absatz: "Als Basis für eine solche Sicherheits- und Kriminalpolitik wollen wir die kriminologische und sicherheitspolitische Forschung in Berlin stärken. Berlin zum Leuchtturm evidenzbasierter Sicherheits- und Kriminalpolitik für Metropolen machen. Sicherheits- und Kriminalpolitik sind für uns keine Symbolpolitik. Damit sie Sicherheit effektiv stärkt und Freiheitsrechte nicht unnötig einschränkt, muss unsere Politik gerade in diesem Feld evidenzbasiert sein. Daher wollen wir eine neue Initiative ergreifen, um Berlin unter Einbeziehung der bestehenden Forschungseinrichtungen zu einem führenden Ort für Forschung zu sicherheits- und kriminalpolitischen Herausforderungen und Lösungen für Metropolregionen zu entwickeln und hierbei auch gezielt andere Metropolregionen und deren Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa einbeziehen. In diesem Rahmen wollen wir insbesondere auch regelmäßige Dunkelfeldforschung zu den wichtigsten Kriminalitätsphänomenen in Berlin fördern und den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Sicherheitsbehörden und Politik mit Nachdruck ausbauen."	erledigt durch Ä-209	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-209	Ergänzung	827	971	Füge ein hinter Zeile 827: „Als Basis für eine solche Sicherheits- und Kriminalpolitik wollen wir die kriminologische und sicherheitspolitische Forschung in Berlin stärken.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Als Basis für eine solche Sicherheits- und Kriminalpolitik wollen wir die kriminologische und sicherheitspolitische Forschung in Berlin stärken.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-210	Ergänzung	830		Ergänzung im Kapitel Zeile 830 „Das Ehrenamt in Berlin muss systematisch gestärkt, von bürokratischen Hürden entlastet und durch verlässliche Strukturen, bessere Förderung und mehr öffentliche Anerkennung nachhaltig unterstützt werden. Mehr Menschen sollen unabhängig von Herkunft, Alter, Einkommen oder Behinderung für demokratisches und gesellschaftliches Engagement gewonnen werden; zugleich ist die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Ausbildung deutlich zu verbessern. Demokratiebildung muss außerdem in Schulen, Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen stärker verankert sein, damit Engagement und demokratische Teilhabe früh gefördert und als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts gestärkt werden.“	Erledigt durch Ä219	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-211	Ergänzung	830		Ergänzung im Kapitel Zeile 830 „Das Ehrenamt in Berlin muss systematisch gestärkt, von bürokratischen Hürden entlastet und durch verlässliche Strukturen, bessere Förderung und mehr öffentliche Anerkennung nachhaltig unterstützt werden. Mehr Menschen sollen unabhängig von Herkunft, Alter, Einkommen oder Behinderung für demokratisches und gesellschaftliches Engagement gewonnen werden; zugleich ist die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Ausbildung deutlich zu verbessern. Demokratiebildung muss außerdem in Schulen, Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen stärker verankert sein, damit Engagement und demokratische Teilhabe früh gefördert und als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts gestärkt werden.“	Erledigt durch Ä-219	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-212	Ergänzung	840		ergänze nach „Demokratie stärken“: „ , Ehrenamt fördern“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-213	Ersetzung	843	988	Bisherige Formulierung: Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt. Antrag auf Änderung in: Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Antifeminismus, Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Misogynie und geschlechtsspezifische und queerfeindliche Gewalt.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-214	Ergänzung	844		Der Satz „Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt“ wird um "religiös begründeten Extremismus" und "und stärken die weltanschauliche Neutralität des Staates" ergänzt: Neu hieße es dann: „Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Rassismus, religiös begründeten Extremismus, Sexismus, Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt und stärken die weltanschauliche Neutralität des Staates.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-215	Ersetzung	844		Ersetze „Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt“ durch „ geschlechtsspezifische und queerfeindliche Gewalt“	Erledigt durch Ä-213	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-216	Ersetzung	846	992	Ersetze: "Es schafft einen verlässlichen Rahmen für die demokratiefördernde Arbeit der Zivilgesellschaft und für die Demokratiebildung." mit : "Damit schaffen wir für die demokratiefördernde Arbeit der Zivilgesellschaft und für die Demokratiebildung einen verlässlichen, gesetzlichen Rahmen. Wir stellen ihre dauerhafte Finanzierung sicher."	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Ersetze bis Z 848 durch: "Damit schaffen wir für die demokratiefördernde Arbeit der Zivilgesellschaft und für die Demokratiebildung einen verlässlichen, gesetzlichen Rahmen. So stellen wir ihre dauerhafte Finanzierung sicher und stärken die gesellschaftliche Resilienz dauerhaft."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-217	Ergänzung	846		Nach dem Satz: „Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt.“ Neu: „Kern dieser Strategie ist unser Landesdemokratiefördergesetz. Es schafft einen verlässlichen Rahmen für die demokratiefördernde Arbeit der Zivilgesellschaft und für die Demokratiebildung. So stärken wir die gesellschaftliche Resilienz dauerhaft.“	Erledigt durch Ä-216	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-218	Ergänzung	847	1519	Ergänze in Z. 847 nach "Demokratiebildung": Wir setzen uns dafür ein, bestehende Projekte der politisch-historischen Bildungsarbeit finanziell in ihrem Ausbau und ihrer Beständigkeit zu fördern.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: füge ein in Z 1238 nach "Schulen": Bestehende Projekte der politisch-historischen Bildungsarbeit fördern wir weiterhin.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-219	Ergänzung	849	1882ff	<p>ergänze vor dem folgenden Satz: „Wir wollen Berlin als weltoffene, solidarische und vielfältige Metropole des Zusammenhalts weiter stärken. Ehrenamt und demokratische Beteiligung sind dafür unverzichtbar: Sie fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt, schaffen Vertrauen, ermöglichen Teilhabe und machen unsere Stadt lebenswerter. Deshalb verstehen wir die Förderung des Ehrenamts als zentrale Zukunftsaufgabe einer gerechten und demokratischen Stadtgesellschaft. Um dieses Ziel wirksam zu verankern, schaffen wir bei der Senatskanzlei eine Stabsstelle „Demokratieförderung und Ehrenamt“. Sie bündelt ressortübergreifend die Aktivitäten des Landes, sorgt für klare Zuständigkeiten und entwickelt eine verbindliche Gesamtstrategie, die Sichtbarkeit, Effizienz und bessere Koordination gewährleistet.</p> <p>Wir werden das Ehrenamt attraktiver, einfacher und zugänglicher machen. Förderverfahren wollen wir entbürokratisieren, digital, einheitlich und barrierefrei gestalten sowie kleine Förderungen unbürokratischer ermöglichen. Gleichzeitig sollen Vereine, Initiativen und Organisationen bessere strukturelle Unterstützung, verlässliche öffentliche Räume und eine stärkere Anerkennung ihrer Arbeit erhalten.</p> <p>Besonders wichtig ist uns, mehr Menschen für Engagement zu gewinnen und dauerhaft einzubinden – unabhängig von Alter, Einkommen, Herkunft oder Behinderung. Wir wollen gezielt Frauen, junge Menschen, Menschen mit Migrationsbiografien und Menschen mit Behinderungen stärker beteiligen.</p> <p>Auch die Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung und Ehrenamt soll verbessert werden, etwa durch bessere Freistellungsregelungen und neue Modelle eines Ehrenamtsurlaubs. Demokratiebildung beginnt früh. Deshalb wollen wir Engagement und demokratisches Handeln stärker in Schulen, Ausbildung, Hochschulen und Universitäten verankern. So stärken wir Ehrenamt als tragende Säule unserer Demokratie und unseres friedlichen Zusammenlebens in Berlin.“</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: ersetze ab Z. 1524: Ehrenamt fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglicht Teilhabe und macht unsere Stadt lebenswerter. Die Förderung von Engagement und Ehrenamt ist zugleich eine Zukunfts- sowie eine Querschnittsaufgabe. Daher bündeln wir ressortübergreifend die Aktivitäten des Landes und entwickeln die Ehrenamtsstrategie des Bundes weiter. Wir setzen uns für die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit durch die Weiterentwicklung der Ehrenamtskarte, vergünstigte BVG-Tickets und eine weitere Entbürokratisierung ehrenamtlicher Strukturen ein. Für die ehrenamtliche Arbeit wollen wir mehr Menschen gewinnen und dauerhaft einbinden – unabhängig von Alter, Einkommen, Herkunft oder Behinderung. Wir wollen gezielt Frauen, junge Menschen, Menschen mit Migrationsbiografien und Menschen mit Behinderungen stärker beteiligen.</p> <p>Auch die Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung und Ehrenamt soll verbessert werden, etwa durch bessere Freistellungsregelungen. Wir wollen ermöglichen, dass weitere Qualifizierungsangebote für ehrenamtliche Tätigkeiten als Bildungsurlaub in Berlin anerkannt werden. Kommunal wollen wir Freiwilligenagenturen und ihre Angebote, z.B. das Ehrenamtsmatching in den Bezirken, weiter stärken.</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-220	Ergänzung	852	1002	<p>Dieser Absatz wird nach Zeile 852 ergänzt:</p> <p>„Wir verteidigen die weltanschauliche Neutralität des Staates und treten jeder Form politischer Instrumentalisierung von Religion entschieden entgegen. Religionsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie findet ihre Grenze dort, wo religiöse Normen demokratische Grundrechte, Gleichstellung oder die freiheitliche Ordnung beeinträchtigen.“</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: ergänze nach Ä223 in Z. 852 "Wir verteidigen die weltanschauliche Neutralität des Staates."</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-221	Ergänzung	852	1002	<p>Unsere Demokratie wird aber nicht nur durch Extremisten bedroht. Sie braucht die Mitwirkung vieler. Wir werden deshalb neue Wege bei der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungsprozesse beschreiten. Dazu gehören die Weiterentwicklung der Beteiligungsplattform „Mein Berlin“, Vor-Ort-Dialoge der Senatsmitglieder und frühzeitige Informationsveranstaltungen bei anstehenden Bau- und Infrastrukturmaßnahmen. Die Büros für Bürgerbeteiligung werden wir absichern.</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Wir stärken unsere Demokratie zudem durch Förderung der demokratische Beteiligung und Mitwirkung aller Berliner*innen. Die Beteiligungsplattform „Mein Berlin“ entwickeln wir weiter, setzen auf Vor-Ort-Dialoge der Senatsmitglieder und frühzeitige Informationsveranstaltungen bei anstehenden Bau- und Infrastrukturmaßnahmen. Die bestehenden Büros für Bürgerbeteiligung sichern wir ab. Politische Bildung legt dabei den Grundstein - durch Vermittlung von Teilhabemöglichkeiten und der Stärkung der Mündigkeit der Berliner*innen. Deshalb wollen wir Träger politischer Bildung auskömmlich finanzieren und ihre inhaltliche Unabhängigkeit sichern.</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-222	Ergänzung	852		<p>Politische Bildung ist eine öffentliche Aufgabe</p> <p>Politische Bildung ist für alle da. Das Potenzial der politischen Bildung für die Berliner*innen liegt in der Vermittlung von Teilhabemöglichkeiten und der Stärkung der Mündigkeit und Demokratiefähigkeit der Bürger*innen. Sie schaffen die Grundlage, selbst politisch, ehrenamtlich oder zivilgesellschaftlich aktiv zu werden.</p> <p>Die wichtige Schlüsselrolle der Institutionen politischer Bildung für die Demokratie ist uns bewusst. Wir setzen uns konsequent für den strukturellen Bestandschutz und eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung ein. Projektförderlogiken möchten wir vermeiden. Politische Bildung ist kein zeitlich begrenztes Projekt, sondern eine Daueraufgabe.</p> <p>Wir schützen ferner die inhaltliche Unabhängigkeit der Bildungsarbeit dieser Träger.</p>	Erledigt durch Ä-221	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-223	Ergänzung	852	1010	Ergänze einen neuen Absatz nach „gezielten Präventionsprogrammen.“: „Wir stärken die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich der Extremismusbekämpfung.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-224	Ergänzung	852		Füge ein einen neuen Absatz nach „gezielten Präventionsprogrammen.“: Wir stärken die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich der Extremismusbekämpfung.	Erledigt durch Ä-223	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-225	Ergänzung	859	1018	Ergänze: "...sowie anderen Landesregierungen."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-226	Ersetzung	866		<p>Ersetze „Zudem bauen wir das Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement aus, verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes,“</p> <p>durch</p> <p>„Wir richten – nach dem Vorbild anderer Bundesländer - ein neues Landesamt für Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz ein und bündeln hier alle Zuständigkeiten für grundsätzliche Regelungen und Koordination der Akteure. Zudem stärken wir [...]“</p>	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-227	Streichung	867		verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes,	erledigt durch Ä-226	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-228	Ersetzung	867		<p>Streiche: „verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes“</p> <p>Ergänze: „regeln die Führungszuständigkeit in Krisenlagen gesetzlich und führen ein für alle Lagen auskömmlich finanziertes landeseinheitliches Krisenmanagementsystem ein. Die gesetzlich zusammengesetzten Krisenstäbe arbeiten nach verbindlichen und routiniert geübten Qualitäts- und Ausbildungsstandards.“</p>	Erledigt durch Ä-229	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-229	Ergänzung	867	1026	<p>Ergänzung im Kapitel Zeile 867 (siehe Anlage)</p> <p>„... regeln die Führungszuständigkeit in Krisenlagen gesetzlich und führen ein landeseinheitliches Krisenmanagementsystem ein, das für alle Katastrophenschutzbehörden gilt. Krisenstäbe bestehen aus fest benannten Stabsmitgliedern, es gelten verbindliche Qualitäts- und Ausbildungsstandards und es finden regelmäßige Übungen statt. Wir stellen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sicher, um auch Mehrfach- und Langzeitlagen beherrschen zu können.“</p> <p>Dafür streichen „verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes“</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung:</p> <p>„... regeln die Führungszuständigkeit in Krisenlagen gesetzlich und führen ein landeseinheitliches Krisenmanagementsystem ein, das für alle Katastrophenschutzbehörden gilt. Krisenstäbe bestehen aus fest benannten Stabsmitgliedern und es finden regelmäßige Übungen statt. Die Barrierefreiheit wird auch in Krisensituationen mitgedacht - die notwendigen Informationen werden auch in Leichter Sprache sowie Deutscher Gebärdensprache zur Verfügung gestellt. Wir stellen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sicher, um auch Mehrfach- und Langzeitlagen beherrschen zu können.Wir“</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-230	Ergänzung	867		Ergänzung im Kapitel Zeile 867 (siehe Anlage) „... regeln die Führungszuständigkeit in Krisenlagen gesetzlich und führen ein landeseinheitliches Krisenmanagementsystem ein, das für alle Katastrophenschutzbehörden gilt. Krisenstäbe bestehen aus fest benannten Stabsmitgliedern, es gelten verbindliche Qualitäts- und Ausbildungsstandards und es finden regelmäßige Übungen statt. Wir stellen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sicher, um auch Mehrfach- und Langzeitlagen beherrschen zu können.“ Dafür streichen „verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes“	Erledigt durch Ä-229	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-231	Ersetzung	867		Statt „... verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes.“ Neu: „ ... regeln die Führungszuständigkeit in Krisenlagen gesetzlich und führen ein landeseinheitliches Krisenmanagementsystem ein, das für alle Katastrophenschutzbehörden gilt. Krisenstäbe bestehen aus fest benannten Stabsmitgliedern, es gelten verbindliche Qualitäts- und Ausbildungsstandards und es finden regelmäßige Übungen statt. Wir stellen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sicher, um auch Mehrfach- und Langzeitlagen beherrschen zu können.“	Erledigt durch Ä-229	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-232	Ergänzung	869		Wir verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes. Dieser wird von Anfang an inklusiv gedacht und die NIS 2.0 Richtlinie wird konsequent umgesetzt. Informationen müssen auch immer zeitgleich in Leichter Sprache und Deutscher Gebärdensprache erscheinen.	Erledigt durch Ä-229	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-233	Ergänzung	869	1034	Dazu intensivieren wir die europäische Kooperation in der Cybersicherheit, um kritische Infrastruktur und Wissenschaftseinrichtungen in Berlin effektiv vor KI-gestützten Bedrohungen zu schützen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-234	Ergänzung	872		Wir werden die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr für die Krisen- und Konfliktvorsorge intensivieren.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-235	Ergänzung	872	1040	Füge ein hinter Zeile 872: „Berlin zum Leuchtturm evidenzbasierter Sicherheits- und Kriminalpolitik für Metropolen machen Sicherheits- und Kriminalpolitik sind für uns keine Symbolpolitik. Damit sie Sicherheit effektiv stärkt und Freiheitsrechte nicht unnötig einschränkt, muss unsere Politik gerade in diesem Feld evidenzbasiert sein. Daher wollen wir eine neue Initiative ergreifen, um Berlin unter Einbeziehung der bestehenden Forschungseinrichtungen zu einem führenden Ort für Forschung zu sicherheits- und kriminalpolitischen Herausforderungen und Lösungen für Metropolregionen zu entwickeln und hierbei auch gezielt andere Metropolregionen und deren Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa einbeziehen. In diesem Rahmen wollen wir insbesondere auch regelmäßige Dunkelfeldforschung zu den wichtigsten Kriminalitätsphänomenen in Berlin fördern und den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Sicherheitsbehörden und Politik mit Nachdruck ausbauen.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Berlin zum Wegweiser evidenzbasierter Sicherheits- und Kriminalpolitik machen Wir wollen Berlin zu einem führenden Standort für sicherheitspolitische und kriminologische Forschung machen. Dafür wollen wir unter Einbeziehung der bestehenden Forschungseinrichtungen Herausforderungen identifizieren und Lösungen für Metropolregionen entwickeln. Hierbei möchten wir gezielt andere urbane Zentren und deren Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa einbeziehen. In diesem Rahmen wollen wir insbesondere auch regelmäßige Dunkelfeldforschung zu den wichtigsten Kriminalitätsphänomenen in Berlin fördern und den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Sicherheitsbehörden und Politik ausbauen.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-236	Ersetzung	881		Ersetze " Gewalt gegen Frauen und Hasskriminalität bekämpfen wir entschlossen und erhöhen die Aufklärungsquoten." mit „Gewalt gegen Frauen erkennen wir als gesamtgesellschaftliches Problem an. Wir bekämpfen diese und Hasskriminalität entschlossen.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-237	Ersetzung	881	1062	Bisherige Formulierung: Gewalt gegen Frauen und Hasskriminalität bekämpfen wir entschlossen und erhöhen die Aufklärungsquoten. Antrag auf Änderung in: Gewalt gegen Frauen, queergefeindliche Übergriffe und andere Formen von Hasskriminalität bekämpfen wir entschlossen, stärken spezialisierte Beratungsstellen und erhöhen die Aufklärungsquoten.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Gewalt gegen Frauen, queergefeindliche Übergriffe und andere Formen von Hasskriminalität bekämpfen wir entschlossen - egal, ob sie online oder offline stattfinden. Wir stärken spezialisierte Beratungsstellen und erhöhen die Aufklärungsquoten.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-238	Ergänzung	881		ergänze Z. 881 hinter „Hasskriminalität“: online und offline	Erledigt durch Ä-237	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-239	Ergänzung	882	1057	Mafiöse organisierte Kriminalität zeigt sich in Berlin auch in Form von systematischer Ausbeutung und Einschüchterung, etwa durch Schutzgelderpressung, Arbeitsausbeutung, Zwangsprostitution oder kriminelle Netzwerke in einzelnen Branchen. Wir stärken deshalb spezialisierte Ermittlungsstrukturen bei Polizei und Staatsanwaltschaft, und verbessern den Schutz sowie die Beratung für Betroffene. Der Schutz der Opfer und die konsequente Zerschlagung krimineller Strukturen gehören für uns zusammen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Ergänze in Z 881 nach "Blick": Mafiöse organisierte Kriminalität zeigt sich in Berlin auch in Form von systematischer Ausbeutung und Einschüchterung, etwa durch Schutzgelderpressung, Arbeitsausbeutung, Zwangsprostitution oder kriminelle Netzwerke in einzelnen Branchen. Wir stärken deshalb spezialisierte Ermittlungsstrukturen bei Polizei und Staatsanwaltschaft, und verbessern den Schutz sowie die Beratung für Betroffene.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-240	Ersetzung	894	1076	Ersetze Z. 894 „Verdachtsunabhängige“ bis Z. 985 „bleiben.“ durch: „Verdachtsunabhängige Kontrollen lehnen wir ab. Waffen- und Messerverbotzonen sollen die Ausnahme bleiben.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Verdachtsunabhängige Kontrollen wollen wir räumlich und in ihrem Anwendungsbereich auf das notwendige Minimum beschränken. Waffen- und Messerverbotzonen sollen die Ausnahme bleiben.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-241	Ergänzung	899	1907ff	Ergänze Z. 899 hinter "ein": Zugleich stärken wir den Verbraucherschutz: Betrug im Internet nimmt zu und wird durch KI immer raffinierter, etwa durch Fakeshops, Phishing oder Identitätsdiebstahl. KI kann jedoch auch helfen, Verbraucher*innen besser zu schützen. Deshalb verankern wir den Einsatz von KI ausdrücklich im Verbraucherschutz als Teil einer Berliner KI-Strategie.	Annahme in der Fassung der AK: Ergänze Z. 1541 hinter "sein": Dies ist besonders relevant, da Betrug im Internet immer weiter zunimmt und durch KI immer raffinierter wird, etwa durch Fakeshops, Phishing oder Identitätsdiebstahl. KI kann jedoch auch helfen, Verbraucher*innen besser zu schützen. Deshalb verankern wir den Einsatz von KI ausdrücklich im Verbraucherschutz als Teil einer Berliner KI-Strategie	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-242	Ersetzung	901	1062	Die Wörter "des Herstellers Palantir" werden ersetzt durch "von Herstellern wie Palantir"	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Ersetze 900 "Den" bis "ab": "Den Einsatz von Software intransparente und datenschutzrechtlich bedenklicher Hersteller wie Palantir lehnen wir für Berlin entschieden hab."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-243	Ergänzung	903	165f	Ergänze nach „Inneres an.“ : „Wir entwickeln das Disziplinarrecht weiter, um verurteilte Extremisten leichter und schneller aus dem Staatsdienst entfernen zu können. Darüber hinaus präzisieren wir das Disziplinarrecht im Umgang mit Dienstvergehen unterhalb der Strafbarkeitsschwelle, wie etwa der stillen Mitgliedschaft in Chatgruppen mit menschenverachtenden Inhalten.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-244	Ergänzung	903		ÄA Zeile 903: Füge ein nach „Inneres an.“ : Wir entwickeln das Disziplinarrecht weiter, um verurteilte Extremisten leichter und schneller aus dem Staatsdienst entfernen zu können. Darüber hinaus präzisieren wir das Disziplinarrecht im Umgang mit Dienstvergehen unterhalb der Strafbarkeitsschwelle, wie etwa der stillen Mitgliedschaft in Chatgruppen mit menschenverachtenden Inhalten.	Erledigt durch Ä-243	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-245	Ersetzung	905	1072	Bisherige Formulierung: Wir stehen für eine Polizei, die respektvoll handelt und die Vielfalt dieser Stadt widerspiegelt. Ihre interkulturelle Kompetenz bauen wir deshalb weiter aus. Antrag auf Änderung in: Wir stehen für eine Polizei, die respektvoll handelt und die Vielfalt dieser Stadt widerspiegelt. Ihre interkulturelle Kompetenz bauen wir deshalb weiter aus und stärken die Sensibilisierung für Queerfeindlichkeit und geschlechtsspezifische Gewalt, insbesondere häusliche Gewalt, in der Aus- und Fortbildung. Schutz- und Hilfsangeboten entwickeln wir gezielt weiter und ergreifen wirksame Maßnahmen, um Anzeige- und Aufklärungsquoten zu erhöhen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Wir stehen für eine Polizei, die respektvoll handelt und die Vielfalt dieser Stadt widerspiegelt. Ihre interkulturelle Kompetenz bauen wir deshalb weiter aus und stärken die Sensibilisierung für Rassismus, Queerfeindlichkeit und geschlechtsspezifische Gewalt in der Aus- und Fortbildung."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-246	Ergänzung	906		Wir sensibilisieren und qualifizieren die Polizei im Erkennen von geschlechtsspezifischer Gewalt und Täterstrategien. Außerdem setzen wir uns für rassismuskritische Sensibilisierungen der Polizei ein.	Erledigt durch Ä-245	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-247	Ergänzung	907	1071	Wir sitzen uns zudem für die Helfergleichstellung ein, um insbesondere in der Brandbekämpfung, dem Rettungsdienst und dem Katastrophenschutz das Ehrenamt zu stärken.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Wir setzen uns auf Bundesebene für die rechtliche Gleichstellung ehrenamtlicher Helfer*innen den Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehr und des Technischen Hilfswerk	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-248	Ergänzung	908		Text aus Zeilen 908-909 vor Text aus 905 - 907 (Tauschen)	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-249	Ergänzung	909	1080	Ergänze: „Routinemäßige Supervision, bei der Beamt*innen das Einsatzgeschehen reflektieren können, bauen wir aus.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-250	Ergänzung	909	1077f	Ergänze nach „zeitgemäßer Ausrüstung.“: „Bei langwierigen Ermittlungsverfahren verbessern wir den Wissenstransfer bei internen Personalwechseln. Hierbei soll unter anderem stets sichergestellt sein, dass Ansprechpersonen für Betroffene und Hinterbliebene kompetent und erreichbar sind.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-251	Ergänzung	909		ÄA Zeile 909: Füge ein nach „zeitgemäßer Ausrüstung.“: Bei langwierigen Ermittlungsverfahren verbessern wir den Wissenstransfer bei internen Personalwechseln. Hierbei soll unter anderem stets sichergestellt sein, dass Ansprechpersonen für Betroffene und Hinterbliebene kompetent und erreichbar sind.	Erledigt durch Ä-250	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-252	Ergänzung	909	1088	Z. 909: ergänze nach „Ausrüstung.“: „Hierfür führen wir das Sanierungs- und Modernisierungsprogramm insbesondere im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr ambitionierter fort, um schnellstmöglich alle Wachen in einem angemessenem Zustand zu bringen.“	Annahme in der Fassung AK: Z. 913 füge ein hinter "auf": Dies gilt für Polizei und Feuerwehr.	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-253	Ergänzung	911	1082	Das im Sozialmedizinische Akutteam der Berliner Feuerwehr und der psychosoziale Arbeitsplatz der Leitstelle der Berliner Feuerwehr werden nach den Probetrieben nach Möglichkeit verstetigt und Teil der Gefahrenabwehr.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Z. 910 ersetze "und" bis "auf" ". Um Menschen in psychischen Krisen besser zu helfen, vernetzen wir Polizei, sozialpädagogische Fachkräfte und sozialpsychiatrische Dienste. Zudem berstetigen wir das Sozialmedizinische Akutteam der Berliner Feuerwehr und der psychosozialen Arbeitsplatz der Leitstelle der Berliner Feuerwehr als Teil der Gefahrenabwehr.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-254	Ergänzung	920		Ergänze am Ende des Absatzes: "Sichere Orte, bspw. der queeren Community, erkennen wir als solche an und lehnen eine verstärkte Polizeipräsenz an diesen Orten ab, sofern diese nicht explizit von den Betreiber*innen gewünscht wurde."	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-255	Ergänzung	920	1094	Ergänze nach „im Quartier.“: „Hierbei soll insbesondere die Kooperation mit migrantischen Selbstorganisationen und Betroffenengruppen rassistischer Gewalt verstärkt werden.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Ergänze nach Z. 919 „setzen.“: „Hierbei soll unter anderem die Kooperation mit migrantischen Selbstorganisationen und Betroffenengruppen rassistischer Gewalt verstärkt werden.“	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-256	Ergänzung	920		füge ein nach „im Quartier.“: Hierbei soll insbesondere die Kooperation mit migrantischen Selbstorganisationen und Betroffenengruppen rassistischer Gewalt verstärkt werden	Erledigt durch Ä-255	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-257	Ergänzung	934	1110	Zeile 934, ergänze nach "Frauen wollen wir besser": "vor geschlechtsspezifischer Gewalt und vor Femiziden schützen."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-258	Ergänzung	934	1110	Zeile 934, ergänze nach "vor Femiziden schützen.": "Wir etablieren systematische Risikoanaly-sen durch die Polizei zur Früherkennung von Hochrisikofällen und Ableitung weiterer Maßnah-men."	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Zeile 934, ergänze nach "vor Femiziden schützen.": "Wir führen systematische Risikoanalysen bei der Polizei ein. Diese dienen der ersten, standardisierten Früherkennung von Hochrisikofällen auf Grundlage der vorliegenden Datenbasis und können weitere Maßnahmen nach sich ziehen.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-259	Ergänzung	934	1123	Wir erkennen an, dass Kinder bei häuslicher Gewalt gegen ein Elternteil immer Mitbe-troffene von Gewalt sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewaltschutz vor dem Um-gangsrecht des gewalttätigen Elternteils Vorrang hat.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Zeile 942: Wir wollen Kinder als (Mit-)Betroffene von häuslicher Gewalt besser schützen. Auf Bundesebene setzen wir uns daher dafür ein, dass der Gewaltschutz vor dem Umgangsrecht des gewalttätigen Elternteils Vorrang hat.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-260	Ergänzung	935	1114f	Zeile 935, ergänze nach "Unterstützungsangebote für queere Menschen “: „, Täterarbeit so-wie Gewaltschutzambulanzen stadtweit aus.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Unterstützungsangebote für queere Menschen “: “, Angebote psychosozialer Arbeit mit Täter*innen sowie Gewaltschutzambulanzen stadtweit aus."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-261	Ergänzung	936	1115f	Wir bauen niedrigschwellige, mobile sowie aufsuchende Beratungs- und Unterstützungsangebote aus, um eine flächendeckende Versorgung aller Stadtteile absichern.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Füge ein 936 nach "aus": "Dabei sichern wir die flächendeckende Versorgung aller Stadtteile ab."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-262	Ergänzung	942		Füge ein "und Frauen" (Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Frauen)	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-263	Ergänzung	943		Ergänze Frauen ("schützen wir Kinder und Frauen besser vor")	erledigt durch Ä-262	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-264	Ergänzung	951	1135	Lange Gerichtsverfahren höhlen das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat und die Demokratie aus. Deshalb kämpfen wir für eine leistungsfähige Justiz.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Ersetze Z. 951 "verfahrensdauern" bis "wir": Lange Verfahrensdauern höhlen das Vertrauen in den Rechtsstaat aus. Deshalb verkürzen wir diese durch	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-265	Ergänzung	957	1142	Ergänze nach „gegen Miethaie vorgehen.“: „Außerdem stärken wir die Staatsanwaltschaft Berlin durch Fortbildungsangebote zur organisierten, extremen Rechten.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-266	Ergänzung	957		füge ein nach „gegen Miethaie vorgehen.“: „Außerdem stärken wir die Staatsanwaltschaft Berlin durch Fortbildungsangebote zur organisierten, extremen Rechten.“	Erledigt durch Ä-265	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-267	Ergänzung	983		füge ein Z. 983 nach "Notfallstrukturen": Hierbei stellen wir sicher, dass der Notruf sowie ärztliche Notdienste auch insbesondere für gehörlose Menschen nutzbar sind.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-268	Ergänzung	985	1171	füge ein hinter Z. 985 "hochmoderne": barrierefreie, inklusive	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: , barrierefreie	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-269	Ersetzung	986	1172	„kindermedizinische Versorgung“ ändern in „kinder- und jugendmedizinische Versorgung“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-270	Ersetzung	992	1178	ersetze "Die Charité ist Deutschlands beste Universitätsklinik" durch: "Die Charité gilt als Deutschlands bestes Universitätsklinikum."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-271	Ersetzung	995	1181ff	umformulieren der zwei Sätze: „Wir unterstützen die Charité bei der erfolgreichen Weiterentwicklung in ihren drei Rollen als international renommierte Forschungseinrichtung, als große Ausbildungsstätte für medizinische Berufe und als Krankenhaus der Maximalversorgung auch für Krisensituationen in der Region (Knotenpunkt für Resilienz). Dafür erhöhen wir den staatlichen Zuschuss an das Universitätsklinikum und“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: umformulieren der zwei Sätze: „Wir unterstützen die Charité bei der erfolgreichen Weiterentwicklung in ihren drei Rollen als international renommierte Forschungseinrichtung, als große Ausbildungsstätte für medizinische Berufe und als Krankenhaus der Maximalversorgung auch für Krisensituationen in der Region. Dafür erhöhen wir den staatlichen Zuschuss an das Universitätsklinikum und“	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-272	Ersetzung	995		umformulieren der zwei Sätze: „Wir unterstützen die Charité bei der erfolgreichen Weiterentwicklung in ihren drei Rollen als international renommierte Forschungseinrichtung, als große Ausbildungsstätte für medizinische Berufe und als Krankenhaus der Maximalversorgung auch für Krisensituationen in der Region (Knotenpunkt für Resilienz). Dafür erhöhen wir den staatlichen Zuschuss an das Universitätsklinikum und“	erledigt durch Ä-270	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-273	Ersetzung	996		„als Maximalversorger und als Knotenpunkt für Resilienz“ ändern in „als Krankenhaus der Maximalversorgung und als Knotenpunkt für Katastrophenschutz“	erledigt durch Ä-270	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-274	Ersetzung	1002	1188	Besonders Außenbezirke brauchen bessere haus- und fachärztliche sowie therapeutische Angebote; die Angebote der Krankenhäuser der Außenbezirke werden wir im Rahmen der gemeinsamen Krankenhausplanung Berlin-Brandenburg mit den Kliniken im Berliner Umland abstimmen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-275	Ergänzung	1002	 ist die Verbesserung der ambulanten Versorgung. Insbesondere Menschen mit Behinderungen erfahren keine ausreichende barrierefreie Versorgung.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-276	Ersetzung	1002	1191	„Deshalb sorgen wir für gleiche Qualität in allen Bezirken“ (Bezug: ambulante Versorgung) ersetzen durch „Wir sorgen für eine gut erreichbare Versorgung in allen Bezirken“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-277	Ergänzung	1004	1193	anfügen am Anfang der Zeile: "Wir bekennen uns zum neuen Leitsatz aus der Digitalstrategie für das Gesundheitswesen und die Pflege "digital vor ambulant vor stationär" und stärken telemedizinische und telepflegerische Angebote."	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Zudem stärken wir telemedizinische und telepflegerische Angebote in der ganzen Stadt."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-278	Ersetzung	1006	1196	In Zeile 1006 wird das Wort "Bezirke" durch das Wort "Bezirksregionen" ersetzt.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-279	Ergänzung	1007	1197	Wir wollen mehr barrierefreie Arztpraxen für unterschiedliche Beeinträchtigungen mit entsprechendem qualifiziertem Personal. Dies gilt insbesondere für den gynäkologischen Bereich.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Unser Ziel ist zudem der Ausbau barrierefreier Arztpraxen.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-280	Ersetzung	1010	1201	In Zeile 1010 wird der Satz "Integrierte Gesundheitszentren bündeln Medizin, Pflege und Beratung" durch folgende Sätze ersetzt: " Wir fördern bzw. errichten Integrierte Gesundheitszentren - auch in kommunaler Trägerschaft. Sie bündeln Medizin, Pflege, andere Professionen wie z.B. Physiotherapie und Beratung."	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Füge ein Z. 1010 nach "wir" ein: "- wenn nötig kommunal -"	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-281	Ersetzung	1011	1202	„Berliner“ ändern in „Berlinerinnen und Berliner“;	Redaktionell	redaktionell	AK 16.04.2026
Ä-282	Ersetzung	1011	1203	„Community Health Nurses führen wir in allen Bezirken ein. Sie bringen Prävention und Pflege direkt in die Kieze. Kombipraxen fördern wir ebenfalls.“ umformulieren bzw. ergänzen: „In allen Bezirken setzen wir Community Health Nurses ein – spezialisierte Pflegefachkräfte, die sich im Kiez um Primärversorgung, Prävention und Gesundheitsförderung kümmern. Auch fördern wir Praxiskooperationen in der ambulanten Gesundheitsversorgung.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-283	Ergänzung	1016	1211	Nach "Wir stärken ihn personell" einfügen: „und finanziell.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-284	Ergänzung	1017		Wir führen die bezirklichen Gesundheitsämter im Landesamt für Gesundheit und Soziales zu einem Landesgesundheitsamt zusammen, um die Resilienz Berlins zu stärken.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-285	Ersetzung	1019	1213	Überschrift „Psychische Gesundheit und Prävention“ - „und Prävention“ streichen	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-286	Ersetzung	1024	1218	"sollen" ersetzen durch "müssen".	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-287	Ergänzung	1024	1218	Am Ende ergänzen: „Außerdem bilden wir mehr Fachpersonal aus.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-288	Ersetzung	1027	1221	„Psychotherapeuten“ ändern in: „Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten“	Redaktionell	redaktionell	AK 16.04.2026
Ä-289	Ergänzung	1028	1223	Zudem sorgen wir dafür, dass die Kliniken und Ausbildungsinstitute genug Weiterbildungsplätze nach der neuen Weiterbildungsordnung anbieten.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-290	Ergänzung	1030		Wer in einer psychischen Krise die 112 ruft, bekommt heute einen Rettungswagen, der medizinisch nichts ausrichten kann – und wird morgen wieder anrufen. Wir etablieren multiprofessionelle Teams aus Notfallsanitäter*innen und psychosozialen Fachkräften, die solche Einsatzlagen bedarfsgerecht übernehmen.	Erlедigt durch Ä-253	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-291	Streichung	1031	1227	In Zeile 1031 werden die Worte "und würdiges Altern" gestrichen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-292	Streichung	1031		"und würdiges Alter" im Titel streichen	Erlедigt durch Ä-291	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-293	Ersetzung	1034	1230	„Wir stärken deshalb die häusliche Pflege. Dafür richten wir für wohnortnahe Pflege- oder Sozialstationen ein. Hier erhalten pflegebedürftige Anwohnende aus den umliegenden Häusern ohne Anfahrtszeiten die benötigten Dienstleistungen.“ ersetzen durch: „Wir stärken deshalb die häusliche Pflege und richten wohnortnahe Pflege- oder Sozialstationen ein. Hier erhalten pflegebedürftige Menschen ohne lange Anfahrtszeiten die benötigte Versorgung.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-294	Ergänzung	1036		vor "Hausbesuche" das Wort "präventive" einfügen	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-295	Ersetzung	1039	1235	Altenhilfe ist verpflichtend und berlinweit umzusetzen. Mit einem neuen Altenhilfestrukturensetzung machen wir die soziale Infrastruktur und notwendige Hilfen für ältere Menschen gesamtstädtisch verbindlich.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: ersetze "so" bis "Alter" durch: Mit der stadtweiten Umsetzung sichern wir soziale Infrastruktur im Alter.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-296	Ergänzung	1046	1238	Ergänzen hinter Z. 1046: Um das Pflegesystem besser zu überprüfen, sollen anlassbezogene Kontrollen in Pflegeeinrichtungen unangekündigt erfolgen, damit der Qualitätsstandard gegenüber pflegebedürftigen Personen gewährleistet wird.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: in Z. 1043 einfügen: Pflegeeinrichtungen wollen wir im Sinne der pflegebedürftigen Personen engmaschiger kontrollieren. So wollen wir die Qualität der Versorgung besser sicherstellen.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-297	Ergänzung	1047	1245	Gesundheit für alle – unabhängig von Status, Geschlecht und Beeinträchtigung	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-298	Ersetzung	1048	1246	„Das Integrierte Gesundheitsprogramm stärkt bereits heute gezielte Angebote der Gesundheitsversorgung.“ ersetzen durch „Mit dem Integrierten Gesundheitsprogramm werden bereits heute Gesundheitsprojekte für Menschen mit besonderen Bedarfen gefördert.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-299	Ergänzung	1051	1251	Ergänze vor „Gendermedizin“: „Deshalb stärken wir die queersensible Gesundheitsversorgung, insbesondere für trans* Patient*innen, und bauen die Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen aus.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-300	Ersetzung	1053	1255	„Endometriose, die Millionen Frauen betrifft, bekommt mehr Aufmerksamkeit. Neue Forschungsschwerpunkte entstehen. Aufklärung bauen wir aus. Auch die Wechseljahre müssen stärkere Beachtung in Forschung und Gesundheitsversorgung finden.“ ersetzen durch: „Endometriose ist immer noch wenig bekannt, betrifft aber etwa jede zehnte Frau zwischen 15 und 50 Jahren. Bei Endometriose sorgen wir für mehr Informationen und Sichtbarkeit, neue Forschungsschwerpunkte und eine bessere Versorgung dieser chronischen Erkrankung. Auch die Wechseljahre müssen stärkere Beachtung in Forschung, Versorgung und Gesundheitsinformationen finden.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Ergänze in Z. 1054 nach "Aufklärung": "und Versorgung"	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-301	Streichung	1054		"Auch" streichen.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-302	Ersetzung	1056		„Bei Geburten bleibt die Eins-zu-eins-Betreuung unser Ziel. Wir bauen dazu die Hebammenausbildung aus. Gemeinsam mit Fachverbänden prüfen wir den Bedarf und richten einen Masterstudiengang für Hebammen ein. Die praxisnahe Ausbildung stärken wir im Bachelor.“ ersetzen durch: „Bei Geburten bleibt die Eins-zu-eins-Betreuung – eine Gebärende wird von einer Hebamme betreut – unser Ziel. Dazu erhöhen wir die Anzahl der Bachelorstudienplätze für Hebammen wieder. Um die anwendungsbezogene Forschung und evidenzbasierte Versorgung rund um die Geburt zu fördern, richten wir einen Masterstudiengang für Hebammenwissenschaft ein.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-303	Ergänzung	1061	1262	Ergänze nach "Kinderwunsch legen wir...": "...unter Einbeziehung aller Familienmodelle..."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-304	Ergänzung	1066	1268	Wir werden das Engagement Berlins im Rahmen der „Fast Track Cities Initiative to End Aids“ fortsetzen. Berlin wird seinen Beitrag leisten, die HIV-Pandemie bis 2030 zu beenden, und die Versorgungsstrukturen konsequent auf die Ziele „95-95-95-0“ der Vereinten Nationen ausrichten.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-305	Ergänzung	1066		Wir werden das Engagement Berlins im Rahmen der „Fast Track Cities Initiative to End Aids“ fortsetzen. Berlin wird seinen Beitrag leisten, die HIV-Pandemie bis 2030 zu beenden, und die Versorgungsstrukturen konsequent auf die Ziele „95-95-95-0“ der Vereinten Nationen ausrichten.	Erledigt durch Ä-304	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-306	Ergänzung	1072		Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Verpflichtung zum Kita-Besuch auf 3 Jahre ausgeweitet wird	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-307	Ergänzung	1072	1277	füge ein Z. 1072 hinter "verdienen": „unabhängig davon, ob sie eine Behinderung haben.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-308	Ergänzung	1073		Bildung ist Landesverantwortung: Die SPD setzt sich aktiv dafür ein, dass die Gesamtverantwortung und Leitung für die Weiterentwicklung von Bildung, vorschulische wie schulische und weiterführende Bildung auf Landesebene gebündelt und angesiedelt wird.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-309	Ergänzung	1094		Für einheitliche Mittel und deren Verwendung für den Kinderschutz in den Bezirken ist eine leitende, verantwortliche Landesstelle einzurichten.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-310	Ergänzung	1094	1299	Ergänzung nach „besser auszustatten“: „um die gesetzlichen Pflichten zur Hilfe erfüllen zu können“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-311	Ergänzung	1096	1301	Ergänze einen neuen Absatz: "Die aktuelle Finanzierungspraxis und den Finanzierungsschlüssel bei den Hilfen zur Erziehung reformieren wir so, dass kein Bezirk trotz hoher Bedarfe benachteiligt wird."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-312	Ergänzung	1098	1305	Die Kitazeit ist die prägendste Zeit des Lebens und man kann sie nicht wiederholen. Wir wollen, dass es die bestmögliche Zeit wird, in der Kinder sicher und liebevoll ihre Welt erweitern und entdecken können.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-313	Ergänzung	1099		Füge ein hinter „Kinder.“: „Wir wollen mehr Zeit für individuelle Förderung, Beobachtung, Elterngespräche und Dokumentation der Fortschritte. Wir berücksichtigen deshalb verbindlich die mittelbare pädagogische Arbeit mit 30% im Personalschlüssel.“	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-314	Ersetzung	1099	1309 1320 1328	Der Entwurf für das Wahlprogramm der SPD Berlin wird wie folgt geändert: Zeilen 1099-1100: „Den besseren Schlüssel im U3-Bereich sichern wir dauerhaft. Im Ü3-Bereich senken wir ihn deutlich“ wird ersetzt durch „Hierfür werden wir das Ziel verfolgen, in der nächsten Legislaturperiode die wissenschaftlichen Empfehlungen für die Betreuungsschlüssel im U3 und Ü3-Bereich zu erreichen. Dabei werden wir auch eine Erhöhung der Fachkraft-Quote in den Kitas anstreben.“ Zeilen 1106-1107: „In allen Kitas sollen neben Sprachförderung auch musikalische Früherziehung und motorische Förderung angeboten werden.“ Wird ersetzt durch „Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Deshalb wollen wir alle Kitas gezielt durch zusätzliches Fachpersonal stärken, insbesondere für die alltagsintegrierte Sprachbildung. Diese Fachkräfte werden nicht auf den Betreuungsschlüssel angerechnet und können auch für weitere Qualitätsverbesserungen genutzt werden, z.B. für musikalische Früherziehung, motorische Förderung oder mathematisch-naturwissenschaftliche Kompetenzen.“ Zeilen 1109-1110: „Wir stabilisieren ihre Finanzierung durch zusätzliche Investitionsmittel und berücksichtigen dabei schwankende Geburtenrate“ wird ersetzt durch „Wir stabilisieren ihre Finanzierung durch zusätzliche Investitionsmittel, berücksichtigen dabei schwankende Geburtenrate und ermöglichen mit den Eigenbetrieben ein wohnortnahes Kita-Angebot in allen Bezirken.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-315	Ergänzung	1100		ergänze hinter "deutlich": „und orientieren uns dabei am wissenschaftlich geforderten Standard. Wir sicher damit die Fachkräfte im System, die durch den Geburtenrückgang nicht mehr gegenfinanziert sind. In der Rahmenvereinbarung Tagespflege nehmen wir die entsprechenden Anpassungen vor.“	Erledigt durch Ä-314	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-316	Streichung	1101		Streiche „Künftig berechnen wir [...] Ort ist.“ und streiche „Urlaub, Krankheit [...] zählen wir nicht mit.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-317	Ersetzung	1103	1314	ersetze: „zusätzliche Verbesserungen des Personalschlüssels“ durch: „eine Erhöhung des Personalzuschlages“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-318	Ergänzung	1105	1317	ergänze hinter „werden“: „, dafür passen wir die Fachverfahren an.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-319	Ergänzung	1105	1318	Füge hinter dem Satz in Zeile 1105f: „Der Kita-Gutschein soll für den ohnehin [...]“ ein: „Die ab 2027 geplante Einführung des Partizipationszuschlags erleichtern wir für die Familien. Wir automatisieren die Abfrage einer berlinpass-BuT-Berechtigung bei der Beantragung des Kitagutscheins. Damit entlasten wir Familien und Kitaleitungen gleichermaßen.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-320	Streichung	1107	1325	Füge ein in Zeile 1107 hinter „werden.“: „Für die Sprachförderung führen wir den Personalzuschlag „nicht deutscher Herkunftssprache“ (ndH) wieder ein.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-321	Ergänzung	1110		Füge ein in Zeile 1110 hinter „Geburtenraten.“: „Den Trägereigenanteil schaffen wir ab.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-322	Ergänzung	1111	1332	Füge ein in Zeile 1111 als neuer Absatz vor dem nächsten Abschnitt: „Demokratie beginnt in der Kita. Wir stärken Elternrechte durch eine konsequente Berücksichtigung von Elternvertretungen in relevanten Entscheidungsprozessen. Die bestehenden Strukturen stärken wir durch klare Kommunikation mit den Bezirken und die Einrichtung von Geschäftsstellen für die Bezirkselfternausschüsse und den Landeselfternausschuss.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-323	Ersetzung	1113	1337	Ersetze den ersten Satz durch: "Weil der Übergang von Kita in die Schule für viele Familien eine anspruchsvolle Phase ist, schaffen wir Verbesserungen durch verbindliche Kooperationsstrukturen, gemeinsame Diagnostik und Übergangskonzepte."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-324	Ersetzung	1113		Immer mehr Kinder in Berlin sind auf den Schulbeginn nicht ausreichend vorbereitet, weil sie keine Kita besuchen. Sie können nicht ausreichend Deutsch und sind damit schon zu Schulbeginn benachteiligt. Deshalb setzen wir auf einen Systemwechsel: Ab dem 4. Geburtstag wird der Kitabesuch verpflichtend – Ausnahmen sind auf Antrag möglich, wenn nachgewiesen wird, dass der Spracherwerb des Kinders altersgemäß ist	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-325	Streichung	1113		Streiche in Zeile 1113f. den Satz: „Wir setzen alles daran [...] umgesetzt wird.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-326	Ergänzung	1116	1342	füge in Zeile 1116 hinter „können.“: „Dafür setzen wir die Personalschlüsselverbesserungen konsequent um, damit die Kinder die bestmögliche frühkindliche Bildung erhalten. Messungen und Beobachtungsinstrumente unterstützen den Prozess, bei dem das Kind und seine Interessen im Zentrum steht. Das Berliner Bildungsprogramm und den Prozess der Weiterentwicklung evaluieren wir.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-327	Ersetzung	1117	1346	Jedes Kind bekommt eine frühzeitige Sprachförderung. Wir führen verpflichtende Sprachstandfeststellungen ein und stellen sicher, dass Kinder mit Förderbedarf vor der Einschulung gezielt unterstützt werden. Kitas in schwierigen Lagen erhalten ein zusätzliches Sprachförderangebot angelehnt an das 2025 ausgelaufene Programm "Sprach-Kitas".	Annahme in der Fassung der AK: Ergänzung statt Ersetzung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-328	Ersetzung	1117		Ersetze "Bei Bedarf unterstützen wir" durch "Wir unterstützen"	Erledigt durch Ä-327	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-329	Ersetzung	1117		Kitas mit einem hohen Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Herkunftssprache oder einem herausfordernden sozialen Umfeld unterstützen wir gezielt mit zusätzlicher Sprachförderung. Dabei orientieren wir uns am 2025 ausgelaufenen Programm Sprach-Kitas.	Erledigt durch Ä-327	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-330	Ergänzung	1120	1352	füge ein Z. 1120 hinter "begreifen": Hier wollen wir inklusive Orte schaffen, die für alle Eltern offen sind.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Z. 1119 nach "gemeinsam" einfügen: inklusiven"	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-331	Ergänzung	1125	1358	Damit sich Kita und Ganzttag von einem Betreuungsangebot zu einem echten Bildungsangebot entwickeln, etablieren wir Bewegung als Qualitätsmerkmal und verankern hochwertige Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote im täglichen Angebot. Dazu stärken wir die bewegungs- und sprachpädagogischen Kompetenzen des pädagogischen Personals und bauen Kooperationen mit externen Angeboten wie Sportvereinen aus.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-332	Ergänzung	1126		Wir wollen Bewegung als Qualitätsmerkmal im Berliner Bildungssystem verankern. Kita - und Ganztagsbetreuung sollen dafür nicht nur verlässliche Betreuungsplätze sein, sondern echte Bildungszeit mit klaren Qualitätsstandards, pädagogischen Inhalten und Wirkung. Dazu etablieren wir Bewegung als festen Bestandteil der Qualitätsentwicklung in Kita, Schule und Ganzttag und verankern tägliche hochwertige Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote an Ganztagsgrundschulen strukturell im Bildungstag. Dazu stärken wir die bewegungs- und sportpädagogische Kompetenzen des pädagogischen Personals und bauen Kooperationen mit externen Angeboten beziehungsweise mit Sportvereinen aus.	Erledigt durch Ä-331	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-333	Streichung	1128		Streichung: Dafür führen wir in einem Wahlpflichtfach das Thema Empathie ein.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-334	Ergänzung	1128	1365	füge ein hinter "Spielplätze": ,die inklusiv sein sollen	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-335	Ergänzung	1129		Ergänze zwischen "gute" und "Spielplätze": "und inklusive"	Erledigt durch Ä-334	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-336	Ergänzung	1135	1373	Kinder- und Jugendverbände haben für uns dabei einen prioritären Stellenwert in der Förderung und Unterstützung ihrer Arbeit.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-337	Ergänzung	1139	1378	Füge hinter dem Wort „wir“ die Worte „langfristig und im Gesetzesrang“ ein, sodass der Satz daraufhin lautet: „Hierfür schaffen wir langfristig und im Gesetzesrang die finanziellen und personellen Voraussetzungen[...]“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-338	Ergänzung	1140		Dazu gehört auch, dass Kinder- und Jugendverbände wieder gebührenfrei die Liegenschaften der öffentlichen Schulen nutzen können sollten.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-339	Ergänzung	1150	1391	verbleibt als Zwischenüberschrift	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-340	Ergänzung	1150	1390	ergänze Z. 1150 hinter inklusiven: und barrierefreien	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-341	Ergänzung	1152	1392	Berlin braucht eine Jugendstrategie. Diese werden wir gemeinsam mit jungen Menschen erarbeiten und die Ergebnisse konsequent umsetzen	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-342	Ersetzung	1152	1394	ersetze "Kinder" durch: alle Kinder inklusiv	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-343	Ergänzung	1157		diese sichern wir finanziell dauerhaft ab	Erledigt durch Ä-344	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-344	Ersetzung	1157	1400	wir begrüßen dies und bauen in der nächsten Legislaturperiode auch auf Landesebene Strukturen der selbstorganisierten Interessensvertretung von und mit Kindern und Jugendlichen auf, die mit auskömmlichen personellen und sächlichen Ressourcen ausgestattet werden. Wir schreiben verbindliche Beteiligungsrechte junger Menschen auf Landes- und Bezirksebene fest und werden eine*n unabhängigen Beauftragten für die Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzen	Annahme in der Fassung der AK: ", das mit auskömmlichen personellen und sächlichen Ressourcen ausgestattet wird. Wir schreiben verbindliche Beteiligungsrechte junger Menschen auf Landes- und Bezirksebene fest. Wir schaffen eine unabhängige Kinderbeauftragte für Berlin, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertritt und politische Vorhaben auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen prüft. So stärken wir Kinderrechte verbindlich in allen Politikfeldern und sichern echte Beteiligung."	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-345	Ergänzung	1158		Einfügen nach Absatz zur Beteiligung von jungen Menschen / Kinder- und Jugendparlament (Zeile 1158) : "Wir schaffen eine unabhängige Kinderbeauftragte für Berlin, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertritt und politische Vorhaben auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen prüft. So stärken wir Kinderrechte verbindlich in allen Politikfeldern und sichern echte Beteiligung."	erledigt durch Ä-344	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-346	Ergänzung	1158	1406	füge ein Z. 1158 hinter "ein": Hierbei sorgen wir dafür, dass alle Kinder und Jugendliche daran teilhaben können. Die Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetscher*innen im Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg-Wilmersdorf ist hier Vorbild.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-347	Ergänzung	1158	1408	Z. 1158 füge am Ende ein: Darüber hinaus setzen wir einen Ring politischer Jugend ein, um die demokratischen politischen Jugendverbände in unserer Stadt zu stärken.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-348	Ergänzung	1158		Hinter Zeile 1158 ergänzen: „Wir begrüßen dies und bauen in der nächsten Legislaturperiode auch auf Landesebene Strukturen der selbstorganisierten Interessensvertretung von und mit Kindern und Jugendlichen auf, die mit auskömmlichen personellen und sächlichen Ressourcen ausgestattet werden. Wir schreiben verbindliche Beteiligungsrechte junger Menschen auf Landes- und Bezirksebene fest und werden eine*n unabhängigen Beauftragten für die Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzen.“	erledigt durch Ä-344	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-349	Ergänzung	1164	1415	Ergänze: „Aufstiegsversprechen heißt aber auch, dass sich alle Schüler:innen in beruflichen Schulen und -Bildungsgängen so weiter qualifizieren können, dass sie die jeweiligen Abschlüsse bis zum Abitur erreichen können.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-350	Ergänzung	1164	1417	Ergänze nach Z 1164 „Unser Aufstiegsversprechen heißt aber ausdrücklich auch, dass alle Schülerinnen und Schüler der berufsfeldorientierten Oberstufenzentren oder anderer beruflicher Bildungsgänge sich an Fachoberschulen, Berufsoberschulen, Beruflichen Gymnasien oder Fachschulen entsprechend ihrer Interessen und Fähigkeiten so weiter qualifizieren können, dass sie die Fachhochschulreife, das berufsfeldorientierte oder das allgemeine Abitur erreichen können.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-351	Ergänzung	1164		Unser Ziel ist die vollständige Überwindung des mehrgliedrigen Schulsystems – eine Schule für alle. In der Zwischenzeit gilt:	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-352	Ergänzung	1169		Die SPD wird die Gemeinschafts-/Gesamtschulen stärken mit einem bezirks- und landesweit einheitlichen Ausbau der integrierten Oberstufe und Umwandlung derjenigen grundständigen Gymnasien in integrierten Sekundarschulen/ Gesamtschulen, die nicht nachgefragt werden.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-353	Ersetzung	1170		Ersetze: „Zugleich sichern wir die soziale Offenheit der Gymnasien, indem wir das Aufnahmeverfahren beim Notendurchschnitt, den einbezogenen Fächern und der wissenschaftlichen Belastbarkeit des Eignungstests anpassen und diese Regeln auf grundständige Gymnasien übertragen.“ Durch: „Zugleich sichern wir die soziale Offenheit der Gymnasien, indem wir das Aufnahmeverfahren nach Notendurchschnitt abschaffen und das Probejahr an Gymnasien wieder einführen.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-354	Ergänzung	1173	1431	Das Anmeldeverfahren zu weiterführenden Schulen ab Klasse 7 wollen wir im Sinne der Familien einer kritischen Prüfung unterziehen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-355	Ergänzung	1173		Ergänze hinter „übertragen“ „Wir schaffen den organisatorischen Rahmen und leiten die entsprechenden politischen Maßnahmen ein, die Gemeinschaftsschule als Standard-Schulform Berlins bis 2035 zu etabliert und die Umwandlung anderer Schulformen mit Ausnahme der Oberstufenzentren in Gemeinschaftsschulen durch mindestens eine Umwandlung in jedem Bezirk im Jahr zu erreichen.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-356	Ergänzung	1175		Im Bereich „Schule, berufliche Bildung, lebenslanges Lernen“ (Zeile 1175) wird ergänzt: Wir wollen, dass mit einem Schulabschluss auch das Sprachniveau C1 vorhanden ist. Dadurch kann erreicht werden, dass Ausbildungen oder Studiengänge erfolgreich absolviert werden. Die Förderung der Fachsprache und der Bildungssprache an Berliner Oberschulen (Sekundarstufen I/II) werden wir verstärken, um den Bildungserfolg zu sichern.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-357	Ergänzung	1175	1435	Wir bekennen uns zur Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) und setzen uns dafür ein, alle SESB-Standorte zu erhalten sowie neue Standorte und Sprachkombinationen zu eröffnen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-358	Ersetzung	1176		Im Bereich „Schule, berufliche Bildung, lebenslanges Lernen“ (Zeile 1176) wird ... Freien Schulen, ... Ersetzt durch: ... Privaten Schulen, ...	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-359	Streichung	1176		Streiche den gesamten Absatz ab "Auch an Privatschulen"	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-360	Ergänzung	1177		Ergänze nach „Vollfinanzierung“: „Die Erhebung von Schulgeld wird in der Folge an allen Privatschulen untersagt.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-361	Ersetzung	1180	1441	Mehr Inklusion in die Regelschulen bringen Wir stehen für inklusive Bildung und gemeinsames Lernen von Anfang an. Daher wollen wir die Regelschulen in die Lage versetzen, ihren Bildungsauftrag für ein chancengerechtes gemeinsames Lernen zu erfüllen. Wir sorgen für ausreichende sonderpädagogisch qualifizierte Lehr- und Fachkräfte. Dazu gehört auch der Ausbau inklusiver Schwerpunktschulen. Die Zahl der sonderpädagogischen Förderzentren wird nicht erweitert, vielmehr erfahren sie eine systematische Transformation zugunsten inklusiver Lösungen. Dafür erarbeiten wir einen verbindlichen 10-Jahres-Plan. So verhindern wir den Beginn lebenslanger Exklusionsketten in Sondersystemen. Zur Nichtbeschulung von derzeit 2500 Schüler*innen in Berlin erarbeiten wir zügig eine Strategie unter der Beteiligung der Interessenverbände sowie der AG MmB SenBJF.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Mehr Inklusion in die Regelschulen bringen Wir stehen für inklusive Bildung und gemeinsames Lernen von Anfang an. Daher wollen wir die Regelschulen in die Lage versetzen, ihren Bildungsauftrag für ein chancengerechtes gemeinsames Lernen zu erfüllen. Wir sorgen für ausreichende sonderpädagogisch qualifizierte Lehr- und Fachkräfte sowie eine gleichmäßige Verteilung der Förderschwerpunkte in ganz Berlin. Dazu gehört auch der Ausbau inklusiver Schwerpunktschulen. Die Zahl der sonderpädagogischen Förderzentren wird nicht erweitert, vielmehr erfahren sie eine systematische Transformation zugunsten inklusiver Lösungen. Dafür erarbeiten wir einen verbindlichen 10-Jahres-Plan. So verhindern wir den Beginn lebenslanger Exklusionsketten in Sondersystemen. Zur Nichtbeschulung von derzeit 2500 Schüler*innen in Berlin erarbeiten wir zügig eine Strategie unter der Beteiligung der Interessenverbände und des Senats."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-362	Ergänzung	1181		Ergänze nach „aus“: „und sorgen für eine gleichmäßige Verteilung der Förderschwerpunkte in ganz Berlin“	Erledigt durch Ä-361	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-363	Ersetzung	1182	1451	Ersetze „pädagogische Unterrichtshilfen stärken“ mit „auf multiprofessionelle Teams setzen und den Personalschlüssel erhöhen“	Annahme in der Fassung der AK: An anderen Standorten bringen wir Inklusion voran, indem wir multiprofessionelle Teams, insbesondere pädagogische Unterrichtshilfen stärken und temporäre Kleinklassen ermöglichen. Die weiteren Professionen ergänzen und ersetzen nicht die Lehrkräfte im System.	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-364	Ergänzung	1182	1454	füge ein Z. 1182 hinter ermöglichen: Ebenso treiben wir die Einführung des Wahlfachs „Deutsche Gebärdensprache“ (DGS) weiter voran.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-365	Ersetzung	1183		Ersetze „Gleichzeitig würdigen wir die wichtige Arbeit der sonderpädagogischen Förderzentren. Sie bleiben ein qualitativ hochwertiges Angebot für Kinder, die nicht an einer inklusiven Regelschule lernen können oder wollen.“ mit „Sonderpädagogische Förderzentren sollen zu inklusiven Schwerpunktschulen weiterentwickelt werden, um allen Kindern gemeinsames Lernen zu ermöglichen.“	Erledigt durch Ä-361	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-366	Ersetzung	1185	1455	Wir setzen einen Schulentwicklungsplan für berufliche Schulen um. Wir stärken notwendige Strukturen, die Qualität und Schulentwicklung beruflicher Schulen verantworten. Ein Landesinstitut für berufliche Schulen steuert die Qualität und Weiterentwicklung.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-367	Ergänzung	1191	1464	Nach Satzende: Dazu bauen wir regelmäßige Lernstandserhebungen, Schulfeedbacksysteme und Qualitätsmonitoring aus.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-368	Ersetzung	1192		Dafür entwickeln wir die Schulaufsicht und Unterrichtsentwicklung weiter und qualifizieren Schulleitung und Führungskräfte für die Wahrnehmung ihrer umfassenden Aufgaben in einer eigenständigen und demokratischen Schule.	erledigt durch Ä-369	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-369	Ersetzung	1192	1466	Dafür entwickeln wir die Schulaufsicht und Unterrichtsentwicklung weiter und qualifizieren Schulleitung und Führungskräfte für die Wahrnehmung ihrer umfassenden Aufgaben in einer eigenständigen und demokratischen Schule, besonders mit Blick auf die Nutzung von Schuldaten.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-370	Ergänzung	1192	1468	Ergänze nach dem Satz „Dafür entwickeln wir Schulaufsicht und Unterrichtsentwicklung weiter.“ folgenden Satz: „Die Doppelrolle der heutigen Berliner Schulaufsicht als Kontrollinstanz und gleichzeitiger Linienverantwortung muss aufgelöst und die Schulaufsicht als echte Kontrolle und Beschwerdestelle unabhängig gestellt werden.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-371	Ergänzung	1212	1493	Ergänze nach „Queeres Berlin“: „Für geflüchtete Kinder stellen wir sicher, dass der Schulbesuch nach 2 Monaten an einer Regelschule erfolgt.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: „Für geflüchtete Kinder streben einen Schulbesuch an einer Regelschule nach 2 Monaten an.“	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-372	Ergänzung	1212		Ergänze in Z. 1212 nach "haben": "Wir setzen uns darüber hinaus für die Schaffung von mehr Stellen von Schulsozialarbeiter*innen ein."	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-373	Ersetzung	1230	1511	Wir stärken Schüler*innenvertretungen und den wöchentlichen Klassenrat als Instrumente für Partizipation, demokratische Praxis und Konfliktlösung.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-374	Ersetzung	1241	1523	Digitale Bildung ist unverzichtbar. Wir stärken Medienkompetenz, kritischen Umgang mit sozialen Medien, KI-Kompetenzen und digitale Verantwortung als festen Bestandteil schulischer Bildung. Dafür entwickeln wir einen neuen Rahmenlehrplan Digitales. [...]	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-375	Ergänzung	1245	1529	Z. 1245 füge ein hinter kennenlernen: „Hierbei soll auch die Relevanz der Digitalisierung für die Barrierefreiheit herausgestellt werden“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-376	Ersetzung	1247		Z. 1247 ersetze ab "ein" bis Z. 1248 "durch" durch uns für eine kritische Auseinandersetzung mit der Handynutzung in Schulen ein. Dabei steht für uns der Schutz der Schüler*innen im Mittelpunkt. Wir schaffen rechtssichere Handlungsempfehlungen und Regelungen für Schulen, die unter anderem Möglichkeiten für die Einschränkung der Handynutzung nach festen Kriterien bieten können.	Ablehnung	Dissens	AK 16.04.2026
Ä-377	Ergänzung	1250	1535	Nach Satzende: Als Voraussetzung einer robusten IT priorisieren wir im Kontext der Infrastrukturinvestitionen (Verweis auf Kapitel "Investitionen in eine funktionierende Stadt") eine stabile Internetversorgung der Schulen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Als Voraussetzung einer robusten IT priorisieren wir im Kontext der Infrastrukturinvestitionen (Verweis auf Kapitel "Investitionen in eine funktionierende Stadt") auch eine stabile Internetversorgung der Schulen."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-378	Ersetzung	1255	1542	Wir werden die Anerkennung und Gleichstellung der wertvollen Berufserfahrung von Lehrkräften mit internationalen Qualifikationen erleichtern, indem wir länderübergreifend vereinbarte Spielräume nutzen und uns für Flexibilisierung der Sprachanforderungen einsetzen. Auch Referendar*innen wollen wir einen guten Start ins Berufsleben ermöglichen. Im Sinne der Entlastung nehmen wir daher die kürzlich erfolgte Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zurück und sorgen für eine gute Mischung zwischen Praxis und Theorie in der zweiten Phase.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-379	Ergänzung	1256		[...] ,indem wir länderübergreifend vereinbarte Spielräume nutzen und uns für Flexibilisierung der Sprachanforderungen einsetzen. Auch Referendar*innen wollen wir einen guten Start ins Berufsleben ermöglichen. Im Sinne der Entlastung nehmen wir daher die kürzlich erfolgte Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zurück und sorgen für eine gute Mischung zwischen Praxis und Theorie in der zweiten Phase.	erledigt durch Ä-378	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-380	Ersetzung	1270	1562	Ersetze die Zahlenangabe "30.000" [neue Schulplätze] durch "50.000"	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-381	Ergänzung	1270	 Schulplätze geschaffen. Wir ändern die Musterraumprogramm FZ GE, um ein vollständig inklusives Schulsystem zu erreichen.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-382	Ersetzung	1281	1573	Jugendberufsagentur und Jugendberufshilfe entwickeln wir weiter, damit alle Jugendlichen Anschluss und Abschluss erreichen. Berufsorientierung beginnt ab der Grundschule. Deshalb bauen wir BO-Teams aus. Ein besonderer Augenmerk gilt auf Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkt, bzw. Schüler*innen mit besonderen Förderbedarfen (Inklusive BO). Wir stärken dafür die derzeitigen Angebote und Kooperationen im Rahmen der Sekundarstufen I und II und fördern die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft, um die duale Ausbildung sichtbar zu machen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-383	Ersetzung	1281		[...] wir BO-Teams aus. Insbesondere gilt hier auch ein Augenmerk auf Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkt, beziehungsweise Schülerinnen und Schüler mit besonderen Förderbedarfen (Inklusive BO). Wir stärken dazu die derzeitigen Angebote und Kooperationen im Rahmen der Sekundarstufen I und II und fördern die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft, um die duale Ausbildung sichtbar zu machen.	erledigt durch Ä-382	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-384	Ersetzung	1285	1580	Wir fordern daher einen Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen, eine moderne technische und räumliche Ausstattung sowie ausreichend qualifizierte Lehrkräfte. Um die Qualität und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung dauerhaft zu sichern, brauchen wir die Gründung eines Landesinstituts für berufliche Schulen, welches bei der Senatsverwaltung für Bildung verankert ist.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-385	Ergänzung	1292	1591	Nach dem Satz: Die Stärkung der Grundbildung bleibt notwendig. Wir verringern Teilhabehürden und sensibilisieren die Öffentlichkeit. Wir stärken die Vielfalt der Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung in den Berliner Bezirken. Die Stiftung Grundbildung bleibt unser zentraler Anker, den wir auskömmlich finanzieren.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-386	Ergänzung	1292		Die Stärkung der Grundbildung bleibt notwendig. Wir verringern Teilhabehürden und sensibilisieren die Öffentlichkeit. Wir stärken die Vielfalt der Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung in den Berliner Bezirken. Die Stiftung Grundbildung bleibt unser zentraler Anker, den wir auskömmlich finanzieren.	Erledigt durch Ä-385	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-387	Ergänzung	1295		Der Landesparteitag möge beschließen: Wir sorgen dafür, dass Grundbildung in allen Lebensbereichen mitgedacht wird, und bauen Hürden im Alltag gezielt ab. Durch Aufklärung und Sensibilisierung enttabuisieren wir das Thema und motivieren Betroffene zur Nutzung von Lernangeboten. Wir stärken wohnortnahe Unterstützungsstrukturen in den Bezirken und bauen Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung weiter aus. So fördern wir Teilhabe und stärken die Demokratie in unserer Stadt. Die Stiftung Grundbildung sichern wir als zentralen Partner ab.	Erledigt durch Ä-385	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-388	Streichung	1297		Zu streichen: Arbeitnehmerähnliche Beschäftigte dafür einfügen: befristeten Beschäftigten	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-389	Ergänzung	1297	1599	Nach dem Satz: "Die Stellung der arbeitnehmerähnlich Beschäftigten regeln wir nach dem Modell der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in einem Tarifvertrag mit den zuständigen Gewerkschaften."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-390	Ergänzung	1297	1602	Wir fördern bedarfsgerecht berlinweit ein gleichstellungsorientiertes Fachberatungsnetzwerk zu Beruf, Bildung und Beschäftigung, um Frauen* in ihrer individuellen Lebensverlaufsperspektive so zu stärken, dass sie gleichberechtigt und selbstbestimmt leben und ihren eigenen Lebensunterhalt und eine armutsfeste Alterssicherung erwirtschaften können.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-391	Ergänzung	1311	1619	füge nach Z 1311 folgenden neuen Absatz ein: „Wir setzen uns für die Schaffung einer die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften übergreifenden Bibliothek ein. Alle Standorte und Mitarbeiter:innen bleiben dabei erhalten.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-392	Ergänzung	1322	1632	nach „Gesundheits-“ einfügen: „Nachhaltigkeits-“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-393	Ergänzung	1323		Wir unterstützen den Erhalt der archäologischen Fächer Klassische Archäologie und Archäologie und Kulturwissenschaften Nordostafrikas an der HU Berlin. Die europaweit herausragende Stellung Berlins als archäologisches Zentrum mit seinen Instituten an der HU Berlin und der FU Berlin, den Staatlichen Museen zu Berlin, der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, dem Berliner Antikenkolleg sowie dem Deutschen Archäologischen Institut muss erhalten bleiben. Wir fordern daher die Aussetzung des eingeleiteten Schließungsprozesses sowie die Prüfung von nachhaltigen Alternativen zur vollständigen Aufgabe der Disziplinen, insbesondere durch strukturelle Reformen oder Kooperationen bei Neubesetzung der Mitte der 2030er auslaufenden Professuren.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-394	Ersetzung	1328	1639	Ersetze „in der Stadt und weltweit“ durch „in der Stadt, in Europa und weltweit.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-395	Ergänzung	1342	1653	Neben einer Erhöhung des Bafög-Betrags setzt sich die SPD dafür ein, dass Bafög, auch gekoppelt an die Studienlänge, wieder als Stipendium und nicht als Darlehen vergeben wird. Ebenso setzt sich die SPD dafür ein, dass wieder Ausbildungsbeihilfen wie auch die Übernahme der Meistergebühren im Handwerk eingeführt werden.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-396	Ergänzung	1345	1660	Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum für Studierende	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-397	Streichung	1353		Streichen: weil viele Studierende erwerbstätig sind....	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-398	Ergänzung	1373		Wir beantragen die Ergänzung des Begriffes „Islamismus“ in der Aufzählung. Der neue Absatz hieße dann: „Wir akzeptieren nicht, dass jüdische Hochschulangehörige unsere Hochschulen als unsichere Orte erleben. Wir gehen entschlossen gegen Antisemitismus, Islamismus, Rassismus, Diskriminierung und jede menschenverachtende Ideologie vor und stärken Prävention.“	Zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-399	Ergänzung	1377	1692	Ergänze nach „dagegen vorzugehen“: „Unbequemer demokratischer Protest, besonders auch im Kontext des Nahostkonflikts, muss an Hochschulen möglich sein.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: „Unbequemer demokratischer Protest ist an Hochschulen möglich.“	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-400	Streichung	1389	-	Streichen: Einrichtung eines Lehrstuhls für alevitische Theologie....	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-401	Ergänzung	1394		... glauben, wie wir aussehen, wen wir lieben, ob mit oder ohne eine Behinderung.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-402	Ergänzung	1402	1715	Neuer Absatz Wir sichern das gemeinnützige soziale Engagement auch in Zeiten knapper Kassen. Gemeinnützige Organisationen sind häufig von und mit Betroffenen gegründet worden und sichern so Partizipation nicht nur mit ihrer Arbeit, sondern auch in ihrer Arbeit. Sie engagieren sich sozialanwaltschaftlich für diejenigen, die sich selbst wenig Gehör verschaffen können.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Wir sichern das gemeinnützige soziale Engagement auch in Zeiten knapper Kassen.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-403	Ergänzung	1415	1729	Ergänze am Ende des Absatzes: "Wir sorgen dafür, dass es in allen Kiezen Orte gibt, an denen sich alle Generationen ohne den Zwang, Geld auszugeben, aufhalten können."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-404	Ergänzung	1429	1745	Im Abschnitt „Alleinerziehende und Eltern besser unterstützen“ wird in Zeile 1429 am Ende noch folgender Satz eingefügt: „Zusätzlich führen wir ein Landesprogramm zur Unterstützung durch haushaltsnahe Hilfen für Alleinerziehende ein, das niedrigschwelligen Zugang zu zeitlich flexibler Haushaltshilfe und Alltagsunterstützung ermöglicht.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-405	Ergänzung	1434	1753	Ergänzen: Das kostenlose Schülerticket erweitern wir zu einem kostenlosen Deutschlandticket. Damit entlasten wir Familien in Berlin.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-406	Ersetzung	1443	1526	"Schon in der Grundschule sollen Kinder Technikverständnis, Social Media, die Themen Cybersicherheit, Cybermobbing, Gaming und Desinformation kennenlernen." ersetzen durch: „Schon in der Grundschule sollen Kinder Technikverständnis, Social Media, die Themen Cybersicherheit, Cybermobbing und Desinformation kennenlernen. Auch Risiken durch Gaming sollen im Schulunterricht behandelt werden.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-407	Ersetzung	1443		Sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene muss dabei eine Regelung gefunden werden, nach welcher auch Personen mit diversem oder gestrichenem Geschlechtseintrag angemessene Berücksichtigung finden. Eine entsprechende Wahlrechtsreform muss folglich auch die Platzierung von Personen mit diversem oder gestrichenen Geschlechtseintrag gewährleisten, wobei einerseits weiterhin Parität hergestellt wird, andererseits diversgeschlechtliche Personen aber nicht gezwungen werden, sich als männlich oder weiblich zuordnen zu müssen.	(+) Anliegen sehr nachvollziehbar, jedoch bestehen schon gegen das Paritätsgesetz so große Bedenken, dass eine Erweiterung der Forderung um diverse Personen statisch momentan wahrscheinlich nicht hilft.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-408	Ersetzung	1447	1768	Bisherige Formulierung: „Dafür passen wir das Landesgleichstellungsgesetz an neue Herausforderungen an.“ Antrag auf Änderung in: „Dafür passen wir das Landesgleichstellungsgesetz an neue Herausforderungen an und ergänzen seine Zuständigkeit um trans*, inter* und nicht-binäre Personen.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-409	Streichung	1453	-	Vielfältiges Berlin, Antidiskriminierung und Inklusion	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-410	Ergänzung	1453	1775	nach Gesetzen neuer Absatz Die Berliner Fraueninfrastruktur gehört in ihrer Vielfalt zur unerlässlichen Daseinsvorsorge für die Berliner*innen. Wir stärken die zumeist gemeinnützigen Vereine als Teil feministischer Bewegungen und als ein Bollwerk gegen Antifeminismus. Wir folgen bei den öffentlichen Zuwendungen und Vergaben auch hier unserem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-411	Ergänzung	1455	1781	Nach dem Wort „Religionen“ wird „und Weltanschauungen“ ergänzt. Der Satz hieße dann: „Berlin lebt von seiner Vielfalt. Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religionen und Weltanschauungen, unterschiedlichen Alters und sexueller Orientierungen prägen unsere Stadt.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-412	Ergänzung	1463	1789	Neue Gesetze prüfen wir künftig auf Konformität mit dem LADG und dem LGBG.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-413	Ersetzung	1464	1791	Bisherige Formulierung: Gleichzeitig stärken wir das Diversity-Landesprogramm. So bekämpft die Verwaltung strukturelle Diskriminierung und schult Beschäftigte verbindlich. Antrag auf Änderung in: Gleichzeitig setzten wir das Diversity-Landesprogramm 2.0 (Säule Personal und Säule Dienstleistung) konsequent um und stellen finanzielle Mittel zur Umsetzung der Maßnahmen bereit. Um strukturelle Diskriminierungen innerhalb der Verwaltung nachhaltig zu bekämpfen, etablieren wir in der Abteilung Landespersonal eine Leitstelle Diversity, welche für die Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt und die Sensibilisierung der Beschäftigten zuständig ist.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Füge ein nach "Landesprogramm.": Gleichzeitig stärken wir das Diversity-Landesprogramm. So bekämpft die Verwaltung strukturelle Diskriminierung und schult Beschäftigte verbindlich. Wir etablieren eine Leitstelle Diversity. Diese soll die Wertschätzung der kulruelle Vielfalt stärken und die Sensibilisierung der Beschäftigten voranbringen.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-414	Ergänzung	1466	1810	Voranstellen: Wir ändern das Berliner Kirchensteuergesetz und schaffen nach dem Vorbild Bayerns die kirchensteuerliche Diskriminierung durch das besondere Kirchgeld für glaubensverschiedene Ehepaare und Lebenspartnerschaften ab.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Neuer Absatz nach 1477: Diskriminierung im Berliner Kirchensteuerrecht schaffen wir ab. Wir ändern das Kirchensteuergesetz so, dass kein besonderes Kirchgeld für glaubensverschiedene Ehepaare und Lebenspartnerschaften mehr anfällt.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-415	Ergänzung	1466	1795	Hierzu überarbeiten wir die Gemeinsame Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung dahingehend, dass eine geschlechterinklusive Verwaltungssprache ausdrücklich ermöglicht wird. Dies beinhaltet auch die Verwendung von Sonderzeichen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-416	Ergänzung	1477	1812	Wir wollen eine öffentlich geförderte Humanistische Seelsorge / Lebensbegleitung in Krankenhäusern, der Justiz, Polizei und Feuerwehr ermöglichen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Neuer Absatz nach Ä-414: Konfessionsfreie Menschen müssen gleichen Zugang zu Betreuungsangeboten erhalten. Daher streben wir die Etablierung humanistischer Seelsorge in Krankenhäusern, der Justiz, Polizei und Feuerwehr an.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-417	Ergänzung	1477	1815	<p>Nach der Zeile 1477 wird folgender Text eingefügt „Das Alter selbstbestimmt, aktiv und mittendrin gestalten Berlin wird älter – und das ist eine gute Nachricht. Das Alter ist für viele Menschen heute die längste von allen Lebensphasen. Immer mehr verbringen den größten Teil davon bei guter Gesundheit. Für sie bietet das Alter neue Freiheiten und Chancen, Interessen und Intentionen nachzugehen, für die in der Phase der Erwerbsarbeit und Kindererziehung zu wenig Zeit war. Die meisten Senior*innen möchten sich aber mit ihren Kompetenzen und Ressourcen auch weiter nutzbringend für andere einbringen und sie tun das auch: in der Familie, in der Nachbarschaft, in Vereinen und Initiativen, in freiwilliger Erwerbsarbeit, im Ehrenamt und in den demokratischen Institutionen. Dabei haben sie aber oft mit einem überholten Altenbild zu kämpfen, das Alter in erster Linie verbunden mit Krankheit, Behinderung, Pflege- und Hilfebedürftigkeit, Einsamkeit und digitaler Überforderung sieht. Alte werden aus dieser Perspektive in erster Linie als Objekt von Fürsorge wahrgenommen. Das entspricht so gar nicht der tatsächlichen Lebenssituation und schon gar nicht dem Selbstverständnis der meisten heutigen Senior*innen. Wir wollen deshalb dieses Altenbild umdrehen. Mit unserer Senior*innenpolitik wollen wir die die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Senior*innen wie alle anderen Altersgruppen, ihr Leben selbstbestimmt nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten und gleichberechtigt in allen Lebensbereichen teilnehmen – auch wenn sich Krankheit, Behinderungen und Pflege- und Hilfebedarf einstellen. Viele Senior*innen haben unsere Stadt aufgebaut, sie haben gearbeitet, Kinder großgezogen, sie kümmern sich um Enkel und prägen Nachbarschaften. Ihre Lebensleistung hat unseren Respekt – und zwar nicht nur in Sonntagsreden. Wir begrüßen, unterstützen und fördern, dass die Älteren unsere Stadt auf allen Ebenen weiter gleichberechtigt mitgestalten. In einer älter werden Gesellschaft werden ihre Beiträge immer wichtiger und wertvoller. Wir machen ihr Engagement sichtbar und stärken Orte, an denen ältere Menschen nicht nur Angebote erhalten, sondern selbst Angebote machen: Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäuser und Nachbarschaftsprojekte. Wer sein Leben lang gearbeitet, gepflegt, geholfen hat, darf nicht um jeden Euro kämpfen müssen. Wir stellen Altersarmut in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen, Armut zu bekämpfen. Wir stärken niedrigschwellige Sozialberatung und sorgen dafür, dass Leistungen ohne Hürden und ohne Stigmatisierung ankommen. Kultur, Sport und Bildung sollen auch mit kleiner Rente erreichbar bleiben – als selbstverständlicher Teil eines guten Lebens im Alter.“</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Nach der Zeile 1477 wird folgender Text eingefügt „Das Alter selbstbestimmt, aktiv und mittendrin gestalten Berlin wird älter – und das ist eine gute Nachricht. Senior*innen sollen ihr Leben selbstbestimmt nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten und gleichberechtigt an allen Lebensbereichen teilhaben – auch wenn sich Krankheit, Behinderungen und Pflege- und Hilfebedarf einstellen. Wir fördern die gleichberechtigte Mitgestaltung unserer Stadt durch ältere Menschen auf allen Ebenen. Ihr Engagement machen wir sichtbar und stärken Orte, an denen ältere Menschen nicht nur Angebote erhalten, sondern selbst Angebote machen: Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäuser und Nachbarschaftsprojekte. Wer sein Leben lang gearbeitet, gepflegt, geholfen hat, darf nicht um jeden Euro kämpfen müssen. Wir stellen Altersarmut in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen, Armut zu bekämpfen. Wir stärken niedrigschwellige Sozialberatung und sorgen dafür, dass Leistungen ohne Hürden und ohne Stigmatisierung ankommen. Kultur, Sport und Bildung sollen auch mit kleiner Rente erreichbar bleiben – als selbstverständlicher Teil eines guten Lebens im Alter.“</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-418	Ergänzung	1477		Am Ende des Absatzes ergänzen: „Wir wollen eine Humanistische Seelsorge / Lebensbegleitung in Krankenhäusern, der Justiz, Polizei und Feuerwehr zu gleichen Konditionen wie bei Religionsgemeinschaften ermöglichen.“	Erledigt durch Ä-417	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-419	Ergänzung	1482		Wir vereinfachen und entbürokratisieren die Zuwendungspraxis und schaffen mehr Verlässlichkeit, sodass die eingesetzten Mittel mehr Wirkung entfalten können.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-420	Ersetzung	1483	1832	<p>Bisherige Formulierung: Auch das Regenbogennetzwerk in der Verwaltung bauen wir aus. Antrag auf Änderung in: Auch das Regenbogennetzwerk der Berliner Verwaltung stärken wir und stellen die für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit erforderlichen räumlichen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung.</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Ergänze nach "aus": Die für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit erforderlichen Ressourcen stellen wir zur Verfügung.</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-421	Ergänzung	1485	1835	Wir etablieren Transitionsrichtlinien für die Berliner Verwaltung, um die Situation für trans*, inter* und nicht-binäre Beschäftigte des Landes Berlin zu verbessern.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-422	Ergänzung	1485	1833	Auch die jährlich stattfindende Queere Aktionswoche der Berliner Verwaltung, welche auf die Förderung der Akzeptanz und Wertschätzung der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt innerhalb der Berliner Verwaltung abzielt, führen wir fort.	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: ergänze Z. 1483 nach "aus": Auch die jährlich stattfindende Queere Aktionswoche der Berliner Verwaltung führen wir fort.</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-423	Ersetzung	1487	1839	Bisherige Formulierung: Das gilt auch für queere Gesundheit und Prävention. Antrag auf Änderung in: Einen Schwerpunkt legen wir darauf, Zugänge zu queer-inklusiver Gesundheitsversorgung und Pflegeangebote, Prävention sowie Unterstützung für Opfer von queerfeindlicher Hasskriminalität zu verbessern. Dabei berücksichtigen wir Mehrfachdiskriminierungen und schaffen zielgruppenspezifische Angebote.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Ersetze "Das gilt auch für queere Gesundheit und Prävention" durch: Wir stärken die queer-inklusive Prävention, Gesundheits- sowie Pflegeversorgung.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-424	Ersetzung	1499		Bisherige Formulierung: Die Landesstrategie für queere Sicherheit stellen wir besser aus. Antrag auf Änderung in: Als Regenbogenhauptstadt lassen nicht zu, dass queere Menschen bedroht, verfolgt und diskriminiert werden. Die zusammen mit der Community und der Stadtgesellschaft erarbeitete Landesstrategie für queere Sicherheit setzen wir deshalb konsequent um und stellen sie angemessen aus. Den Dialog mit der Community setzen wir unermüdlich fort.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-425	Ergänzung	1506	1859	Z. 1506 füge ein hinter "Pflicht": Wir setzen uns auf allen Ebenen und in allen Bereichen für eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft ein. Dies bedeutet, dass Verwaltungsleistungen und staatliche angebotene Beratungsangebote, beispielsweise zur beruflichen Teilhabe, grundsätzlich barrierefrei und inklusiv zugänglich sein müssen. Weiterbildungsangebote verschiedener Berufsgruppen - von Lehrer*innen, nicht-pädagogischem Personal in Schulen oder auch Pflegepersonal oder Rettungskräfte- soll immer auch Angebote zur Inklusion, wie beispielsweise das Erlernen der Deutschen Gebärdensprache (DGS), beinhalten.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Verwaltungsleistungen und staatliche angebotene Beratungsangebote sollen grundsätzlich barrierefrei und inklusiv zugänglich sein. Weiterbildungsangebote für verschiedene Berufsgruppen im öffentlichen Dienst sollen auch inklusionsspezifische Angebote, wie beispielsweise das Erlernen der Deutschen Gebärdensprache (DGS), beinhalten.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-426	Ersetzung	1508		. Bei allen Gesetzen und Verfahren sind Menschen mit Behinderungen und deren Interessenvertretungen zu beteiligen. Wir verbessern das LGBG, u.a. damit staatliche Einrichtungen ihrer Verpflichtung zur generellen Einführung der Leichten Sprache nachkommen. Auch der Ausbau der Deutschen Gebärdensprache hat zu erfolgen	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-427	Ergänzung	1510		füge ein vor Z. 1510 "Auch": Europäische Initiativen zum Abbau von Barrieren setzen wir konsequent um.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-428	Ergänzung	1513		Wir schaffen ein Mobilitätssicherungskonzept für Menschen mit Behinderungen und setzen es mit ganz konkreten Maßnahmen um. Hierzu gehört ein Sofortprogramm für den barrierefreien Umbau aller Straßenbahn- und Bushaltestellen, die Verfügbarkeit von mindestens 500 Inklusionstaxis in Berlin, Sicherung und Ausbau von Begleitdiensten sowie ein 24/7-Serviceteam, das die durchgängige Nutzbarkeit der Aufzüge im ÖPNV gewährleistet.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-429	Ergänzung	1513		füge ein Z. 1513 hinter "um": Das Projekt „MUVA“ der BVG ist hier Vorbild.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-430	Ersetzung	1517		Mit einem Fonds Soziales Berlin stärken wir Teilhabe. Wir führen das Träger- bzw. Flexibudgets ein und bauen Bürokratie für Menschen mit Behinderungen ab. Wir denken Ämterstrukturen für Menschen mit Behinderungen neu. Das Wunsch- und Wahlrecht des SGB IX bleibt unberührt ebenso wie die hier erfolgte Sicherung tarifrechtlicher Regelungen.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-431	Ersetzung	1521		BITTE BEACHTEN: Wir ergänzen und ersetzen unseren eigenen schon eingereichten Änderungsantrag durch folgenden Text Deshalb gründen wir eine landeseigene Teilhabegesellschaft. Sie arbeitet als Inklusionsbetrieb und rekommunalisiert Leistungen. Berlin legt in diesem Kontext ein Sofortprogramm zur Einstellung von 500 Werkstattbeschäftigten („500er-Programm“) in den Landesdienst auf – mit einem sozialversicherungspflichtigen und nach Tarif entlohnten Arbeitsvertrag. Auch die weiteren Arbeitgeber des allgemeinen Arbeitsmarktes verpflichten wir zur vermehrten Schaffung inklusiver Arbeitsplätze.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-432	Ergänzung	1522		Auch die weiteren Arbeitgeber des allgemeinen Arbeitsmarktes verpflichten wir zur vermehrten Schaffung inklusiver Arbeitsplätze.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-433	Ergänzung	1522	1878	Ergänzen: Besonderen Augenmerk legen wir auf junge Menschen mit Behinderungen im Übergang von Schule zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-434	Ergänzung	1530		Neue Absätze Eine lebendige soziale Landschaft in ihrer Verbindung von hauptamtlichem und ehrenamtlichem Engagement stärkt unsere vielfältige, solidarische und demokratische Gesellschaft nachhaltig und ist wirksam gegen Intoleranz und Rechtsextremismus. Gemeinnützige Organisationen sind Werkstätten der Demokratie. In der Vereinsarbeit wird demokratisches Engagement gelebt, gefördert und weitergegeben. Eine gut ausgebaute und gemeinnützige Infrastruktur von freien Trägern ist ein sozialer Standortfaktor. Zum Thema Wirkungsorientierung gestalten wir einen Austausch zwischen den Trägern und der Verwaltung und Politik auf Augenhöhe.	Erledigt durch Ä-219	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-435	Streichung	1537		Streichen: So schaffen wir zum Beispiel eine zentrale Koordinierungsstelle gegen Armut, die Kompetenzen und Ressourcen der Verwaltung effizient bündelt.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-436	Streichung	1550		Streichung: Wir gründen deshalb ein SozialWohnWerk für neuen Wohnraum.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-437	Ergänzung	1552		Das Programm Housing First wird zur Beendigung der Obdachlosigkeit weiter gestärkt und ausgebaut.	nicht zulässig	-	AK 16.04.2026
Ä-438	Ersetzung	1552	1921	Füge ein nach „geschützten Wohnungsmarkt“: „Wir verfolgen dabei den Ansatz „Housing First“. Jeder Mensch hat ein Recht auf eine eigene Wohnung, sie steht am Anfang, nicht am Ende der Beratung und Begleitung von wohnungslosen Menschen.“ Streiche dafür Zeile 1553-1554	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-439	Ergänzung	1557	1926	nach "Versorgungsangebote aus" einfügen "und verstetigen sie."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-440	Ergänzung	1557	1927	Nach "Dazu zählen" einfügen: "Clearingstellen"	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: ergänze in 1558 nach "Suchtberatung": "sowie Clearingstellen"	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-441	Ergänzung	1561	1930	Ergänze den Satz „So schließen wir Versorgungslücken.“ wie folgt: „So schließen wir Versorgungslücken, indem wir Einrichtungen kontinuierlich und stabil finanzieren, die sich mit der Inklusion von Menschen mit Behinderungen beschäftigen.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Wir schließen Versorgungslücken, indem wir verlässlich Einrichtungen finanzieren, die sich mit der Inklusion von Menschen mit Behinderungen beschäftigen.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-442	Ergänzung	1565	1935	"Dabei stellen wir sicher, dass ausreichend barrierefreie Plätze zur Verfügung stehen, denn" und dann weiter mit bereits bestehendem Satzteil "niemand soll..."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-443	Ergänzung	1568	1939	Wir unterstützen die Abschaffung vom „begleiteten Trinken“ von Jugendlichen unter 16.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-444	Ersetzung	1583		Die Verfahren zur Anerkennung von Asyl und Flüchtlingen müssen deutlich beschleunigt werden. Die Gerichtsverfahren müssen innerhalb von 6 Monaten abgeschlossen werden. Zugleich muss unter Einsatz moderner Technik der Prüf- und Begründungsaufwand der Verwaltungsgerichte reduziert werden. Mehrjährige Verfahren vor den Behörden und Gerichten sind für die Asylsuchenden und Geflüchteten genauso inakzeptabel wie für die Gesellschaft. Es muss schnell geklärt werden, wer ein recht zu bleiben hat und wer nicht anerkannt wird.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-445	Ergänzung	1583		Auch für Asylbewerber/innen ohne Schutzanspruch, die eine Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft bewältigt haben und straffrei sind, bieten wir Lösungen, etwa für Menschen mit auslaufender Aufenthaltserlaubnis oder Duldung. Damit sie in Berlin Fuß fassen können, nutzen wir die bestehende Möglichkeit des Spurwechsels und fordern ein neues Chancenaufenthaltsrecht. Klar ist: Wer sich nicht an regeln hält, muss wieder gehen	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-446	Ersetzung	1583		Auch für Asylbewerber*innen ohne Schutzanspruch, denen eine Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft gelungen ist und die straffrei sind, bieten wir Lösungen, etwa für Menschen mit auslaufender Aufenthaltserlaubnis oder Duldung. Damit sie in Berlin Fuß fassen können, nutzen wir bestehende Möglichkeiten des Spurwechsels und fordern ein neues Chancenaufenthaltsrecht.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-447	Ersetzung	1583		Insbesondere für Asylbewerber*innen ohne Schutzanspruch, denen eine Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft gelungen ist und die oberhalb der Bagatellgrenze straffrei sind, bieten wir Lösungen, etwa für Menschen mit auslaufender Aufenthaltserlaubnis oder Duldung.	Ablehnung	Dissens	AK 16.04.2026
Ä-448	Ergänzung	1587		Die Verfahren zur Anerkennung von Asyl- oder Fluchtgründen müssen deutlich beschleunigt werden. Die Gerichtsverfahren müssen innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen werden. Zugleich muss unter Einsatz moderner Technik der Prüf- und Begründungsaufwand der Verwaltungsgerichte reduziert werden. Mehrjährige Verfahren vor den Behörden und Gerichten sind für die Asylsuchenden und Geflüchteten genauso inakzeptabel wie für die Gesellschaft. Es muss schnell geklärt werden, wer ein Bleiberecht hat und wer nicht.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-449	Ergänzung	1587		Die Verfahren zur Anerkennung von Asyl- oder Fluchtgründen müssen deutlich beschleunigt werden. Die Gerichtsverfahren sollen innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen werden. Zugleich muss unter Einsatz moderner Technik der Prüf- und Begründungsaufwand der Verwaltungsgerichte reduziert werden. Mehrjährige Verfahren vor den Behörden und Gerichten sind für die Asylsuchenden und Geflüchteten genauso inakzeptabel wie für die Gesellschaft. Es muss schnell geklärt werden, wer ein Bleiberecht hat und wer nicht.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-450	Ergänzung	1588		Kunst und Kultur ist mehr als Metropole Die SPD setzt sich ein unter dem Leitgedanken "Die Kunst dem Volke" (Piscator 1924) allen Menschen unabhängig von Einkommen und Bildung, insbesondere den einkommensschwächer gestellten Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Bildung und kulturellem Leben zu ermöglichen.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-451	Ersetzung	1588		Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen. Freiwillige Ausreisen mit frühzeitigen Rückkehrhilfen bevorzugen wird, da sie humaner sind. Wird dies verweigert, setzen wir, soweit möglich, auf rasche wie konsequente Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern und Gefährdern, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung gefährden.	erledigt durch Ä-453	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-452	Ergänzung	1589		nach „freiwilliger Rückkehr“ einfügen: „Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente Abschiebungen.“	erledigt durch Ä-453	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-453	Ergänzung	1589		Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente Abschiebungen.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-454	Ergänzung	1591		Klar ist: Wer sich nicht an Regeln hält, muss wieder gehen.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-455	Ersetzung	1593		<p>Die Berliner Wirtschaft leidet unter einem Fachkräftemangel. Deshalb brauchen wir Einwanderung vor allem beruflich qualifizierter Menschen, auch um unseren Wohlstand zu sich sichern. Dafür brauchen wir eine neue Offenheit für Anwerbungen.</p> <p>Wer Einwanderung will, muss zur Integration, zur selbständigen Gestaltung seines Lebens ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen und zu gleichberechtigter Teilhabe bereit sein.</p> <p>Die Möglichkeiten der Fachkräftezuwanderung müssen weiter vereinfacht und die Verfahren deutlich beschleunigt werden. Wir wollen, dass Beschäftigungshindernisse abgebaut werden, indem berufliche Qualifizierungen und Erfahrungen rascher geprüft und leichter oder zumindest als Teilqualifikationen anerkannt oder durch niedrighschwellige Prüfungen ersetzt werden. Die derzeitige umständlichen Verfahren dienen eher dem Schutz vor Konkurrenz als der Qualitätssicherung. Das gilt auch für Selbständige, die einwandern wollen. Wer bei uns erheblich investieren und ein größeres Unternehmen gründen will, das zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen kann, sollte ein beschleunigtes "Firmengründungsvisum" erhalten.</p> <p>Für die Fachkräftezuwanderung ist auch ein zügiger Familiennachzug zu gewähren, wenn der Lebensunterhalt der Familie gesichert werden kann.</p> <p>Wir begrüßen die Entscheidung des Bundestages, Beschäftigungsverbote für Geflüchtete abzubauen und ihnen nach 3 Monaten die Zulassung zum Arbeitsmarkt zu gestatten. Unser Ziel bleibt klar: Geflüchtete sollen schnell selbst ihren Lebensunterhalt verdienen können. Deshalb stärken wir auch in Berlin Anstrengungen zur Integration in den Arbeitsmarkt weiter.</p>	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-456	Streichung	1594	1966	Z. 1594 streiche "gesteuerte"	Annahme in der Fassung AK: Deshalb brauchen wir auch künftig Arbeitsmigration und werden dafür die Anerkennung ausländischer Abschlüsse deutlich vereinfachen und beschleunigen.	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-457	Ergänzung	1598	1970	<p>Im Bereich „Teilhabe durch Arbeit“ (Zeile 1598) wird das Wort "wir" eingefügt:</p> <p>... erleichtern wir den Zuzug von Selbstständigen</p>	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-458	Ergänzung	1598	1971	<p>Nach „Beschäftigungsverbote für Geflüchtete ab.“ folgende Sätze ergänzen:</p> <p>"Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, Beschäftigungsverbote für Geflüchtete abzubauen und setzen uns auf Bundesebene für weitere Erleichterungen ein. Wer erheblich investieren und ein Unternehmen gründen will, das zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen kann, sollte ein beschleunigtes "Unternehmensgründungsvisum" erhalten.</p> <p>Für die Fachkräftezuwanderung ist auch ein zügiger Familiennachzug zu gewähren, wenn der Lebensunterhalt der Familie gesichert werden kann."</p>	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-459	Ergänzung	1598		Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, Beschäftigungsverbote für Geflüchtete abzubauen und setzen uns auf Bundesebene für weitere Erleichterungen ein. Wer erheblich investieren kann und ein Unternehmen gründen will, das zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen kann, sollte ein beschleunigtes "Unternehmensgründungsvisum" erhalten. Für die Fachkräftezuwanderung ist auch ein zügiger Familiennachzug zu gewähren, wenn der Lebensunterhalt der Familie gesichert werden kann.	Erledigt durch Ä-458	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-460	Ersetzung	1609	1987	Wir bauen die Digitalisierung der Antragsverfahren des Landesamts für Einwanderung und die Beratungsstrukturen aus, um allen Bürger*innen, die die Voraussetzungen erfüllen, einen einfachen und schnellen Weg zur Einbürgerung zu ermöglichen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Füge ein in Z 1609 nach "auf.": Das Antragsverfahren und die Beratungsstrukturen digitalisieren wir bestmöglich.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-461	Ersetzung	1609		Wir bauen die Digitalisierung der Antragsverfahren des Landesamts für Einwanderung und die Beratungsstrukturen aus, um allen Bürger*innen, die die Voraussetzungen erfüllen, einen einfachen und schnellen Weg zur Einbürgerung zu ermöglichen.	Erledigt durch Ä-460	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-462	Ergänzung	1617		Derzeit variieren die Zahlen der Geflüchteten in den Bezirken stark. Manche Bezirke nehmen doppelt soviel oder mehr als andere auf. Wir wollen, dass in allen Bezirken ungefähr gleichviel Gemeinschaftsunterkünfte bestehen.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-463	Streichung	1617	1996	streiche Z. 1617 ab "zudem" bis "verteilen"	Annahme in der Fassung AK: ersetze ab "wir" bis "verteilen": Hierbei müssen alle Bezirke einen gerechten Beitrag leisten.	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-464	Ergänzung	1619	1999	Ergänze nach „aus.“: „Die Einrichtung von Sekundärmigrationszentren und die Anwendung von Ausgangssperren von Geflüchteten lehnen wir ab und werden sie in Berlin nicht anwenden.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-465	Ergänzung	1637	2018	Ergänze nach „berufsorientierte“: „und berufsbegleitende“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-466	Streichung	1639		Streichung: Eine Bezahlkarte für Geflüchtete lehnen wir ab. Sie schränkt Teilhabe am öffentlichen Leben stark ein.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-467	Ergänzung	1659	2041, 2058, 2083, 2090	<p>Im Kapitel „Kulturmetropole Berlin“ werden folgende Absätze eingefügt:</p> <p>Einfügen nach Zeile 1659: „Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Berlin bleibt nur dann die Kulturmetropole Europas, wenn die kulturelle Infrastruktur in ihrer ganzen Breite gesichert wird: von Ateliers, Projekträumen und Werkstätten über Clubs, Spielstätten und Produktionsorte bis zu Bibliotheken, Musikschulen, kommunalen Galerien, Jugendkunstschulen und soziokulturellen Orten in allen Bezirken.“ „Kultur ist für Berlin nicht nur gesellschaftliches Fundament, sondern auch ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Wer Berlin als Kulturmetropole sichern will, muss deshalb kulturelle Infrastruktur, künstlerische Produktion, faire Arbeitsbedingungen und kulturelle Räume gleichermaßen stärken. Dies werden wir bei Groß-Ereignissen der Hauptstadt zukünftig im Konzept Kulturelle Infrastruktur x Olympia, Expo, Hauptstadt-Jubiläum sichern und abbilden.“</p> <p>Einfügen nach Zeile 1668: „Die SPD Berlin setzt sich für verlässliche Kulturförderung ein. Dazu gehören mehrjährige Förderungen, frühzeitige Bewilligungen, transparente Verfahren sowie Förderstrukturen, die Qualität, Kontinuität und kulturelle Vielfalt ermöglichen, statt prekäre Unsicherheit zu verstetigen.“ „Wer Kulturmetropole sagt, muss auch gute Arbeit meinen. Deshalb setzen wir uns für faire Vergütung, verbindliche Honoraruntergrenzen und die realistische Berücksichtigung von Tarif- und Kostensteigerungen ein.“</p> <p>Einfügen nach Zeile 1677: „Kulturmetropole Berlin heißt kulturelle Teilhabe in der ganzen Stadt. Deshalb stärken wir die bezirkliche Kulturarbeit, Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, kommunale Galerien, Jugendkunstschulen und niedrigschwellige Kulturangebote in allen Kiezen. Kultur darf nicht auf wenige sichtbare Institutionen in der Innenstadt verengt werden.“</p> <p>Einfügen nach Zeile 1685: „Die SPD Berlin will ein Berliner Kulturfördergesetz. Wir haben diese Forderung als erste Partei in Berlin programmatisch erhoben und treiben sie weiter voran. Ein Berliner Kulturfördergesetz soll Transparenz, Verlässlichkeit und Beteiligung stärken, soziale Fairness, Diversität und Inklusion strukturell verankern und die öffentliche Verantwortung für kulturelle Infrastruktur verbindlich absichern.“ „Kulturpolitik ist auch Raumpolitik. Ateliers, Probenräume, Produktionsorte und soziokulturelle Räume müssen geschützt, ausgebaut und langfristig gesichert werden. Landeseigene Immobilien sollen stärker für kulturelle Nutzungen geöffnet und bei Stadtentwicklung und Neubau kulturelle Flächen verbindlich mitgedacht werden. Analog zum Sport sollen Räume kostenlos zur Verfügung gestellt werden.“</p> <p>"Einfügen nach Zeile 1700: Die SPD Berlin hält an der Verankerung von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz fest und wird sich dafür stark machen, um den Schutz und die Förderung von Kultur als bindende Verpflichtung des Staates zu etablieren und die Demokratie zu stärken."</p>	<p>Im Kapitel „Kulturmetropole Berlin“ werden folgende Absätze eingefügt:</p> <p>Einfügen nach Zeile 1659 (2041): „Berlin sichert die kulturelle Infrastruktur in ihrer ganzen Breite: von Ateliers, Projekträumen und Werkstätten über Clubs, Spielstätten und Produktionsorte bis zu Bibliotheken, Musikschulen, kommunalen Galerien, Jugendkunstschulen und soziokulturellen Orten in allen Bezirken. Daneben setzen wir zur Stärkung der Berliner Kultur als zentralem Wirtschaftsfaktor für künstlerische Produktion, faire Arbeitsbedingungen und kulturelle Räume ein. Dies werden wir bei Groß-Ereignissen der Hauptstadt zukünftig im Konzept Kulturelle Infrastruktursichern und abbilden.“</p> <p>Ersetze ab Zeile 1664 (2058): Kulturelle Vielfalt entsteht durch das Miteinander professioneller Kunst, engagierter Amateure und einer aktiven freien Szene. Eine aktive Vernetzung dieser Akteure mit staatlichen Kultureinrichtungen fördern wir. Wir sichern kulturelle Strukturen mit verlässlichen Ressourcen für Produktion und Präsentation. Wir setzen uns für tarifliche Löhne, Mindesthonorare und angemessene Ausstattungsvergütungen sowie die realistische Berücksichtigung von Tarif- und Kostensteigerungen ein. Ateliers, Proberäume, Theater, Museen und andere Kulturorte stären wir als zentrale Orte der Produktion und Präsentation. Zudem wollen wir Kultur verlässlich fördern. Dazu gehören mehrjährige Förderungen, frühzeitige Bewilligungen, transparente Verfahren sowie Förderstrukturen, die Qualität, Kontinuität und kulturelle Vielfalt ermöglichen, statt prekäre Bedingungen zu verstetigen. Wer Kulturmetropole sagt, muss auch gute Arbeit meinen. Deshalb setzen wir uns für faire Vergütung, verbindliche Honoraruntergrenzen und die realistische Berücksichtigung von Tarif- und Kostensteigerungen ein."</p> <p>Einfügen nach Zeile 1677 (2083): Dabei stärken wir die bezirkliche Kulturarbeit, Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, kommunale Galerien, Jugendkunstschulen und niedrigschwellige Kulturangebote in allen Kiezen.</p> <p>Einfügen nach Zeile 1683 (2090) nach "Zentrum": Landeseigene Immobilien sollen- stärker für kulturelle Nutzungen geöffnet und bei Stadtentwicklung und Neubau kulturelle Flächen verbindlich mitgedacht werden. Analog zum Sport sollen Räume kostenlos zur Verfügung gestellt werden."</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-468	Ergänzung	1659		<p>Kulturelle Leuchttürme wie die Kulturbrauerei sollen gemeinsam mit ihren Kulturakteuren gesichert werden.</p>	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-469	Ergänzung	1662	2056	Z. 1662 einfügen hinter ein: Wir fördern barrierefreie Kulturangebote.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-470	Ergänzung	1665		Wir setzen uns für eine aktive Vernetzung der freien Kunstszene mit der städtischen, mit staatlichen Kultureinrichtungen wie auch den Bibliotheken zum Austausch und Unterstützung	Erliegt durch Ä-467	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-471	Einfügung	1668		<p>Einfügen nach Zeile 1668:</p> <p>„Die SPD Berlin setzt sich für verlässliche Kulturförderung ein. Dazu gehören mehrjährige Förderungen, frühzeitige Bewilligungen, transparente Verfahren sowie Förderstrukturen, die Qualität, Kontinuität und kulturelle Vielfalt ermöglichen, statt prekäre Unsicherheit zu verstetigen.</p> <p>Wer Kulturmetropole sagt, muss auch gute Arbeit meinen. Deshalb setzen wir uns für faire Vergütung, verbindliche Honoraruntergrenzen und die realistische Berücksichtigung von Tarif- und Kostensteigerungen ein.“</p>	Erledigt durch Ä-467	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-472	Ersetzung	1671		Ändern in: Das bereits vorliegende ausgearbeitete Bibliotheksentwicklungs-Gesetz ist endlich umzusetzen.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-473	Ergänzung	1674	2075	<p>In Zeile 1674 nach „Treffpunkte in den Kiezen aus.“ wird eingefügt:</p> <p>„Die Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) wird nach ihrem Umzug an den Standort der Amerika-Gedenkbibliothek als Metropolenbibliothek neu eröffnet. Mehr als 30 Jahre nach der Vereinigung beider Stadthälften muss die Spaltung der ZLB auf zwei Standorte dringend überwunden werden, damit die ZLB ihre Aufgabe als Zentralbibliothek endlich erfüllen kann.“</p>	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-474	Ergänzung	1674		Ergänze nach „Kiezen aus.“: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Zentral- und Landesbibliothek möglichst bald einen neuen Standort erhält, der ihren vielfältigen Aufgaben gerecht wird.“	Erledigt durch Ä-473	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-475	Einfügung	1677		<p>Einfügen nach Zeile 1677:</p> <p>„Kulturmetropole Berlin heißt kulturelle Teilhabe in der ganzen Stadt. Deshalb stärken wir die bezirkliche Kulturarbeit, Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, kommunale Galerien, Jugendkunstschulen und niedrigschwellige Kulturangebote in allen Kiezen. Kultur darf nicht auf wenige sichtbare Institutionen in der Innenstadt verengt werden.“</p>	Erledigt durch Ä-467	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-476	Einfügung	1685		<p>Einfügen nach Zeile 1685:</p> <p>„Die SPD Berlin will ein Berliner Kulturfördergesetz. Wir haben diese Forderung als erste Partei in Berlin programmatisch erhoben und treiben sie weiter voran. Ein Berliner Kulturfördergesetz soll Transparenz, Verlässlichkeit und Beteiligung stärken, soziale Fairness, Diversität und Inklusion strukturell verankern und die öffentliche Verantwortung für kulturelle Infrastruktur verbindlich absichern.</p> <p>Kulturpolitik ist auch Raumpolitik. Ateliers, Probenräume, Produktionsorte und soziokulturelle Räume müssen geschützt, ausgebaut und langfristig gesichert werden. Landeseigene Immobilien sollen stärker für kulturelle Nutzungen geöffnet und bei Stadtentwicklung und Neubau kulturelle Flächen verbindlich mitgedacht werden. Analog zum Sport sollen Räume kostenlos zur Verfügung gestellt werden.“</p>	Erledigt durch Ä-467	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-477	Ergänzung	1687	2097	Die SPD wird bezirksweite und ggf. landesweite nationale und internationale Graffiti Wettbewerbe für ein buntes und attraktives Stadtbild (auch als Tourismusattraktion) einführen. An der finanziellen Umsetzung sind neben der Tourismusbehörde auch die Bezirke und die dortigen Gewerbetreibenden einzubeziehen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Füge ein Z. 1688 nach "stärker": Hierzu führen wir Graffiti Wettbewerbe ein. So stärken wir die Attraktivität unseres Stadtbilds - auch für den Tourismus.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-478	Ergänzung	1690		<p>ergänze Absatz:</p> <p>"Unsere Stadt zeichnet sich gerade auch durch eine reiche Architekturgeschichte aus, die zu Zeitreisen in die Berliner Moderne einlädt. Zu den auch international bekannten, ikonischen Beispielen der Pop-Architektur der 70er Jahre zählt der in die Tiburtiusbrücke über der Steglitzer Schloßstraße integrierte Bierpinsel . Es ist nicht länger hinnehmbar, dass eines der markantesten Bauwerke der Berliner Nachkriegsmoderne vergammelt. Wir werden deshalb gemeinsam mit dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf prüfen, ob nicht die Heimfallklausel des Erbbaurechtsvertrags geltend gemacht werden muss, damit Land und Bezirk selbst nach einer geeigneten Nutzung des Gebäudes suchen können."</p>	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-479	Ergänzung	1695	2047	<p>„Wir entwickeln den Hauptstadtfinanzierungsvertrag weiter und stärken die Mitverantwortung des Bundes für die Berliner Kultur. Berlin ist Kulturmetropole von nationaler und internationaler Bedeutung. Deshalb wollen wir die kulturelle Infrastruktur unserer Stadt verlässlich, gerecht und zukunftsfest absichern. Sozialdemokratische Kulturpolitik verbindet kulturelle Vielfalt, soziale Gerechtigkeit, demokratische Transparenz und strategische Zukunftsfähigkeit.</p> <p>Berlin braucht eine abgestimmte Strategie zwischen Land und Bund. Wir setzen uns weiter ein für transparente Förderstrukturen, resiliente Kulturinstitutionen und ein Berliner Kulturfördergesetz, das Verlässlichkeit, Teilhabe und Entwicklungsperspektiven für die Kultur, die kulturelle Infrastruktur, dieser Stadt sichert und stärkt.“</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: füge ein in Z. 1659: Deshalb entwickeln wir den Hauptstadtfinanzierungsvertrag weiter und stärken die Mitverantwortung des Bundes für die Berliner Kultur. Damit sichern wir die kulturelle Infrastruktur unserer Stadt verlässlich, gerecht und zukunftsfest ab.</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-480	Ergänzung	1700	2107	<p>Dazu gehört für uns auch eine Dauerausstellung zu politischer, insbesondere rechtsextremer, rassistischer Gewalt in (Ost-)Berlin und (Ost-)Deutschland.</p>	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-481	Ersetzung	1701	2111	<p>Aufarbeitung kolonialer Geschichte Wir verankern das gesamtstädtische Aufarbeitungskonzept der Koordinierungsstelle bei "Decolonize Berlin" und des Erinnerungskonzepts "Kolonialismus erinnern" dauerhaft und setzen die Empfehlungen schrittweise um. Wie setzen uns für einen zentralen Gedenk- und Lernort zur Kolonialvergangenheit und die Erhaltung und Fortentwicklung von dezentralen Lern-, Bildungs- und Erinnerungsorten ein.</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Wir verankern das gesamtstädtische Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ dauerhaft und setzen die Empfehlungen schrittweise um. Dafür schaffen wir einen zentralen Gedenk- und Lernort zur Kolonialvergangenheit. Gleichzeitig entwickeln wir dezentrale Erinnerungsorte weiter. Wir arbeiten koloniale Geschichte und ihre Folgen in enger Zusammenarbeit mit BIPOC-Communities, Nachfahr*innen kolonialisierter Gesellschaften und der Berliner Zivilgesellschaft auf. Dazu gehört auch die Umbenennung von Straßen, die auch in Berlin noch an Kolonialverbrecher erinnern. Ziel ist eine gerechte und global vernetzte Erinnerungspolitik.</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-482	Ersetzung	1702		<p>Ersetze "Wir verankern das Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ dauerhaft und setzen seine Empfehlungen schrittweise um." durch "Wir verankern das gesamtstädtische Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ dauerhaft und setzen seine Empfehlungen schrittweise um."</p>	Erledigt durch Ä-481	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-483	Ergänzung	1705		<p>Industriekultur Als Heimat von Siemens, Borsig und der AEG hat Berlin ein reiches industriekulturelles Erbe. Dieses Erbe wollen wir für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung nutzen. Das Berliner Zentrum Industriekultur bleibt für uns der zentrale Akteur bei der Erforschung und Vermittlung der Industriekultur in unserer Stadt. Wir werden weitere Radrouten zur Industriekultur als Teil des offiziellen Rad-Wegweisungssystems ausschildern und so der deutschlandweit gewürdigten Entwicklung der Radrouten der Berliner Industriekultur die notwendige öffentliche Wahrnehmbarkeit verschaffen.</p>	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-484	Ergänzung	1705		<p>Ergänze: „Dazu gehört auch die Umbenennung von Straßen, die auch in Berlin noch an Kolonialverbrecher erinnern.“</p>	Erledigt durch Ä-481	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-485	Ergänzung	1733		<p>schaffen wir eine zentrale Plattform für Sport- und Freizeitangebote, aufbauend auch auf die transparente Sportstättenvergabe.</p>	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-486	Ergänzung	1734	2146	<p>und führen verpflichtenden Schwimmunterricht, den Ausbau der Schulschwimmzentren sowie die Schwimm-Intensivkurse fort.</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Ersetze ab Z. 1734 Wir halten am Ziel fest, dass alle Kinder am Ende der Grundschule schwimmen können. Deshalb führen wir verpflichtenden Schwimmunterricht sowie Schwimm-Intensivkurse fort und bauen Schwimm-Intensivkurse aus.</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-487	Ergänzung	1740	2153	<p>Ergänze: „Wir prüfen unbürokratische Instandhaltungsbudgets, die Vereine selbstbestimmt und ohne komplizierte Antragsverfahren nutzen können.“</p>	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Füge ein Z. 1740 nach "Verfügung.": Wir führen unbürokratische Instandhaltungsbudgets für Vereine ein. Diese können selbstbestimmt und ohne komplizierte Antragsverfahren genutzt werden.“</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-488	Ergänzung	1740		<p>„Wir prüfen unbürokratische Instandhaltungsbudgets, die Vereine oder Verbände selbstbestimmt und ohne komplizierte Antragsverfahren nutzen können.“</p>	Erledigt durch Ä-487	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-489	Ersetzung	1746		Ersetze „qualifizieren“ durch „unterstützen“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-490	Ersetzung	1753	2167	Wir setzen uns für den Neubau des Jahn-Sportparks als inklusiven Sportpark für alle und für die Weiterentwicklung des Sportforums zum nationalen Spitzensportzentrum gemeinsam mit dem Bund ein.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Wir setzen uns für den Neubau des Jahn-Sportparks als inklusiven Sportpark für alle ein. Gemeinsam mit dem Bund wollen wir das Sportforum zum nationalen Spitzensportzentrum gemeinsam entwickeln.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-491	Ersetzung	1761	2176	Die Fördervereinbarung mit dem Landessportbund...	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-492	Streichung	1771		Streiche den kompletten Abschnitt "Wir wollen Olympische Spiele in Berlin"	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-493	Streichung	1771		Streiche Z. 1771-1779	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-494	Ersetzung	1775	2190	Statt Berlin plus bitte Berlin+	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-495	Ergänzung	1782	2197	Ersetze nach „bis“ durch: „deutlich vor“	Annahme in der Fassung AK: "bis spätestens 2045"	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-496	Ersetzung	1782		ersetze 2045 durch 2040	erledigt durch Ä-495	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-497	Ergänzung	1797		Ergänze nach „Klimaneutralität“: „deutlich“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-498	Ersetzung	1797		ersetze 2045 durch 2040	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-499	Ergänzung	1803	2218	Ergänze nach „Ladeinfrastruktur“: „Wir nehmen eine sozial gerechte Umsetzung als Teil unserer Verantwortung wahr. Haushalte mit niedrigem Einkommen sollen durch Klimaschutzmaßnahmen nicht zusätzlich belastet werden.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-500	Ergänzung	1803		Ergänze nach „Ladeinfrastruktur“: „Wir nehmen eine sozial gerechte Umsetzung als Teil unserer Verantwortung wahr. Haushalte mit niedrigem Einkommen sollen durch Klimaschutzmaßnahmen nicht zusätzlich belastet werden.“	Erledigt durch Ä-499	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-501	Ersetzung	1811	2228	Änderungsvorschlag in Absatztitel: „Energieeinsparung und Umstellung der Wärmeerzeugung in Gebäuden“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-502	Ersetzung	1818	2235	Für Gebäude ohne Fernwärmeperspektive setzen wir auf quartiers- und kiezbezogene Lösungen, die durch die Realisierung von Skaleneffekten leistungsfähiger und effizienter sind als Einzelmaßnahmen. Wir unterstützen sie durch aufsuchende Beratung und aktives Verwaltungshandeln. So fördern wir etwa die Mehrfachnutzung von Quartiersflächen, die gezielte Integration von Wärmepumpen in Kombination mit Speichertechnologie und den systematischen Einsatz von oberflächennaher Geothermie.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Für Gebäude ohne Fernwärmeperspektive setzen wir auf quartiers- und kiezbezogene Lösungen, die durch Bündelungseffekte leistungsfähiger und effizienter sind als Einzelmaßnahmen. Wir unterstützen diese durch aufsuchende Beratung und aktives Verwaltungshandeln. So fördern wir etwa die Mehrfachnutzung von Quartiersflächen, die gezielte Integration von Wärmepumpen in Kombination mit Speichertechnologie sowie den systematischen Einsatz oberflächennaher Geothermie."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-503	Ergänzung	1822	2240	anfügen: "... und Wärmepumpen.“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-504	Ergänzung	1829	2247	Ergänze nach „Modernisierung“: „kostenfrei und niedrigschwellig“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-505	Ergänzung	1835	2253	Ergänze nach „Wärme“: „durch Investitionszuschüsse und Beratungsprogramme“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "durch finanzielle Förderung und Beratungsprogramme."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-506	Ergänzung	1835		Ergänze nach „Wärme“: „durch Investitionszuschüsse und Beratungsprogramme“	Erledigt durch Ä-505	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-507	Ergänzung	1839		Z. 1839: ergänze nach „ist.“: „Daneben prüfen wir eine klimaschutzgerechtere Anwendung der Milieuschutz-Verordnung, sodass der Schutz der Mieter:innen sowie die nötige Modernisierung von Gebäuden im Sinne des Klimaschutz, wie z.B. Verbesserungen bei der Wärmedämmung oder den Einbau von klimaverträglicheren Heizalternativen, besser miteinander einhergehen können. Bei der Beurteilung der Verträglichkeit der Mietkosten soll ebenfalls verstärkt die Warmmiete sowie deren Entwicklung in den Blick genommen werden.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-508	Ergänzung	1843		Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Gebäude Berlins umgehend mit schnell skalierbaren Technologien zur Energieeffizienz ausgerüstet werden. Diese sozialen und klimawirksamen Lösungen sollen auch von den Wohnungsbaugesellschaften umgesetzt werden, da so der durchschnittliche Berliner Haushalt bis zu 300 € pro Jahr an Heizkosten einsparen kann.	Erledigt durch Ä-509	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-509	Ergänzung	1843	2263	Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Gebäude Berlins umgehend mit schnell skalierbaren Technologien zur Energieeffizienz ausgerüstet werden. Diese sozialen und klimawirksamen Lösungen sollen auch von den Wohnungsbaugesellschaften umgesetzt werden, um Heizkosten zu sparen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Öffentliche Gebäude Berlin wollen wir gezielt mit Technik ausstatten, die Energie gespart und zügig eingebaut werden kann. Dies gilt insbesondere auch für unsere Wohnungsbaugesellschaften, um Heizkosten zu sparen."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-510	Ergänzung	1843		Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Gebäude Berlins umgehend mit schnell skalierbaren Technologien zur Energieeffizienz ausgerüstet werden. Diese sozialen und klimawirksamen Lösungen sollen auch von den Wohnungsbaugesellschaften umgesetzt werden, um Geld zu sparen.	Erledigt durch Ä-509	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-511	Ergänzung	1843		Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Gebäude Berlins umgehend mit schnell skalierbaren Technologien zur Energieeffizienz ausgerüstet werden. Diese sozialen und klimawirksamen Lösungen sollen auch von den Wohnungsbaugesellschaften umgesetzt werden, da so der durchschnittliche Berliner Haushalt bis zu 300 € pro Jahr an Heizkosten einsparen kann.	Erledigt durch Ä-509	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-512	Ergänzung	1847	2269	Füge ein nach „...und fördern den Ausbau“ und vor „durch das Programm SolarPlus“: „von PV und netzdienlichen Stromspeichern, u.a.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "von Photovoltaik und netzdienlichen Stromspeichern, u.a."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-513	Ergänzung	1849	2271	Ergänze nach „unterstützen“: durch bedarfsabhängige finanzielle Förderung und Beratungsangebote“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-514	Ergänzung	1853	2280	Einfügen nach Zeile 1853: Den für den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energie und die Digitalisierung unserer Wirtschaft zwingend notwendigen Ausbau des Mittelspannungsnetzes gehen wir forciert an.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Z.1856 füge a.E. ein: "Den Ausbau des Mittelspannungsnetzes gehen wir forciert an."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-515	Ergänzung	1860	2285	Füge nach Zeile 1859 einen neuen Absatz ein (inklusive Zwischenüberschrift): Integration von Speichertechnologien für eine bezahlbare und soziale Energiewende Speicher ermöglichen es, die Versorgungssicherheit der Stadt Berlin langfristig zu erhöhen sowie die Kosten für Verbraucher*innen zu senken. Berlin soll daher die Nutzung von Speichertechnologien für Strom und Wärme konsequent in die Planung und Umsetzung der Energiewende miteinbeziehen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie perspektivisch sowohl bei Quartierslösungen und dezentralen Wärmenetzen, als auch bei der Integration von Photovoltaik und Wasserstofftechnologien berücksichtigt werden, um die Berliner Klimaziele effizient, sozial gerecht und planbar zu erreichen.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-516	Ergänzung	1864		als zusätzlichen Absatz, der das Unterkapitel abschließt, einfügen: Potenziale der Stadtgesellschaft nutzen (Absatzüberschrift) Unsere ambitionierten Klimaschutzziele erreichen wir nur, wenn wir in den intensiven Dialog mit wichtigen Akteuren der Stadtgesellschaft treten, um gerechte und breit geteilte Umsetzungswege zu entwickeln. Hierfür nutzen wir u. a. die Erfahrungen des Berliner Klimaschutzrates sowie aus dem breiten Beteiligungsprozess zum Berliner Klimaschutzprogramm.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-517	Ergänzung	1870		Wir brauchen Regulierung, aber keine überbordende Bürokratie. Nach dem Vorbild des Bundes gilt das Prinzip „One in – one out“, für jede neue die Wirtschaft belastende Regelung muss eine abgeschafft werden. Außerdem wird vor jeder neuen Regelung ein “Digitalcheck” durchgeführt.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-518	Ergänzung	1870	2304	Ergänze nach „sozial“: „zugänglich“	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-519	Ergänzung	1870	2302	Am Ende des Absatzes ergänzen: „Dazu gehört auch der unterstützende Einsatz von KI, z.B. bei der Bearbeitung von Anträgen.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Z. 1869 füge nach "durchsetzen" ein: "Dazu zählt für uns auch der unterstützende Einsatz von KI, wie bei der Bearbeitung von Anträgen."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-520	Ergänzung	1871	2304	Ergänzen nach „sozial“: effektiv	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-521	Ergänzung	1872	2306	Ob Personalausweis, Pflegehilfe, Kita-Gutschein, Schwerbehindertenausweis oder Baugenehmigung:	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-522	Ergänzung	1873	2307	füge ein hinter "gute": "und barrierefreie"	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-523	Streichung	1874		Streichung ab "Zuständigkeiten".	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-524	Ergänzung	1875	2309	Hinter "Bezirken." wird neu eingefügt: "Wir sehen in der Verwaltungsreform eine Chance die digitale Transformation entscheidend voranzubringen. Wir setzen sie digital so um, dass Verwaltungsprozesse bürgerzentriert und einfach in der Handhabung sind."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-525	Ergänzung	1876	2313, 2315, 2345	1876/1877 Nach „Ein neues Gesetz liegt vor, doch die Umsetzung fehlt bislang. Sie muss jetzt Priorität haben und zentral gesteuert werden.“ Ergänzung: „Die Senatsverwaltungen werden dabei ihrer gesamtstädtischen Verantwortung und Steuerung der jeweiligen Fachpolitik gerecht. Die Bezirke übernehmen bürgernah ihre operativen Aufgaben. Sie müssen dafür auch adäquat finanziert werden.“ 1901 Statt: „Eine moderne Berlin-App nach Wiener Vorbild soll unterstützen“ Ergänzung: "Dabei sorgen wir im Sinne von Good Governance für Bürgerbeteiligung. Analog zum Einfach-besser-machen-Portal des Bundes entwickelt Berlin ein Portal “Berlin besser machen”. Berlins Bevölkerung macht Verbesserungsvorschläge, überall dort, wo Prozesse als besonders schwerfällig wahrgenommen werden, Datenerhebung und Antragsverfahren digital und analog doppelgleisig laufen, etc.. Die Verwaltung prüft sie und führt die Vorschläge geleitet von einer positiven “Wir wollen umsetzen-Kultur” zum Erfolg bzw. kann nur im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Unmöglichkeit bzw. groben Unwirtschaftlichkeit Vorschläge nicht realisieren.“	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: 1876 (2313) füge nach "Umsetzung" ein: "und die Betrachtung weiterer wichtiger Bereiche wie Verwaltungsdigitalisierung, Personal, Finanzen und Verwaltungskultur fehlt bislang. 1877 (2315) füge nach "werden" ein: "Die Senatsverwaltungen werden dabei ihrer gesamtstädtischen Verantwortung und Steuerung der jeweiligen Fachpolitik gerecht. Die Bezirke übernehmen bürgernah ihre operativen Aufgaben." 1901 (2345) füge nach "Eine moderne Berlin-App nach Wiener Vorbild soll unterstützen" ein: "Dabei sorgen wir im Sinne von Good Governance auch für Bürgerbeteiligung. Über ein neues Portal “Berlin besser machen” soll künftig die Bevölkerung Verbesserungsvorschläge einreichen können; überall dort, wo Prozesse besser gemacht werden sollen. Die Verwaltung prüft sie und führt sie nach Möglichkeit zum Erfolg.“	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-526	Ergänzung	1876		Einfügung "und die Betrachtung weiterer wichtiger Bereiche wie Verwaltungsdigitalisierung, Personal, Finanzen und Verwaltungskultur" hinter "doch die Umsetzung". Ggf. in der Folge auch Ersetzung "Sie" durch "Das" im Folgesatz.	Erlедigt durch Ä-525	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-527	Ergänzung	1877		Wir werden bei der Umsetzung der Verwaltungsreform darauf achten, dass die angestrebte Arbeitsteilung zwischen der Landesebene und den Bezirken gut funktioniert. Wenn sich die bisher verabschiedeten Regelungen als unzureichend erweisen, werden wir weitere Schritte zur Entflechtung der Zuständigkeiten von Land und Bezirken einleiten.	Erlедigt durch Ä-525	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-528	Ersetzung	1877		Ändern in: Die Sicherung von Rechtsstaat und Demokratie machen weitere Reformen der Verwaltungsstrukturen erforderlich.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-529	Ersetzung	1879		Ändern der Überschrift in: Verlässliche Finanzierung von Aufgaben + Streichen “Eine funktionierende Stadt braucht starke Bezirke”	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-530	Ergänzung	1887	2327	Ergänze hinter den Worten "Wer gute Leute gewinnen" die Worte "und halten"	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-531	Ergänzung	1887		Einfügung "und halten" hinter "gewinnen"	Erlедigt durch Ä-530	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-532	Ergänzung	1889		Wir werden das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur angemessenen Beamtenbesoldung zügig, unbürokratisch und umfassend für alle Landesbeamtinnen und -beamten umsetzen	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-533	Ergänzung	1889		Um die Wettbewerbsfähigkeit Berlins zu Bundeseinrichtungen bei der Personalgewinnung zu stärken, setzen wir uns weiterhin für die Angleichung an die Besoldung der Bundesebene ein.	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-534	Ersetzung	1889	2329	Ersetzung "Senatsverwaltung" durch "Hauptverwaltung".	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "oder auf Landesebene"	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-535	Ergänzung	1891	2331	Zur Förderung beruflicher Wechsel stellen wir – wie andere Länder und der Bund – bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis sicher, dass erworbene Versorgungsansprüche erhalten bleiben wie Betriebsrenten (sogenanntes Altersgeld).	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-536	Ersetzung	1893	2336	Ersetzung von "Einheitliche Standards in der Personalentwicklung stärken die Qualität, dazu gehört ggf. auch eine Bündelung von Personalaufgaben." durch "Wir setzen uns für die Bündelung von Personalaufgaben ein. Durch die Etablierung einheitlicher Standards, bspw. bei der Personalentwicklung, erhöhen wir die Qualität."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-537	Ergänzung	1893	2335	Einfügung "Neue Formen der agilen, projektbezogenen Zusammenarbeit und des Führens sollen etabliert werden." hinter "[...] die Führungsakademie bauen wir aus."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-538	Ergänzung	1895		Dieser Absatz wird nach Zeile 1895 ergänzt: „Wir halten am Neutralitätsgesetz in der aktuellen Fassung fest und machen dabei von den Möglichkeiten Gebrauch, die das Bundesverfassungsgericht eröffnet hat. Hoheitliche Tätigkeit des Staates betrifft alle Menschen in ihrer Vielfalt und tritt ihnen gegenüber. Damit ist es nicht vereinbar, dass Amtsträger*innen bei ihrer Tätigkeit privaten Überzeugungen Ausdruck geben und den Menschen, die ihren Entscheidungen ausgesetzt sind, diese aufdrängen. Der Schulfrieden ist ein hohes Gut; ist er gefährdet, muss das Tragen religiöser oder weltanschaulicher Symbole durch Lehrkräfte zurückstehen.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-539	Ersetzung	1901	2345	Der Satz "Eine moderne Berlin-App nach Wiener Vorbild soll unterstützen." wird ersetzt durch "Eine moderne Berlin-App nach Wiener Vorbild sowie Digitallotsen sollen dabei unterstützen."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-540	Ersetzung	1905	2352	Ersetzung "Digitale Teilhabe darf kein Privileg sein. Wir bündeln Teilhabeformate und bieten Unterstützung durch Verwaltungslotsen, Chatbots und andere niedrigschwellige Angebote. Menschen, die sich mit der Digitalisierung schwertun, unterstützen wir mit Digitalkursen in Bibliotheken und Volkshochschulen." durch "Digitale Teilhabe darf kein Privileg sein. Wir bieten Unterstützung bei der Nutzung von digitalen Services durch Verwaltungslotsen, Chatbots und andere niedrigschwellige Angebote. Menschen, die sich bei der Nutzung von digitalen Services schwertun, unterstützen wir unter anderem mit Digitalkursen in Bibliotheken und Volkshochschulen. Digitale Teilhabeformate machen wir zentral und niedrigschwellig verfügbar."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-541	Ergänzung	1914	2361	Um die demokratische Teilhabe zu stärken, führen wir verbindliche Bürgerbeteiligungsverfahren, öffentliche Anhörungen und regelmäßige Konsultationen zu wichtigen Verwaltungsentscheidungen ein. Transparente Plattformen ermöglichen es Bürgerinnen, sich aktiv in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: Zu wichtigen Verwaltungsentscheidungen führen wir Bürgerbeteiligungsverfahren, öffentliche Anhörungen oder Konsultationen durch, um die demokratische Teilhabe zu stärken. Bürgerinnen wollen wir ermöglichen, sich aktiv in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen.	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-542	Ersetzung	1915	2366	Ersetze "Dafür schaffen wir...und stärken" durch "Dafür erweitern wir den zentralen Digitalhaushalt auf alle IT-Ausgaben des Landes und der Bezirke und stärken"	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-543	Ergänzung	1918	2367	Einfügung "...bei der Umsetzung von Digitalvorhaben..." hinter "Die Fachverwaltungen begleiten wir eng..."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-544	Ergänzung	1921	2372	Nach Zeile 1920 wird folgender neuer Absatz eingefügt: Künstliche Intelligenz bietet große Potenziale, um die Beschäftigten der Berliner Verwaltung zu entlasten und die Service-Qualität für Bürger*innen spürbar zu erhöhen. Wir wollen diese Technologie verantwortungsbewusst nutzen, indem wir ihre Chancen für eine moderne Verwaltung ergreifen und gleichzeitig mögliche Risiken durch klare Leitplanken minimieren.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-545	Ersetzung	1922	2377	ersetze "Länder." durch "Bundesländer und stärken so das EFA-Prinzip."	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-546	Ergänzung	1922	2378	Europäische Bezahlendienst wie z.B. Wero machen wir zur ersten Bezahloption für Onlinedienste der Berliner Verwaltung.	Vorschlag für Annahme in folgender Fassung: "Wir setzen auf europäische Bezahlendienste bei der Bezahloption für Onlinedienste der Berliner Verwaltung."	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026
Ä-547	Ersetzung	1924	2381	Ersetzung von "Das IT-Dienstleistungszentrum Berlin bleibt zentraler öffentlicher Partner. Es [...]" durch "Die Berliner Verwaltung braucht einen leistungsfähigen, kundenorientierten, öffentlichen IT-Dienstleister, der modernste Technologie für alle Behörden bereitstellt und nutzbar macht. Er [...]"	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-548	Ergänzung	1929	2387	Daten zur kritischen Infrastruktur bedürfen eines besonderen Schutzes.	Annahme	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-549	Ergänzung	1941		Um den steigenden Anforderungen nach Transparenz, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit nachkommen zu können, starten wir nach dem Vorbild Hamburgs den Prozess zur Einführung der Doppik im Haushaltswesen und schaffen binnen zehn Jahren die jahrhunderte alte Kameralistik ab.	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-550	Ergänzung	1941	2400	nach Wachstum unterstützen neue Absätze Berlin hat mit der Weiterentwicklung des Zuwendungsrechts im Rahmen des Projektes "Vereinfachung, Optimierung und Digitalisierung von Zuwendungen" einen wichtigen Schritt hin zu einer moderneren und praxistauglicheren Zuwendungspraxis unternommen. Die dort gewonnenen Erkenntnisse zeigen deutlich, dass eine bürokratiearme, überjährige Zuwendungsgewährung sowohl die Arbeit freier Träger stärkt als auch die Effizienz staatlichen Handelns erhöht. Diese Ansätze wollen wir aus den Modellprojekten herausführen und zeitnah senatsverwaltungs- sowie bezirksübergreifend zur Anwendung bringen. Unser Ziel ist eine Zuwendungspraxis, die Planungssicherheit schafft und Verfahren vereinfacht sowie Ressourcen dort einsetzt, wo sie gebraucht werden: bei den Menschen und in den sozialen Infrastrukturen unserer Stadt. Wir setzen uns daher für die Entwicklung eines Landeswohlfahrtsgesetzes ein, das die Finanzierung der Spitzenverbandstätigkeit der Wohlfahrtsverbände auf eine einheitliche und überjährige Grundlage stellt. So stärken wir die soziale Infrastruktur Berlins und schaffen Rahmenbedingungen für diejenigen, die tagtäglich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt arbeiten.	Annahme in der Fassung AK: Unser Ziel ist eine Zuwendungspraxis, die Planungssicherheit schafft und Verfahren vereinfacht sowie Ressourcen dort einsetzt, wo sie gebraucht werden: bei den Menschen und in den sozialen Infrastrukturen unserer Stadt.	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-551	Ergänzung	1951		Ergänze: „Da die Vermögen der oberen zehn Prozent der Gesellschaft über die letzten Jahre kontinuierlich gewachsen sind, müssen wir auch alle dem Land zur Verfügung stehenden Mittel ergreifen, um im Sinne des Allgemeinwohls eine Umverteilung zu erreichen. Daher erhöhen wir die Abgaben auf eine Zweitwohnung, Luxusverbrauchsgüter und hochpreisige Kfz. Außerdem erhöhen wir die Abgaben auf das Wettgeschäft.“	zurückgestellt	zurückg.	Beratung AK 27.04.2026
Ä-552	Ergänzung	1964		Z. 1964: ergänze nach „fort“: „Dabei sorgen wir für mehr Planungssicherheit für alle Beteiligten, indem frühestmöglich Entscheidungen hinsichtlich der Aufstellung des Landshaushaltes getroffen werden und dieser entsprechend beschlossen wird.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026
Ä-553	Ergänzung	1964		füge ein Z. 1964 hinter "fort": „Grundsätzlich legen wir im Konsolidierungsprozess einen besonderen Fokus auf den Erhalt der Sozialen Infrastruktur, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu wahren. Daneben bleibt für uns die Finanzierung des Bildungsbereich sowie die Wahrung des kulturellen Angebotes für uns prioritär.“	Ablehnung	Konsens	AK 16.04.2026

2026-ÄA-WP-bis-Antragsschluss

Nr.	ÄA	Entw. Zeilen v	Zeile in der Fassung AK	Änderungsantrag	Empfehlung der AK/Vorschlag	Konsens	Beratung Antragskommission
Ä-554	Ergänzung	1967	2442, 2447	Wir wenden uns entschieden gegen die Pläne der EU-Kommission, die europäische Förderarchitektur zu zentralisieren, und setzen uns dafür ein, dass die starke regionale Ausrichtung der Strukturfonds auch in Zukunft erhalten bleibt. Das Land Berlin und die Berliner Bezirke kennen die Herausforderungen und Bedürfnisse vor Ort am besten! Auch brauchen wir weiterhin einen eigenständigen Europäischen Sozialfonds mit fest reservierten Mitteln für soziale Projekte.	<p>Vorschlag für Annahme in folgender Fassung:</p> <p>Z. 1981 (2442) ändern in: "Verantwortung des Bundes und der EU für Länder und Kommunen</p> <p>Z. 1986 (2447) füge ein: "Wir wenden uns entschieden gegen die Pläne der EU-Kommission, die europäische Förderarchitektur zu zentralisieren, und setzen uns dafür ein, dass die starke regionale Ausrichtung der Strukturfonds auch in Zukunft erhalten bleibt. Das Land Berlin und die Berliner Bezirke kennen die Herausforderungen und Bedürfnisse vor Ort am besten! Auch brauchen wir weiterhin einen eigenständigen Europäischen Sozialfonds mit fest reservierten Mitteln für soziale Projekte."</p>	offen	Rückmeldung bis 24.04.2026